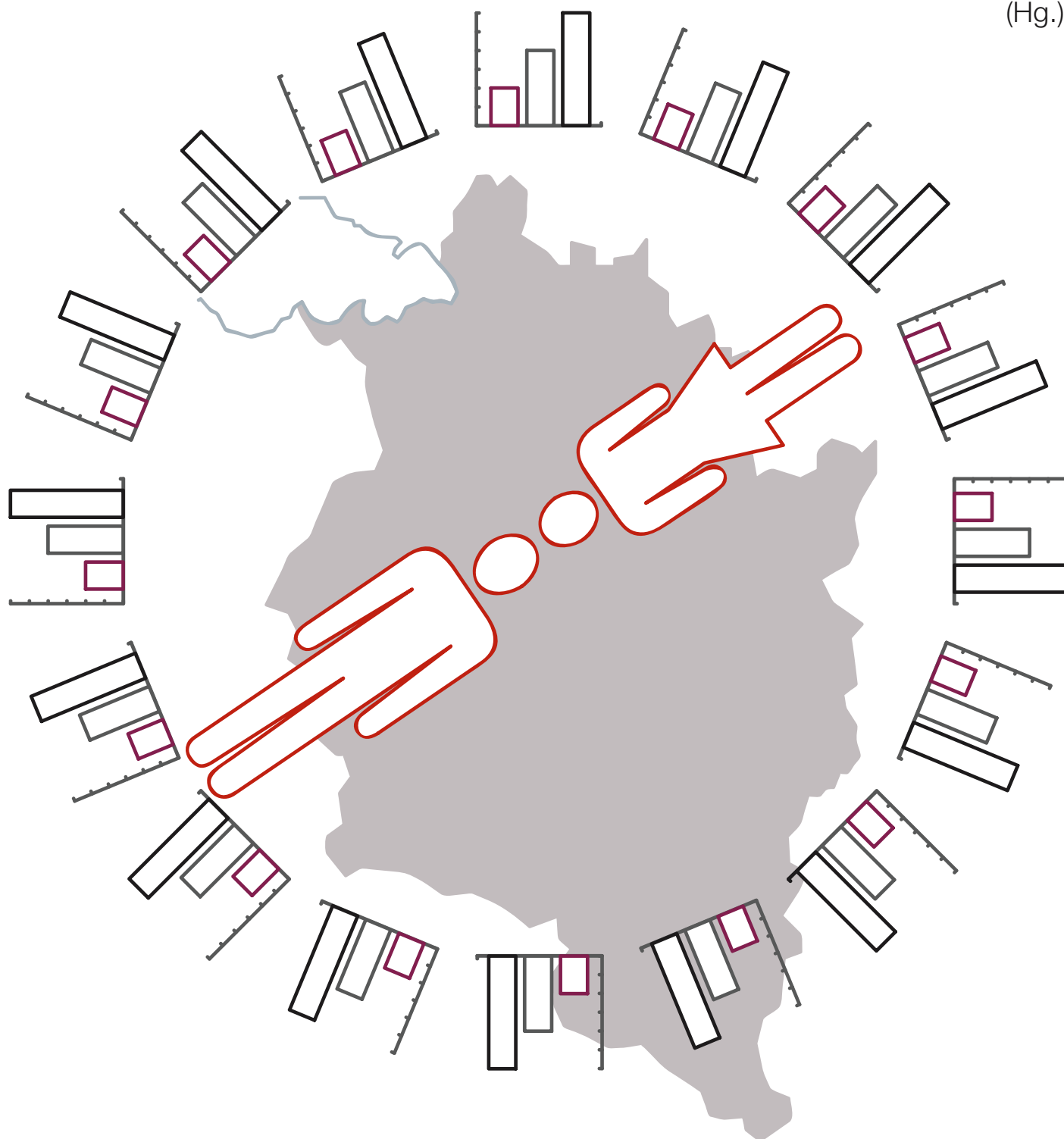


Caritas

Vorarlberg
(Hg.)



Sozialbarometer Vorarlberg 2012

Daten – Analysen – Forderungen

„Der Mensch ist der Weg der Kirche“

Johannes Paul II.

Caritas

Vorarlberg

(Hg.)

Sozialbarometer Vorarlberg 2012

Daten – Analysen – Forderungen

Feldkirch 2012

Redaktion: Andrea Kramer (Caritas Vorarlberg)

© Caritas Vorarlberg, Feldkirch 2012

Alle Rechte bei Caritas Vorarlberg bzw. bei den Autorinnen und Autoren

Lektorat: Kurt Greussing, Dornbirn

Korrektur: Josef Thaler, Wolfurt

Grafische Gestaltung und Umschlagentwurf: Petra Mittempergher, Feldkirch

Druck und Bindung: Thurnher Druckerei GmbH, Rankweil

Printed in Austria

ISBN 978-3-9503511-0-1

www.caritas-vorarlberg.at

Inhalt

7	Vorwort von Caritasdirektor Peter Klinger
9	Caritas Vorarlberg: Herausforderungen für Politik und Gesellschaft
16	Einleitung – Die Beiträge im Überblick
19	Teil 1 Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen Eva Häfele und Andrea Kramer
20	Methodik und demografischer Überblick
23	Kinder und Jugendliche in Vorarlberg
35	Erwachsen sein in Vorarlberg
52	Leben im Alter in Vorarlberg
65	Teil 2 Familien unter Druck
66	Familien in Vorarlberg Clemens Sedmak
68	Warum Familie? Martina Beham-Rabanser und Doris Jenni
79	Familie leben – Balanceakt zwischen Anforderung und Überforderung Eva Häfele und Michael M. Natter
91	Staatliche Familienleistungen – Beitrag zur Existenzsicherung von Familien? Monika Chromy und Reinhard Haller
103	Wie erzeugt Sucht Druck auf Familien? Gottfried Schweiger
110	Arbeitslosigkeit und Familie August Gächter
118	Armut durch Benachteiligung Eva Häfele
125	Spannungsfeld Bildung – Stresstest für Familien

135	Teil 3
	Statistik-Wegweiser zu Vorarlberg
136	Internetquellen
141	Statistische Grundinformationen zur sozialen Entwicklung in Vorarlberg
149	Glossar
152	Autorinnen und Autoren

Vorwort

Peter Klinger, Caritasdirektor

Vorarlberg ist ein Land, das zu Recht stolz sein kann auf vieles, unter anderem auch auf seine soziale Entwicklung. Im kommenden Jahr 2013 sind es 90 Jahre, in denen die Caritas in Vorarlberg ihre Arbeit und viele soziale Dienste zur Weiterentwicklung für Menschen erbracht hat. Aus diesem Grunde, und weil bis dato kein sogenannter Armutsbericht erschienen ist, haben wir eine Erhebung zur sozialen Situation in Vorarlberg und zu feststellbaren Entwicklungen in Auftrag gegeben, um damit auch die regionale Sozialberichterstattung zu ergänzen und den Dialog zu fördern.

Die Caritas leistet mit rund 500 hauptamtlichen und 600 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in vielen Aufgabenbereichen professionelle soziale Arbeit und konkrete Hilfe. Zusätzlich wird mit den ca. 1.500 Ehrenamtlichen, die in den Pfarren in sozialen Belangen tätig sind, ein wirkungsvolles soziales Netz mitgestaltet. Wir sehen es aber auch als Auftrag, im Sinne der christlichen Botschaft unsere Stimme für soziale Gerechtigkeit zu erheben und uns sozialpolitisch zu positionieren. In diesem Licht sind die „Herausforderungen und Forderungen“ zu verstehen, die wir aus dem Sozialbarometer ableiteten und die dem Bericht vorangestellt sind. Sie weisen auf jene gesellschaftlichen Entwicklungen hin, die einerseits die Analyse erbrachte und die andererseits auf Grundlage unserer tagtäglichen Arbeit spürbar sind, um Chancengleichheit und damit die Armutsprävention wirksam werden zu lassen. Wir wollen zu diesen Herausforderungen mit politischen Entscheidungsträgern und allen, die sich mit der Zukunft unseres Landes auseinandersetzen, in Diskussion treten. In regelmäßigen Abständen möchten wir prüfen, wie sich die Parameter entwickeln, ganz im Sinne eines Barometers.

Das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen macht natürlich auch bei der sozialen Entwicklung nicht halt und fordert uns als Gesellschaft und als Einrichtung heraus. Der demografische Wandel stellt uns vor die Aufgabe, den Generationenvertrag neu aufzusetzen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. Die Chancengleichheit besonders für junge Menschen ist zu schaffen. Arbeitseinkommen sind so zu gestalten, dass Menschen auch ohne ausgleichende Hilfe aus öffentlichen Töpfen davon leben können. Selbstverständlich muss Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung der Weg sein. Zu akzeptieren ist aber auch die Tatsache, dass manche Menschen den Leistungsanforderungen unserer Arbeitswelt und der Gesellschaft nicht standhalten können und unsere solidarische Hilfe brauchen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die gesellschaftliche Solidarität und damit der soziale Ausgleich den sozialen Frieden über viele Jahrzehnte gesichert haben. Dieser ist ein ganz bedeutendes Gut einer Gesellschaft und muss uns auch etwas wert sein.

Der gesellschaftliche Wandel, die hohen Anforderungen der Arbeitswelt und der Konsumwettbewerb haben vor allem Auswirkungen auf die kleinste Keimzelle der Gesellschaft, die Familien. Der Druck auf sie steigt. Dies merken wir in unserer täglichen Arbeit. Daher ist diesem Thema der zweite Teil des Sozialbarometers gewidmet.

Allen Mitwirkenden – Mag.^a Andrea Kramer als Gesamtverantwortlicher für den Band, Dr.ⁱⁿ Eva Häfele als wissenschaftlicher Mitarbeiterin sowie allen Autorinnen und Autoren des zweiten Teils des Sozialbarometers – danke ich sehr herzlich für ihre Beiträge.

Caritas Vorarlberg: Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Wo ein Mensch in Not gerät, da ist nicht einfach ein individueller Lebenslauf gescheitert. Vielmehr ist der gesellschaftliche Zusammenhalt, in den jeder Mensch eingebettet sein sollte, brüchig geworden. Das sehen die MitarbeiterInnen der Caritas tagtäglich in ihrer sozialen Arbeit mit den und für die Betroffenen. Bündelt und systematisiert man diese täglichen Erfahrungen, so werden soziale Problemzonen deutlich, die Politik und Gesellschaft als Herausforderung begreifen sollten – auch hier in Vorarlberg.

Im Verlauf eines Lebens können das sein: schlechte Bildungschancen, die auch vom Schulsystem nicht ausgeglichen werden; ein früher Bildungsabbruch, der in niedrigqualifizierte Erwerbstätigkeiten führt; geringe Erwerbseinkommen, die die Existenz – die eigene oder jene der Familie – nicht ausreichend sichern; und nicht zuletzt das Alter, wenn soziale Isolation und Armut die Brüchigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts am deutlichsten sichtbar werden lassen. Die Caritas Vorarlberg kann auf der Grundlage ihrer Praxis diese Bereiche klar benennen und Maßnahmen zur Veränderung vorschlagen. Entsprechend handeln müssen wir alle – nicht nur in den staatlichen Institutionen, sondern ebenso durch eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Netzwerke, die persönliches Engagement und Verantwortung erfordern.

Weichenstellung: Bildung

Wer heute lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügt, also über keinen Abschluss einer Lehre oder einer weiterführenden Schule, gilt als früher Bildungsabbrecher – mit einem überdurchschnittlich hohen Risiko, arbeitslos und früher oder später arm zu werden. In Vorarlberg gibt es mehr junge Frauen und Männer als in den meisten anderen Bundesländern, die ihre schulische oder berufliche Ausbildung zu früh abbrechen – Untersuchungen sprechen von bis zu 18 %. Besonders Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind hier betroffen. Ihr Risiko, das Bildungssystem ohne weiterführenden Abschluss zu verlassen, ist viermal so hoch wie das nichtmigrantischer Jugendlicher. Die schlechten Ergebnisse der PISA-Erhebungen zur Schreib- und Lesefähigkeit bestätigen das Bild, dass unser Schulsystem nicht in der Lage ist, allen SchülerInnen die unbedingt notwendigen Grundfähigkeiten zu vermitteln. Davon sind migrantische ebenso wie nichtmigrantische Kinder und Jugendliche betroffen.

Besonders dramatisch ist die Zahl jener Kinder nichtdeutscher Muttersprache, die ein Sonderpädagogisches Zentrum besuchen: Es sind mit aktuell 34 % fast doppelt so viele, wie es ihrem Anteil (19 %) an der Gesamtschülerzahl entspricht.

Das alles sind Weichenstellungen für kommende Problemlagen: erhöhte Arbeitslosigkeit, größeres Armutsrisiko, Gefahr des sozialen Abstiegs in einer Gesellschaft, in der gute Ausbildung zur Grundlage dauerhafter Erwerbstätigkeit geworden ist. Entscheidender noch: Schlecht ausgebildete Jugendliche werden zu Eltern, die ihrerseits den Kindern den Wert von Bildung oft nur schlecht vermitteln können – wenn eben nicht die Schule korrigierend eingreift.

Herausforderungen und Forderungen

Wo Kindern von ihren Eltern nicht genügend Bildungskapital mitgegeben wird, dort muss die Gesellschaft solidarisch für dessen Bereitstellung eintreten. Kein Kind darf für seine bildungsferne Herkunft bestraft werden. Deshalb sollen möglichst alle jungen Menschen mit ausreichender Bildung ausgestattet werden – und das heißt: mit einem Abschluss mindestens auf dem Niveau der Sekundarstufe II (Lehre oder weiterführende Schule). Vor allem ist die Praxis zu beenden, Kinder nur auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse in Sonderpädagogische Zentren zu schicken. Das Angebot von Ganztagsbetreuung ist ein wesentliches Mittel zum Ausgleich von Bildungsdefiziten des Herkunftsmilieus – wobei hier klar gelten muss: fördern, nicht nur aufbewahren.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o spezielle Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Deutschkompetenz von migrantischen ebenso wie nichtmigrantischen Kindern;
- o eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die die Bildungsmotivation aller Kinder fördert;
- o ein flächendeckendes Angebot von Ganztagsschulen, in denen qualifizierte Lehrkräfte individuelle Förderung erteilen und damit den Familien die Kosten für teure Nachhilfe ersparen;
- o eine ausgeglichene soziale Durchmischung der Schulen und damit auch eine gerechtere Lastenverteilung zwischen „Brennpunktschulen“ und anderen;
- o in diesem Sinne eine Neubewertung oder Auflösung der Schulsprengel;
- o einen Ausstieg aus den Sonderpädagogischen Zentren innerhalb von zehn Jahren und – im Sinne sozialer Inklusion – die Eingliederung der betreffenden Kinder in das Regelschulsystem.

Mit den „Lerncafés“ und dem Projekt „Startbahn – Arbeit für Jugendliche“ zeigt die Caritas Vorarlberg, was möglich ist: nämlich dass sich scheinbar bildungsferne junge Menschen für schulische und berufliche Bildung begeistern lassen.

Grundrecht: existenzsichernde Einkommen

Auch wenn Vorarlberg traditionell ein wohlhabendes Bundesland ist, sind einige soziale Schieflagen unverkennbar: Der Abstand zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensviertel der Gesellschaft ist größer als im übrigen Österreich (außer Wien); ebenso der Unterschied zwischen Männer- und Fraueneinkommen (auch unabhängig von unterschiedlichen Arbeitsausmaßen infolge von Voll- und Teilzeitbeschäftigung). Die schlechte finanzielle Absicherung der Frauen durch eigenständige Erwerbseinkommen wird im Umstand deutlich, dass in Vorarlberg die Frauen im Durchschnitt die niedrigsten Pensionen Österreichs beziehen. Ebenso fällt auf, dass BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung sehr oft erwerbstätig oder arbeitslos sind – also durchaus dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, doch mit dem Einkommen kein Auslangen finden. Armutsgefährdete Haushalte haben in der Hälfte der Fälle erwerbstätige Mitglieder, doch reicht deren Einkommen nicht aus – sie sind „Working Poor“.

Herausforderungen und Forderungen

Durch Einkommen aus Arbeit sollte ein Leben in Würde möglich sein. Die Caritas Vorarlberg schließt sich daher der Forderung nach einem Vollzeit-Mindestlohn von Euro 1.300 (vierzehnmal im Jahr) an. Wo Vollzeitarbeit von Männern und/oder Frauen nicht möglich ist, weil sie zum Beispiel eine Familie zu versorgen haben, müssen staatliche Transferleistungen ein existenzsicherndes Einkommen schaffen. Familienarbeit für Kinder und Pflegebedürftige muss wie Erwerbsarbeit auf die Alterspensionen anrechenbar sein. Diese Forderungen werden sich nur verwirklichen lassen, wenn es dazu – auch in Vorarlberg – eine breite öffentliche Diskussion über existenzsichernde Einkommen für Männer und Frauen gleichermaßen gibt.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o die Einführung eines Mindestlohns von Euro 1.300 brutto vierzehnmal im Jahr;
- o eine Erhebung durch das Land Vorarlberg zur Einkommenssituation in Berufen mit einem hohen Frauenanteil, damit Strategien zur Beseitigung frauentypischer Niedriglöhne entwickelt werden können.

Dass Frauen eher mit Armut und Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, erleben die MitarbeiterInnen der Caritas in ihrer täglichen Arbeit: Bei den Sozialberatungsstellen und in den Arbeitsprojekten sind deutlich mehr Frauen anzutreffen als Männer.

Fangnetz: Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung – früher die Sozialhilfe – ist gerade in Vorarlberg schon längst kein Auffangnetz nur für die Ärmsten. Stattdessen zählen immer mehr NiedriglöhnerInnen, Arbeitslose und EmpfängerInnen von Kleinstpensionen zu den Beziehern. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist in vielen Fällen eine fragile Brücke über nicht vorhersehbare Einbrüche der Einkommenslage geworden. Diese Brücke muss durch sozialpolitische Maßnahmen stabil gemacht werden.

Herausforderungen und Forderungen

Das traditionelle soziale Netz der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung muss wieder tragfähiger gemacht werden, damit ein Rückgriff auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung erst gar nicht nötig wird. Wo kein existenzsichernder Vollzeiterwerb möglich ist – etwa bei Personen mit Familienpflichten –, müssen reguläre staatliche Transfers, vor allem Familienbeihilfen, für ein Einkommen zum Auskommen sorgen. Wo dennoch der Rückgriff auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung erforderlich ist, müssen die KlientInnen wie Berechtigte und nicht wie Bittsteller behandelt werden: Auf bMS besteht ein Rechtsanspruch – sie ist kein Almosen des Staates.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o auf Landesebene eine Regelung, wonach die Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung (bMS) die jährlich für Vorarlberg festgestellte Armutsgefährdungsgrenze (60 % des bedarfsgewichteten regionalen Medianeinkommens der Haushalte) nicht unterschreiten darf;
- o für BezieherInnen der Mindestsicherung die landesweite Einführung eines verbindlichen Clearings in Form einer individuellen fachlichen Begleitung mit dem Ziel, dass die Menschen möglichst schnell wieder ein Einkommen aus Erwerbsarbeit beziehen und dafür ausreichende Fördermaßnahmen erhalten;
- o eine Informationskampagne zur bMS-Bezugsberechtigung.

In den Sozialberatungsstellen der Caritas Vorarlberg machen MitarbeiterInnen die Erfahrung, dass staatliche Unterstützung nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend gewährt wird, um die Überbrückung akuter Notlagen zu ermöglichen. Hier springt die Caritas ein – doch wäre es insgesamt nötig, das soziale Netz dichter zu knüpfen.

Schutzvorrichtung: Sozialer Wohnbau

Wohnkosten stellen für einkommensschwache Familien und Einzelpersonen die größte ausgabenseitige Belastung dar. Sozialer Wohnbau sollte diese Last verringern – doch tut er das in Vorarlberg nur unzureichend. Denn nur einige wenige Gemeinden widmen sich dieser Aufgabe. Und die öffentliche Wohnbauförderung unterstützt privaten Wohnbau mit rund drei Vierteln der aufgewendeten Mittel viel stärker als gemeinnützigen.

Herausforderungen und Forderungen

Auch für einkommensschwache Familien muss ausreichender Wohnraum zur Verfügung stehen, gerade der Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder wegen. Damit sollte eine Verpflichtung aller Gemeinden verbunden sein, sozialen Wohnbau entsprechend ihrer Bevölkerungszahl zu schaffen. Dabei wäre auf eine gute soziale Durchmischung im Hinblick auf Einkommen und das Verhältnis von Miet- und Eigentumswohnungen zu achten.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o eine Koppelung der Gemeindeförderung durch das Land an gemeindeeigenen sozialen Wohnbau;
- o die Neugewichtung der Wohnbauförderung des Landes zugunsten des sozialen Wohnbaus;
- o eine stärkere Orientierung der Wohnbauförderung nach sozialen Gesichtspunkten, wobei die Wirkungskontrolle durch eine multidisziplinär besetzte ExpertInnenkommission erfolgen sollte;
- o eine Selbstverpflichtung der Gemeinden zu sozialem Wohnbau und zu sozialer Durchmischung.

Die MitarbeiterInnen der Caritas erleben die Belastung durch Wohnungskosten hautnah: indem sie Menschen helfen, eine Delogierung zu vermeiden oder nach einer Delogierung eine Unterkunft zu finden.

Nagelprobe: Flüchtlingshilfe

Derzeit müssen Asylwerber mit Euro 180 pro Monat für die Lebensunterstützung wie Verpflegung, Hygieneartikel, Telefon usw. zurande kommen. Seit 2004 wurde dieser Betrag nicht mehr angepasst. In einem wohlhabenden Land wie Österreich ist der Umgang mit Asylbedürftigen die Nagelprobe darauf, wie sehr wir das vielbeschworene Prinzip der Nächstenliebe ernst zu nehmen bereit sind.

Herausforderungen und Forderungen

Weil Asylwerber keine Arbeitsbewilligung bekommen, bleiben sie oft jahrelang dem Arbeitsmarkt fern und sind (unfreiwillig) auf die Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen. Durch eine Arbeitsbewilligung wären die AsylwerberInnen in der Lage, selbst einen Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt zu leisten. Oft finden sie auch nach einem positiven Asylbescheid nur sehr schwer eine existenzsichernde Beschäftigung. Besonders ihre Kinder leiden unter der Armut und dem ungeklärten Aufenthaltsstatus.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o die Erlaubnis eines Monatsverdienstes für Asylwerber bis zur Grenze für geringfügig Beschäftigte;
- o eine jährliche Valorisierung der „Lebensunterstützung“ in der Grundversorgung;
- o die Arbeitsbewilligung für Asylwerber in Berufen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, wenn das Asylverfahren länger als ein Jahr dauert.

Übergang: Alt werden in Vorarlberg

Der demografische Wandel der Gesellschaft macht Altern zu einer vielgestaltigen Herausforderung. Diese erweist sich in der häufig anzutreffenden Isolation und Unterstützungsbedürftigkeit älterer und hochbetagter Menschen. Auch Vorarlberg hat in den vergangenen Jahrzehnten einen dramatischen Wandel der Familien- und Lebensformen durchgemacht. Was früher meistens generationenübergreifende Familien geleistet haben, muss heute die Gesellschaft – zusammen mit den Älteren selber – tun: sie in eine Gemeinschaft integrieren.

Herausforderungen und Forderungen

Alt werdende Menschen sind vielfach auf neue soziale Netze angewiesen, zumal nach dem Verlust eines Lebenspartners oder einer Lebenspartnerin. Solche tragfähigen Netze herzustellen ist eine herausfordernde Aufgabe, die alle Generationen angeht. Dabei ist das Thema Pflege nur ein Teilaspekt, wenn auch ein finanziell erheblicher.

Was will die Caritas Vorarlberg?

- o eine Erhebung empirisch verlässlicher Daten über die Lebenssituation älterer Menschen in Vorarlberg;
- o eine stärkere Einbindung des Seniorenbeirates der Vorarlberger Landesregierung in die Situationsanalyse;
- o die Errichtung von mehr Mehrgenerationenhäusern im sozialen Wohnbau. In der Caritasarbeit zeigen sich bereits alle Aspekte dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe. Zu deren Bewältigung sind ältere Menschen selbst wichtige gesellschaftliche

Akteure, wie gerade die Pfarrcaritasarbeit zeigt. Konkrete – durchaus ausbaufähige – Angebote der Caritas Vorarlberg sind Spaziergangsbegleitung für Demente, Sozialpaten und Hospiz sowie die Seniorenerholung für Hochbetagte.

Zu guter Letzt: gemeinsam beginnen

Was die Caritas Vorarlberg hier vorschlägt, ist im Einzelnen weder ganz neu noch ganz umwälzend. Doch es ist die Bündelung von Erfahrungen und Ideen, damit ein kraftvoller Anstoß für die sozialpolitische Debatte in Vorarlberg gegeben wird. Umgesetzt werden können die Vorschläge nur in einer gemeinsamen Anstrengung – von Trägern der sozialen Arbeit, von Medien, von Politikerinnen und Politikern, von bürgergesellschaftlichen Initiativen, von jedem und jeder Einzelnen... und von all jenen, die mit dem Begriff Caritas nicht nur den Namen einer Organisation verbinden.

Einleitung – Die Beiträge im Überblick

Andrea Kramer

Das vorliegende Sozialbarometer der Caritas Vorarlberg besteht aus drei Abschnitten: zuerst einem Überblick über die soziale Lage der Vorarlberger Bevölkerung; aus einem zweiten Teil, der dem Thema „Familien unter Druck“ gewidmet ist; und schließlich aus einem Statistikeil.

Im ersten Abschnitt werden – nach den Lebensphasen gegliedert – die soziodemografischen Grunddaten zu den drei großen Altersgruppen in Vorarlberg – Kinder und Jugendliche bis zur Berufseinmündung, Erwachsene im Erwerbsalter und Ältere nach der Erwerbsphase – vorgestellt. Das leitet zu einer genaueren Betrachtung von Themenbereichen über, in denen sich soziale Probleme konkretisieren. Aus der Gesamtsicht lassen sich dann Trends und Herausforderungen für die Zukunft formulieren.

Im zweiten Abschnitt folgen unter dem Schwerpunkt „Familien unter Druck“ Analysen zu wichtigen Einzelaspekten: die Bedeutung der Familie in unserer Zeit, Anforderungen an Familien, staatliche Familienleistungen, Sucht, Arbeitslosigkeit, Migration und Bildung. Hier eine kurze Vorstellung der einzelnen Beiträge dieses zweiten Abschnitts:

Clemens Sedmak macht deutlich, dass die Entscheidung für eine Familiengründung heute eine Option unter vielen ist, sodass der Wert und die Bedeutung der Familie hinterfragt werden wie in keiner Zeit zuvor. Warum also Familie? Familien haben verschiedene Funktionen, vom Aufbau einer Lebenswelt mit eigener Ordnung über Sprache und Verbindlichkeit bis zur Schaffung von Heimat. Als kleinste Zelle der Gesellschaft bleibt die Familie ein notwendiger Hort gelingender Sozialisation – mit einer unverzichtbaren Ressource: nämlich gemeinsamer Zeit.

Wie *Martina Beham-Rabanser und Doris Jenni* darlegen, sind Familien heute vor die Herausforderung gestellt, dass die zunehmende außerhäusliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile die gemeinsam verbrachte Zeit stetig sinken lässt. Kommen Trennung und finanzielle Sorgen hinzu, gerät das System Familie leicht außer Balance. Das führt zu einer Zunahme psychischer Krankheiten. Es stellt sich die Frage, wie eine zukunftsorientierte Familienpolitik heute aussehen kann, die dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt.

Staatliche Familienleistungen sind, so *Eva Häfele und Michael M. Natter*, für einen Großteil der Familien ein unverzichtbarer Bestandteil der Existenzsicherung. Während in individuellen Notfällen meist ein notdürftiges Netz vorhanden ist, aber in vielen Fällen dennoch nichtstaatliche Sozialeinrichtungen einschreiten müssen, können Transferleistungen strukturelle Defizite – zum Beispiel eine fehlende oder ungenügende Kinder- und Schülerbetreuung – derzeit nur unzureichend ausgleichen. Hier müsste eine Verschiebung von finanziellen Leistungen zu Sachleistungen erfolgen.

In besonderem Maße geraten Familien durch Suchtverhalten von Familienmitgliedern unter Druck. *Monika Chromy und Reinhard Haller* zeigen auf, in welchem Maß Süchte in

unserer Gesellschaft verbreitet sind, wie Angehörige – zumal Kinder – mit Suchtkranken interagieren und welche Strategien zur Bewältigung der Probleme Familien und Therapieeinrichtungen in einer gemeinsamen Anstrengung entwickeln können.

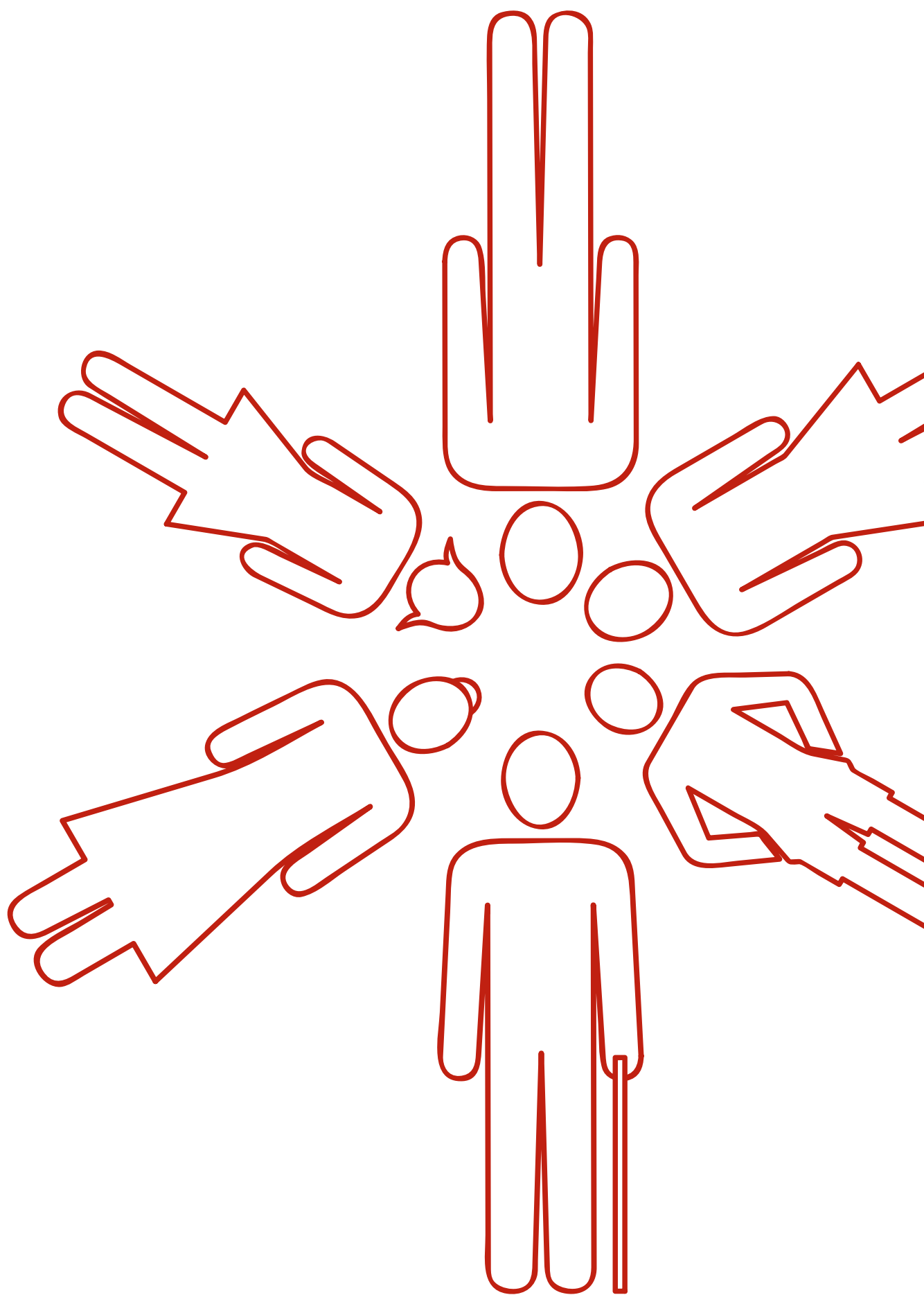
Auch Arbeitslosigkeit setzt Familien unter schweren Druck. Die Normalarbeitswelt ist in Auflösung, aber Arbeitslosigkeit als traumatische Erfahrung bleibt erhalten. *Gottfried Schweiger* erläutert, wie das weiterbestehende Vollerwerbsparadigma angesichts der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse eine systemische Spannung produziert, die die Menschen unter einen massiven Erwerbsdruck stellt. Dadurch werden Arbeitslosigkeit und unzureichende Erwerbstätigkeit weiterhin als Stigma empfunden.

Soziale Problemlagen werden in unserer Gesellschaft zunehmend unter der Perspektive von Bildungsdefiziten gesehen. Bildungsdefizite wiederum werden im öffentlichen Diskurs stark an ZuwandererInnen aus Nicht-EU-Staaten festgemacht. Der Beitrag von *August Gächter* zeigt, dass die ZuwandererInnen im Laufe der Zeit immer mehr Bildungskapital mitgebracht haben, dass dieses aber jedenfalls bei zugewanderten Personen mit mittlerer Bildung auf dem Arbeitsmarkt nicht angemessen abgegolten wird. Gleichzeitig sind die Nachkommen der Zuwanderer auf dem Weg, den Bildungsabstand zu nichtmigrantischen Gleichaltrigen zu überwinden.

Der Bildungsdruck steigt, weil formale Bildung über die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und in der gesellschaftlichen Hierarchie entscheidet. Das Bildungssystem, so *Eva Häfele*, lagert die gestiegenen Anforderungen an die Familien aus. Es setzt die Familien damit unter finanziellen Druck und fordert vor allem die Akkumulation und Bereitstellung von Bildungskapital, was viele Familien jedoch nicht leisten können.

Der dritte Teil des Bandes stellt ausgewählte Statistiken zu den behandelten Themen vor. Er bietet aber vor allem auch einen Wegweiser zu einer Vielzahl vorarlbergrelevanter statistischer Daten. Dieser Wegweiser soll vor allem eine Hilfe sein und durchaus auch Mut machen, selbständig statistische Daten aufzufinden und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Gerade angesichts der Prominenz, die verschiedene Zahlenangaben in der öffentlichen Auseinandersetzung immer wieder erhalten, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Statistiken auch für Nicht-Fachleute verständlich und eine wichtige Informationsquelle sein können.

Zum Schluss sei angemerkt, dass die Herausgabe dieses Sozialbarometers keine akademische Übung darstellt. Wissenschaftliche Analysen sind zum einen wichtig für eine seriös geführte öffentliche Debatte. Zum andern aber ist es für eine Einrichtung wie die Caritas Vorarlberg ebenso wichtig, die wissenschaftlichen Einsichten mit den Erfahrungen aus der täglichen Praxis ihrer MitarbeiterInnen zusammenzuführen. Daraus ergeben sich jene „Herausforderungen und Forderungen“, die den Beiträgen dieses Bandes vorangestellt sind.



Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Eva Häfele und Andrea Kramer

Methodik und demografischer Überblick

Kinder und Jugendliche in Vorarlberg

Erwachsen sein in Vorarlberg

Leben im Alter in Vorarlberg



Methodik und demografischer Überblick

Lebensphasenkonzept

Im ersten Teil des Sozialbarometers werden die wichtigsten sozialen Entwicklungen in Vorarlberg nach dem Konzept der Lebensphasen geordnet. Dieses Konzept erfasst die wesentlichen biografischen Abschnitte eines Menschen und deren Übergänge. Das ermöglicht eine Systematisierung lebensgeschichtlich wichtiger Ereignisse und der Faktoren, die auf den Menschen einwirken. Innerhalb einer Lebensphase wiederum sind unterschiedliche Lebenslagen zu erkennen, die von soziodemografischen Merkmalen wie Geschlecht, sozialem Milieu, Migrationshintergrund etc. geprägt sind.

Die einzelnen Lebensphasen waren früher meist klar getrennt. Sie waren durch sozial verbindliche Rituale gekennzeichnet und standardisiert. Heute ist diese klare Abgrenzung von Lebensphasen mit den entsprechenden Übergangsritualen kaum mehr anzutreffen. Die einzelnen Lebensphasen sind stattdessen funktional unscharf geworden, die Übergänge sind zeitlich nicht mehr genau festgelegt und kaum mehr durch Rituale standardisiert.

Gleichzeitig sind die Lebensphasen miteinander verschränkt, denn wesentliche Faktoren, unter anderem die frühkindliche Sozialisation sowie die Schul- und Berufsbildung, wirken sich im Lebenslauf, und hier vor allem im Erwerbsleben, positiv oder negativ aus beziehungsweise kommen erst in späteren Lebensphasen zur Geltung.

Die Lebensphasen werden durch zwei entscheidende Strukturgeber beeinflusst und können entsprechend kategorisiert werden: Familienbiografie und Erwerbsbiografie. Nach Martin Kohli (Kohli, 1985) sind drei Phasen zu unterscheiden, die sich am Erwerbsystem als zentralem Strukturgeber ausrichten: die Phase der Berufsvorbereitung und -einmündung, die Phase der Berufsarbeit und die Phase des beruflichen Rückzugs. Nach dieser Dreiteilung des Lebenslaufs in Vorbereitungs-, Aktivitäts- und Ruhephase orientieren sich auch die drei Kapitel des folgenden Abschnitts: Kindheit und Jugend bis zur Berufseinmündung, Erwachsenenalter während der Berufsarbeit und schließlich das Alter im Anschluss an den beruflichen Rückzug. Innerhalb dieser drei Lebensphasen werden zunächst die soziodemografischen Grunddaten der jeweiligen Altersgruppe und bestimmende soziale Faktoren des Lebensabschnitts dargestellt. Anschließend werden Trends und gesellschaftliche Herausforderungen herausgearbeitet.

Die Vorarlberger Bevölkerung

Einleitend wird am Beginn dieses ersten Teils des Sozialbarometers ein Überblick über die Vorarlberger Bevölkerung gegeben.

In Vorarlberg lebten mit Stichtag 31.12.2011 372.364 Personen mit Hauptwohnsitz. Davon sind 85.522 Personen (23 %) unter 20 Jahren, also in der Lebensphase Kindheit – Jugend – junges Erwachsenenalter, in der das persönliche Heranreifen und die Ausbildung im Vordergrund stehen. 208.351 Personen (56 %) sind zwischen 20 und 60 Jahren. In diesem Alter stehen zunächst Familiengründung und dann -erhaltung sowie berufliche Etablierung und Positionierung im Zentrum. 78.491 Personen (21 %) sind 60 Jahre und darüber, also in der Lebensphase des Alters. Der Berufsaustritt, die Pension und später unter Umständen die Pflege bestimmen diese Zeit.

„Aus demografischer Sicht wächst die Bevölkerung Vorarlbergs in erster Linie durch eine positive Geburtenbilanz (Saldo aus Geburten und Sterbefällen). Die errechnete Wanderungsbilanz (Saldo aus Zuzügen minus Wegzügen) trug im Jahr 2011 zu knapp einem Drittel zum Bevölkerungswachstum bei“ (Amt der VLR, 2012, S. 8). Vorarlberg hat mit 13,5 % nach Wien den zweithöchsten Anteil an ausländischen Mitbürgern. Die Deutschen stellen mit 13.800 Personen die größte Ausländergruppe dar. Sie haben im März 2012 die türkischen Staatsangehörigen zahlenmäßig überholt, die einige Jahrzehnte die größte Gruppe waren.

Betrachtet man den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – also sowohl im Ausland Geborene (erste Generation) als auch in Österreich geborene VorarlbergerInnen, deren beide Elternteile jedoch im Ausland zur Welt gekommen sind (zweite Generation) –, so liegt Vorarlberg mit einem Anteil von 23 % (15,6 % erste, 7,4 % zweite Generation) ebenfalls nach Wien an zweiter Stelle der Bundesländer (Österreich: 18,9 %). 20,2 % der unselbständig Beschäftigten in Vorarlberg haben eine ausländische Staatsangehörigkeit (Österreich: 14,3 %) (Statistik Austria 2012, S. 111).

Unter den Menschen mit Migrationshintergrund bilden die AsylwerberInnen, rechtlich gesehen, eine besondere Gruppe. Mit der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention hat Österreich sich verpflichtet, Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Seit 2004 werden AsylwerberInnen gemäß dem Bevölkerungsanteil auf die österreichischen Bundesländer aufgeteilt. Per 31.12.2011 lebten in Vorarlberg 637 AsylwerberInnen. Rund 40 % davon sind alleinstehende Personen, 60 % leben mit Familienangehörigen im Land. Für

Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

ihre Grundversorgung ist die Caritas verantwortlich. Sie erhalten ein Taschengeld von Euro 40 pro Person und Monat. Wenn sie sich selbst verpflegen, bekommen sie zur sogenannten Lebensunterstützung als Erwachsene Euro 180 beziehungsweise als Kind Euro 80 für Verpflegung, Hygieneartikel usw. Über die Anzahl der Konventionsflüchtlinge im Land – also ehemalige AsylwerberInnen mit positivem Asylbescheid – gibt es nur Schätzungen. Man geht von mehr als 2.000 Personen aus.

Literatur

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012): Bevölkerung und Staatsbürgerschaftsverleihungen 2011. Bregenz

Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, Heft 1, 1985, S. 1-29

Statistik Austria (2012): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Fakten 2012. Wien



Kinder und Jugendliche in Vorarlberg

Vorarlbergs Bevölkerung ist jünger, formal weniger gebildet (es gibt mehr „Nur“-PflichtschulabsolventInnen und weniger AbsolventInnen mit Tertiärabschluss als im Österreich-Schnitt) und hat einen höheren Anteil von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Muttersprache als andere österreichische Bundesländer. Bis 2050, so wird von der Statistik Austria prognostiziert, nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren von derzeit 62.000 um 3.000 ab (Statistik Austria 2011a). Die Scheidungsrate in Vorarlberg ist hoch, und Heirat gehört auch im ländlichen Raum schon lange nicht mehr zur Lebensplanung eines oder einer jeden. Daher wachsen immer mehr Kinder in Vorarlberg bei Eltern auf, die unverheiratet, getrennt, geschieden oder alleinerziehend sind.

Im Folgenden werden die für Vorarlberg wichtigsten soziodemografischen Daten präsentiert: zu Bildung und Ausbildung, zur sozialen Lage im Hinblick auf die Existenzsicherung sowie zu Werten und Ängsten der jungen Bevölkerungsgruppe. Es werden deren wesentliche Lebensbedingungen beschrieben sowie gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen aufgezeigt.

Soziodemografische Grunddaten

Mit Stichtag 31.12.2011 lebten in Vorarlberg rund 62.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren, das sind 16,4 % der Gesamtbevölkerung – österreichweit beträgt deren Anteil ca. 15 %. Zählt man die jungen Erwachsenen bis 20 Jahre hinzu, beträgt der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Vorarlberger Gesamtbevölkerung knapp 23 %. Lustenau und Hohenems haben mit über 24 % den höchsten Prozentsatz aller größeren österreichischen Gemeinden an unter 20-Jährigen. Vorarlbergs Bevölkerung ist also überdurchschnittlich jung; gleichzeitig hat das westlichste Bundesland mit 1,52 Kindern (Österreich: 1,43 Kinder) pro Frau im Alter zwischen 15 und 44 Jahren neben Oberösterreich die höchste Fertilitätsrate aller österreichischen Bundesländer (Statistik Austria, 2012a).

Insgesamt kamen 2011 in Vorarlberg 3.759 Kinder zur Welt, 36,2 % von ihnen unehelich (Statistik Austria, 2012b). Im selben Jahr waren 668 Kinder unter 18 Jahren mit der Scheidung ihrer Eltern konfrontiert. Vorarlberg hat nach Wien und Niederösterreich die höchste Scheidungsrate. 2011 entfielen in Vorarlberg auf 100 Ehen knapp über 43 Scheidungen (Statistik Austria, 2012c).

Bildung und Ausbildung

Kinderbetreuung und Sprachförderung

In der öffentlichen Debatte wird dem Kindergartenbesuch eine wachsende Bedeutung beigemessen, da der Kindergarten inzwischen als wichtiger Ort eines gelingenden Spracherwerbs gilt. Seit 2008 können in Vorarlberg bereits Dreijährige den Kindergarten besuchen. Die entsprechende Betreuungsquote der Dreijährigen ist seither ständig gestiegen. Laut der jüngsten Kindertagesheimstatistik 2011/2012 beträgt sie bereits 41 %, bei den Fünfjährigen sind es 97,6 %. Im Herbst 2010 wurde in Österreich der verpflichtende Kindergartenbesuch im Jahr vor dem Schuleintritt eingeführt. Ausnahmen sind nur mit einer eigenen Genehmigung möglich.

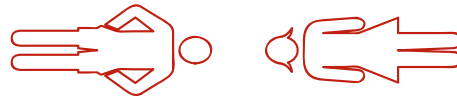
Der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache ist in Vorarlberg hoch, da das wirtschaftlich prosperierende Bundesland seit den 1960er/70er-Jahren eine erhebliche Zuwanderung aus der Türkei und Ex-Jugoslawien aufwies. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bedürfen einer frühen Deutschförderung. 29,7 % der Kindergartenkinder haben in Vorarlberg nicht Deutsch als Muttersprache, wobei der Bezirk Dornbirn mit 38,5 % den höchsten Prozentsatz aufweist (Amt der VLR, 2012a).

Frühe Sprachförderung ist Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten. Schon seit einigen Jahren erhalten Kinder bei Bedarf eine spezielle Förderung. Seit dem Kindergartenjahr 2010/2011 wird bei allen Vierjährigen – auch jenen, die nicht den Kindergarten besuchen – im Rahmen einer gesamthaften Erhebung des Entwicklungsstands eine Sprachstandsfeststellung vorgenommen. Sollte bei dieser Überprüfung ein Förderbedarf festgestellt werden, wird das Kind bereits mit vier Jahren gesetzlich zum Besuch des Kindergartens verpflichtet. Vorarlberg ist das erste und bislang einzige Bundesland, das diese Maßnahme ergreift. Sie wird damit begründet, dass bei mangelnden Sprachkenntnissen lediglich ein Jahr verpflichtender Kindergartenbesuch vor dem Schuleintritt nicht ausreicht. Von rund 9.400 Kindergartenkindern besuchten im Kindergartenjahr 2011/2012 2.950 die frühe Sprachförderung, das sind 31 %.

Schule

Im Schuljahr 2010/2011 hatte Vorarlberg 16.864 VolksschülerInnen, von denen 27,5 % nicht Deutsch als Muttersprache angaben. An den Volksschulen Bludenz-St. Peter, Bregenz-Augassee, Bregenz-Rieden und Feldkirch-Stadt liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache bei über 60 % (Amt der VLR, 2012b).

Nach der vierjährigen Volksschule segregiert das Bildungssystem zwischen Hauptschule beziehungsweise Neuer Mittelschule einerseits und der Unterstufe der Allgemein-



bildenden Höheren Schule (AHS) andererseits. Bundesweit besuchen rund zwei Drittel der 10- bis 13-Jährigen eine Hauptschule oder Neue Mittelschule und ein Drittel eine AHS-Unterstufe. In Wien ist das Verhältnis bereits 47:53 – mit steigender Tendenz in Richtung AHS. In Vorarlberg beträgt das Verhältnis 77:23. Das heißt: 77 % der 10- bis 13-Jährigen besuchen eine Hauptschule bzw. eine Neue Mittelschule, während 23 % in eine AHS-Unterstufe gehen. Aber auch für Vorarlberg wird von der Statistik Austria prognostiziert, dass bis zum Schuljahr 2030/2031 30 % die AHS-Unterstufe besuchen werden (Hanika u.a., 2012).

Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache besuchen vorwiegend Hauptschulen oder Neue Mittelschulen. Ihr Anteil lag im Schuljahr 2010/11 bei 24,5 %. In den Neuen Mittelschulen Bregenz-Rieden (62 %) und Bludenz-Ost (54 %) ist die Quote landesweit am höchsten.

An den AHS ist der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache 9 %. In der AHS-Unterstufe beträgt die Quote 10 %. Damit sind diese Kinder an den AHS im Verhältnis zu ihrem Anteil an der gesamten Altersgruppe klar unterrepräsentiert. Die AHS ist jener Schultyp, der den geringsten Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache aufweist.

Genau umgekehrt verhält es sich in Vorarlberg bei der Sonderschule. Sie verzeichnet die weitaus höchste Quote an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache. Im Schuljahr 2010/2011 besuchten in Vorarlberg insgesamt 1.083 Kinder diese Schulform. Hier liegt der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bei 34 % (in Wien bei 52,5 %). Zum Vergleich: Bezogen auf alle Schultypen liegt die Quote der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in Vorarlberg bei 19 % und in Wien bei 42,3 %. Das heißt, dass in Vorarlberg Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in der Sonderschule relativ stärker vertreten sind als in Wien, aber auch als in allen anderen Bundesländern.

SchülerInnen in Vorarlberger Sonderschulen – Anteil der SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache

Schuljahr	SchülerInnen	davon mit nichtdeutscher Muttersprache				
		Gesamt	Bez. Bludenz	Bez. Bregenz	Bez. Dornbirn	Bez. Feldkirch
2007/08	1.147	34 %	30 %	39 %	39 %	30 %
2008/09	1.086	33 %	25 %	40 %	36 %	31 %
2009/10	1.078	35 %	24 %	45 %	38 %	33 %
2010/11	1.083	34 %	23 %	43 %	38 %	34 %

Quelle: Amt der VLR (2012b)

Bildungsabschlüsse

Interessiert der Bildungsstand einer Bevölkerung, so schaut man am besten auf die erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüsse der 25- bis 64-Jährigen, denn bis zum 25. Lebensjahr haben die meisten ihre formale Bildung beendet. Das Bildungsstandregister gibt hier Auskunft. Es zeigt, dass 25,1 % der VorarlbergerInnen zwischen 25 und 64 Jahren maximal einen Pflichtschulabschluss haben (und das heißt: manchmal nicht einmal diesen). Im österreichischen Durchschnitt sind es 19,5 %. Hier hat Vorarlberg den höchsten Wert aller Bundesländer. Den österreichweit höchsten Wert unter den Bezirken wies 2009 Dornbirn mit 29,2 % Niedrigqualifizierten, das heißt Erwachsenen mit höchstens einem Pflichtschulabschluss, aus (Statistik Austria, 2012d, S. 90). Hingegen hat Vorarlberg nach dem Burgenland mit 8,3 % den zweitniedrigsten Anteil von Personen, die eine Universität oder eine Fachhochschule abgeschlossen haben (Statistik Austria, 2011b).

Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, 2009 nach Bundesland (in %)

Bundesland	Gesamt	Höchste abgeschlossene Ausbildung							
		Allgemein- bildende Pflicht- schule ¹⁾	Lehre	BMS	AHS	BHS	Kolleg	Hoch- schul- verwandte Lehranstalt	Universität, Fach- hoch- schule
Österreich	100	19,5	36,6	15,7	5,6	8,0	0,8	2,8	11,1
Burgenland	100	20,6	36,4	18,9	4,7	8,9	0,7	2,8	7,0
Kärnten	100	14,0	43,4	16,3	4,5	8,9	0,7	2,9	9,3
Niederösterreich	100	17,1	38,1	18,2	4,9	9,3	0,8	2,8	8,7
Oberösterreich	100	20,9	40,0	15,8	3,8	7,7	0,5	3,0	8,4
Salzburg	100	18,4	39,3	16,0	4,9	7,2	0,8	2,8	10,8
Steiermark	100	16,7	42,0	15,6	4,9	7,4	0,9	2,7	9,9
Tirol	100	20,6	37,3	17,3	4,6	6,9	0,8	3,0	9,7
Vorarlberg	100	25,1	34,7	17,8	3,8	6,5	0,8	3,0	8,3
Wien	100	22,7	25,8	11,5	9,9	8,1	1,0	2,4	18,6

¹⁾ inklusive Personen ohne Pflichtschulabschluss

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsstandregister 2009. Erstellt am 5.12.2011.



Nachhilfe

Ein Indikator für die Leistungsfähigkeit des heimischen Bildungssystems ist der Bedarf an externer Nachhilfe. Er zeigt auf, wie weit die Schulen fähig sind, den Lernstoff zu vermitteln, ohne dass es zusätzlichen „Unterricht“ für einen positiven Abschluss braucht. Eine bundesweite Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien hat für die Schuljahre 2009/2010 und 2010/2011 ermittelt, wie viel Familien für externe Nachhilfe ausgeben. In Vorarlberg waren es 2011 Euro 5 Millionen; 2010 waren es gar Euro 5,5 Millionen. gewesen. Ein Fünftel der Vorarlberger Familien mit Schulkindern nimmt bezahlte Nachhilfe in Anspruch und gibt dafür im Durchschnitt Euro 718 pro Jahr aus. 43 % der Familien mit Zahlungen für externe Nachhilfe fühlen sich durch diese Ausgaben sehr stark oder spürbar finanziell belastet.

Drei Viertel der Eltern gaben an, dass sie regelmäßig mit ihren Kindern lernen und die Hausaufgaben kontrollieren. Ein Drittel tut dies sogar täglich. Diese Zahlen zeigen, dass der Bildungserfolg eines Kindes stark davon abhängt, ob Eltern fähig und willens sind, ihre Kinder intensiv beim Lernen zu unterstützen, sei es durch Zeit und/oder Geld (IFES, 2010 und 2011; siehe auch den Beitrag von Eva Häfele: Spannungsfeld Bildung, in diesem Band).

Lehre

Das Image der Lehre ist in Vorarlberg relativ gut. Es ist von großen Betrieben geprägt, die intensiv um gute SchülerInnen als Lehrlinge werben. 2010/2011 besuchten in Vorarlberg 7.297 SchülerInnen eine Berufsbildende Pflichtschule im Rahmen des berufsbildenden dualen Ausbildungssystems. Mit Stichtag 31.12.2010 zählte Vorarlberg 8.001 Lehrlinge, wobei einige Lehrlinge Berufsbildende Schulen in anderen Bundesländern besuchen (Amt der VLR, 2012b). Von Vertretern der gewerblichen Wirtschaft wird in letzter Zeit immer häufiger kritisiert, dass die Lehrlinge, die sie bekommen, große Mängel in der Grundausbildung aufweisen, weil sie beispielsweise die Grundrechenarten nur sehr mangelhaft beherrschen oder Texte nicht sinnerfassend lesen können. Der zuständige Schullandesrat Siegmund Stemer meint dazu, dass das Problem solcher RisikoschülerInnen infolge der schwächeren Geburtenjahrgänge deutlicher werde, weil zwar ihre Anzahl recht stabil sei, ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl aber zunehme (ORF, 2011; siehe zu diesem Thema den Beitrag von Eva Häfele: Spannungsfeld Bildung, in diesem Band).

Soziale Lage in Kindheit, Jugend und frühem Erwachsenenalter

Die soziale Lage der Jungen im Hinblick auf die Existenzsicherung wird zum einen maßgeblich durch die Herkunftsfamilie bestimmt, zum anderen durch die Art und Weise, wie nach dem Abschluss der Ausbildung der Übergang in das Berufsleben gelingt. Im Folgenden soll der Blick auf diesen Übergang gerichtet sein.

Keine Arbeit, keine schulische oder berufliche Ausbildung

Eine Gruppe Jugendlicher, die meist schon in der Schule große Schwierigkeiten hatten, sind die sogenannten NEET – „not in education, employment or training“, also Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren, die weder in die Schule gehen noch eine sonstige Ausbildung absolvieren und auch nicht berufstätig sind. Sie stehen im Zentrum einer Studie des Linzer Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die in Zusammenarbeit mit der oberösterreichischen Arbeiterkammer erstellt wurde. In Vorarlberg liegt der Anteil der NEET bei 9,2 % oder knapp 4.000 Personen und ist damit österreichweit am zweithöchsten nach Wien (11,1 %) (Bacher/Tamesberger, 2011). 4.000 Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren ohne Arbeit und ohne Ausbildung bedeuten einen ganzen Jahrgang – so viele Kinder werden pro Jahr in Vorarlberg durchschnittlich geboren. NEET sind ausgesprochen schlecht erfassbar, da nur wenige von ihnen beim Arbeitsmarktservice als arbeitssuchend gemeldet sind und sie auch in keiner Ausbildungs- oder Schulstatistik aufscheinen. Ihre konkreten Problemlagen sind aufgrund fehlender Erhebungen nicht bekannt.

Die Zahl der NEET in Vorarlberg konnte vom zuständigen Schullandesrat Stemer auch im Rahmen einer Landtagsanfrage weder bestätigt noch in Abrede gestellt werden (Sprickler-Falschlunger/Stemer 2012). Untermauert wird die Bacher/Tamesberger-Erhebung durch eine ältere Studie zu Jugendlichen mit akutem Qualifizierungsbedarf (Synthesis, 2008); auch hier weist Vorarlberg Zahlen über dem Österreich-Schnitt auf. Da die betroffenen Jugendlichen stark dazu tendieren, dauerhaft armutsgefährdet zu sein, bedarf es einer detaillierten Studie zu dieser Zielgruppe, um zum einen deren Zahl genau zu erheben und zum anderen Verbesserungs- und/oder Vermeidungsstrategien zu entwickeln.

Unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit

Ein niedriges Bildungsniveau erschwert oft die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt. Da Vorarlberg im Hinblick auf Bildungsabschlüsse einen verhältnismäßig großen Anteil von formal niedrigqualifizierten Jugendlichen aufweist, könnte man von einer hohen Arbeitslosigkeit innerhalb dieses Alterssegments ausgehen. Insgesamt weist Vorarlberg jedoch niedrige Arbeitslosenzahlen auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf. So lag die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im Jahresdurchschnitt 2011 in Vorarlberg bei 6,8 % und damit recht deutlich unter jener für Gesamtösterreich (8,7 %). Bei den



unter 25-Jährigen sind mit Ende Februar 2012 rund 1.200 Personen als arbeitslos und ohne Einstellungszusage beim Arbeitsmarktservice Vorarlberg vorgemerkt. Dies scheint ein Widerspruch zur errechneten Anzahl der NEET von 4.000 zu sein. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass ein Teil der NEET dem Arbeitsmarkt mangels Meldung beim Arbeitsmarktservice (AMS) gar nicht zur Verfügung steht oder die Voraussetzungen für eine Vormerkung beim AMS – wie Arbeits- und Schulungswilligkeit – nicht erfüllt. Das AMS ist in Vorarlberg aufgrund einer Vereinbarung mit dem Land verpflichtet, jugendlichen Arbeitslosen innerhalb von drei Monaten ein Arbeits- oder ein Schulungsangebot zu machen. Jugendliche jedoch, die an beiden Angeboten kein Interesse haben, melden sich nicht beim AMS. Das AMS spricht hier von „versteckter Arbeitslosigkeit“, die zahlenmäßig nicht erfassbar sei.

Armut bei Kindern und Jugendlichen

Zur Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen liegen für Vorarlberg keine verlässlichen Daten vor, da bislang im Gegensatz zu anderen Bundesländern kein regionaler Armutsbericht vorhanden ist. Aus den EU-SILC-Erhebungen für Österreich wissen wir jedoch, dass auch Kinder und jüngere Menschen von erheblicher materieller Deprivation (genaue Definition siehe Glossar) betroffen sind. Für Gesamtösterreich wurde 2010 eine Zahl von 355.000 erheblich materiell deprivierten Menschen festgestellt; ein Viertel von ihnen hatte das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet (BMASK, 2011c). Umgerechnet auf den Bevölkerungsanteil bedeutet das, dass in Vorarlberg rund 3.900 Kinder und Jugendliche in einem Haushalt leben, der sich die Erfüllung bestimmter Grundbedürfnisse aus finanziellen Gründen nicht leisten kann.

Eine Erhebung der Vorarlberger Landesregierung zu den BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (vormals offene Sozialhilfe) ergab, dass 2011 von den insgesamt 5.289 Haushalten, die Mindestsicherung bezogen, 1.926 Haushalte minderjährige Kinder aufwiesen. Deren Gesamtzahl betrug 3.889 (Amt der VLR, 2012c). Diese Zahl deckt sich mit jener, die oben aus der EU-SILC-Erhebung für Vorarlberg umgerechnet wurde. „Haushalte mit einem minderjährigen Kind und insbesondere Haushalte mit drei und mehr minderjährigen Kindern sind in der Sozialhilfe häufiger anzutreffen als in der Gesamtbevölkerung“ (Amt der VLR, 2012c, S. 11).

Schulden

Neben Einkommensarmut spielt Armut durch Verschuldung eine Rolle. 220 Klienten (8,49 %) der Vorarlberger Schuldenberatung waren 2011 unter 25 Jahren. Der Klientenanteil der „Jungen“ bei der Schuldenberatung liegt recht stabil bei knapp 10 %; damit ist diese Altersgruppe im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. Die Altersgruppe zeichnet sich besonders dadurch aus, dass sie aufgrund

mangelnder Erfahrung Verträge (zum Beispiel für Handy, Autoleasing oder -kauf, Versicherungen) abschließt, ohne deren finanzielle Folgen abschätzen zu können. Das Geschlechterverhältnis ist in dieser Gruppe von Verschuldeten ausgeglichen, während in allen anderen Altersgruppen der Männeranteil bei 60 % der Klienten liegt. Junge Frauen handeln also in finanziellen Belangen ebenso risikoreich wie ihre männlichen Altersgenossen.

Werte und Ängste der Vorarlberger Jugendlichen

Fragt man nach den Werten und Ängsten der Vorarlberger Jugendlichen, so zeigt sich, dass die größten Befürchtungen darin bestehen, keine Freunde zu haben, dass sich die Eltern trennen, keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden oder dass die Familie verarmt (Böheim-Galehr/Kohler-Spiegel, 2011, S. 76). Bemerkenswert ist, dass in Vorarlberg Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund ihre persönliche Zukunft vergleichsweise weniger positiv sehen als andere Jugendliche (Böheim-Galehr/Kohler-Spiegel, 2011, S. 285). Später einmal eine eigene Familie zu haben, gehört in Vorarlberg zur Zukunftsplanung von 79 % der weiblichen und 78 % der männlichen Jugendlichen (Böheim-Galehr/Kohler-Spiegel, 2011, S. 139).

Die aktuelle Jugendwertestudie für Gesamtösterreich (Institut für Jugendkulturforschung, 2012) bezeichnet die österreichischen Jugendlichen als „pragmatische Individualisten“, die keine gesellschaftlichen Utopien entwickeln. Vielmehr versuchen sich die heute 14- bis 29-Jährigen mit den bestehenden Verhältnissen bestmöglich zu arrangieren, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen oder gegen sie anzukämpfen. Im Mittelpunkt ihres Lebens stehen Freunde und Bekannte sowie ihre Familie. Die Jugendlichen sind davon überzeugt, einer positiven Zukunft entgegenzugehen – trotz der wirtschaftlichen Krisenjahre –, vorausgesetzt, sie strengen sich ausreichend an. 56 % der Befragten geben an, sich stark unter Druck zu fühlen. Bei den 14- bis 19-Jährigen, die sich größtenteils noch in Ausbildung befinden und in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Eltern leben, fühlt sich ein Drittel zu reinen Leistungsbringern degradiert, und zwar von jenen, die ihnen emotionale Unterstützung geben sollten – den eigenen Eltern (Institut für Jugendkulturforschung, 2012, S. 100).

Die Zukunft der Gesellschaft sehen die Jugendlichen, im Gegensatz zur eigenen, mehrheitlich düster. 70 % der Befragten finden, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Österreich immer weiter aufgehe, und 55 % sind der Ansicht, dass immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden (Institut für Jugendkulturforschung, 2012, S. 79).



Trends und Perspektiven: Jung sein – Herausforderungen für die Gesellschaft

Aus dieser überblickhaften Darstellung der demografischen Entwicklung, der Bildungssituation, der Risiken der materiellen Existenzsicherung und der Werte der Jungen in Vorarlberg lassen sich folgende gesellschaftliche Herausforderungen ablesen:

Schaffung eines elternfreundlichen Umfelds

Auch wenn Vorarlbergs Frauen im österreichischen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Fruchtbarkeitsrate aufweisen, kann doch angenommen werden, dass auch in diesem Bundesland gilt, was für Österreich insgesamt erhoben wurde (Bundesländerdaten liegen nicht vor): dass der Kinderwunsch deutlich größer ist als die dann tatsächlich realisierte Kinderzahl (Neuwirth u.a., 2011). Knapp 80 % der Jugendlichen in Vorarlberg planen, in Zukunft eine Familie zu gründen. Als gesellschaftliches Ziel muss gelten, dass Menschen ihren Kinderwunsch voll realisieren können und entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Schaffung eines familienfreundlichen Klimas in Politik und Gesellschaft sowie ausreichende Transferleistungen und günstige steuerliche Bedingungen für Familien. Ebenso muss leistbarer Wohnraum vorhanden sein, und die Lebenshaltungskosten müssen auch während der Phase, in der ein Elternteil die Kinder betreut und keinem Erwerb nachgehen kann, finanzierbar sein. Denn finanzielle Sicherheit trägt wesentlich dazu bei, dass Menschen ihren Kinderwunsch verwirklichen (Neuwirth u.a., S. 113).

Gleiche Bildungschancen

Es hängt im derzeitigen österreichischen Bildungssystem maßgeblich von der Unterstützung durch die Eltern ab, welchen Bildungsabschluss ein Kind macht. Eltern mit geringerer Bildung können die derzeit im Hinblick auf das Bildungssystem erforderliche Sprachförderung und Lernhilfe oft nicht bieten. Das Bewusstsein der großen Bedeutung von Bildung für die spätere Zukunft ist nicht überall vorhanden. Nur 5 % der Kinder von PflichtschulabsolventInnen, aber 41 % der Kinder aus akademischen Elternhäusern erreichen in Österreich einen universitären Bildungsabschluss. Man spricht hier von Bildungsvererbung oder mangelnder intergenerationaler Bildungsmobilität.

Die hohen Ausgaben für externe Nachhilfe sind ein weiteres Zeichen für den dringenden Reformbedarf unseres Schulsystems in Richtung Schaffung gleicher Bildungschancen. Die Caritas hat dazu ein Forderungsprogramm für ein sozial nachhaltiges Bildungssystem aufgelegt, weil sie als Organisation, die an den Brennpunkten der Gesellschaft tätig ist, die Reformnotwendigkeit des heimischen Bildungssystems in besonderem Maße spürt (Caritas, 2011). Zu den Caritas-Forderungen gehören ein kompensatorischer Unterricht,

der sozioökonomisch bedingte Startnachteile durch zusätzliche Förderstunden ausgleicht, Kleingruppenunterricht, muttersprachliches Personal für Kinder mit Migrationshintergrund und neues Lehren und Lernen, das die Bildungsmotivation der Kinder bewahrt und stärkt.

Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache

Der signifikant hohe Prozentsatz von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache (34 %) an den Vorarlberger Sonderschulen sollte eingehender schulpädagogisch analysiert werden. Ziel muss ein umfassendes Gesamtkonzept für Vorarlberg sein, das Sonderschulen überflüssig macht. Im Tiroler Bezirk Reutte wurde bereits vor über zehn Jahren die Abschaffung der Sonderschulen beschlossen und seither umgesetzt. Überdacht, besonders auch im Hinblick auf die Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, sollte auch das System der Schulsprengel werden. An einigen Schulen in Vorarlberg liegt die Quote der SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache bei 60 %. Das ist der Integration nicht förderlich. Gemeinsames Leben und Lernen in der Schule bildet einen der wichtigsten Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Voraussetzung dafür ist eine Regelschule für alle Kinder und Jugendlichen – mit einer guten Durchmischung der sozialen und sprachlichen Herkunftsgruppen und mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften.

Anhebung des Bildungsniveaus

Vorarlberg weist unterdurchschnittliche Daten der formalen Bildung seiner Bevölkerung auf. Auch die Quoten der RisikoschülerInnen und der frühen BildungsabbrecherInnen liegen über dem Österreich-Schnitt. Das belegen sowohl die Vorarlberger Sondererhebung zu PISA wie auch das Bildungsstandregister und andere Erhebungen (Bacher/Tamesberger 2011; Synthesis, 2008). Bildung ist weit mehr als Wissen. Sie zielt auf die Bereitschaft und Fähigkeit des Menschen ab, kritisch zu denken, eigenständig zu urteilen und selbstverantwortlich zu handeln. Eine gute Allgemeinbildung, sinnerfassendes Lesen, die Beherrschung der Grundrechenarten und das Verstehen grundlegender naturwissenschaftlicher Zusammenhänge sind Voraussetzungen für die Teilhabe an unserer Wissens- und Informationsgesellschaft.

Verlorene Generation

Jugendliche, die gerade den Pflichtschulabschluss oder nicht einmal diesen schaffen und keiner Arbeit nachgehen, gelten als „verlorene Generation“. Die Quote der frühen BildungsabbrecherInnen – also jener, die maximal einen Pflichtschulabschluss schaffen – bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in Österreich fast viermal so hoch (23,1 %) wie bei jenen ohne Migrationshintergrund (6,2 %). Die Vorarlberger Gesellschaft und ihr Arbeitsmarkt brauchen in Zukunft diese Jugendlichen, um den (Fach-)Arbeiterbedarf zu decken. Und kommende Generationen brauchen Eltern, die Kindern die Bedeutung von Bildung vermitteln können.



Literatur

Amt der Vorarlberger Landesregierung (2010): Offene Sozialhilfe 2006 bis 2009. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012a): Kindertagesheimstatistik 2011/2012. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012b): Schulstatistik 2010/2011, 2009/2010, 2008/2009, 2007/2008. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung (2012c): Sozialhilfe – Mindestsicherung 2008 bis 2011. Bregenz

Bacher, Johann / Tamesberger, Denis (2011): Junge Menschen ohne (Berufs)Ausbildung. Ausmaß und Problemskizze anhand unterschiedlicher Sozialindikatoren. Linz

BALLweb (2012): Direktabfrage Arbeitslose nach Alter; www.dnet.at/bali/User2011.aspx

BIFIE Salzburg (Hg.) (2011): PISA 2009. Erste Ergebnisse aus Vorarlberg. Lesen, Mathematik, Naturwissenschaft. Salzburg

Böheim-Galehr, Gabriele / Kohler-Spiegel, Helga (2011): Lebenswelten – Werthaltungen junger Menschen in Vorarlberg. Innsbruck–Wien–Bozen: StudienVerlag

BMASK - Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Berichtband. Statistik Austria. Wien

Caritas (2011): Gute Bildung. Bessere Zukunft für alle Kinder! Forderungsprogramm der Caritas für ein sozial nachhaltiges Bildungssystem. Wien

Hanika, Alexandra u.a. (2012): Regionalisierte Schulbesuchsprognose für Österreich 2009 bis 2030. In: Statistische Nachrichten 2/2012, S. 99-115

IFES (2010): Nachhilfe. Bundesweite Elternbefragung. Wien

IFES (2011): Nachhilfe – Studie. Bundesweite Ergebnisse. Wien

Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Institut für Jugendkulturforschung (2012): Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011. Wien

Institut für Sozialdienste (2012): Jahresbericht der Schuldenberatung für 2011. Bregenz

Neuwirth, Norbert u.a. (2011): Der Kinderwunsch in Österreich. Umfang, Struktur und wesentliche Determinanten. Eine Analyse anhand des Generations and Gender Programme (GGP). Wien; www.univie.ac.at/oif/typo3/fileadmin/OEIF/Forschungsbericht/FB5-Kinderwunsch.pdf

ORF (2011): Bildung – PISA: Ein Drittel sind Risikoschüler; <http://vbgv1.orf.at/stories/496097>

Sprickler-Falschlunger, Gabriele / Sterner, Siegmund (2012): Anfrage – Schule abgebrochen, ohne Ausbildung und Job – was wird aus diesen Jugendlichen? [http://suche.vorarlberg.at/vlr/vlr_gov.nsf/0/615CF55336FAE1B4C12579B4004A4B79/\\$FILE/29.01.302.pdf](http://suche.vorarlberg.at/vlr/vlr_gov.nsf/0/615CF55336FAE1B4C12579B4004A4B79/$FILE/29.01.302.pdf)

Statistik Austria (2011a): Bevölkerungsprognose 2011. Erstellt am 23. August 2011. Wien

Statistik Austria (2011b): Bildungsstandregister 2009. Wien

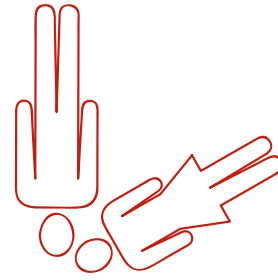
Statistik Austria (2012a): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2011. Wien

Statistik Austria (2012b): Demographische Trends 2011. Meldungen der rund 1.400 Standesämter. Pressemitteilung 10.251-104/12. Wien

Statistik Austria (2012c): Statistik der Ehescheidungen. Erstellt am 04. Juni 2012. Wien

Statistik Austria (2012d): Bildung in Zahlen 2010/11. Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien

Synthesis Forschung GesmbH (2008): Jugendliche mit akutem Qualifizierungsbedarf 2007-2015. Monitoring und Prognose. Im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich. Wien



Erwachsen sein in Vorarlberg

In keinem anderen österreichischen Bundesland sind die Einkommen der Frauen so niedrig und ist der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern – auch bereinigt um Vollzeit- und ganzjährig Beschäftigte – so groß wie in Vorarlberg. Im Folgenden werden die wichtigsten Daten zu den VorarlbergerInnen zwischen 20 und 60 Jahren im Hinblick auf Einkommen, Beschäftigung und Finanzierung der Sozialleistungen sowie auf Gefährdungen und Hilfen dargestellt, und es werden die wesentlichen gesellschafts- und sozialpolitischen Trends aufgezeigt. Ein Exkurs stellt die Lebenshaltungskosten bei niedrigem und bei mittlerem Einkommen gegenüber.

Soziodemografische Grunddaten

In Vorarlberg waren mit Ende 2011 372.364 Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet. Von ihnen waren 208.351 Personen (56 % der Gesamtbevölkerung) im Alter von 20 bis 60 Jahren. Das Geschlechterverhältnis in dieser Altersgruppe ist sehr ausgewogen, mit einem Anteil von 50,1 % Männern. Nach den Bevölkerungsprognosen für Vorarlberg wird diese Altersgruppe gegenüber den jüngeren und älteren Altersgruppen bis 2075 am stärksten abnehmen (Amt der VLR, 2012a).

Einkommen und Arbeit

Vorarlberg verfügt aktuell über ein Arbeitskräftepotenzial von rund 156.300 Personen. 147.600 davon stehen in einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis, 8.700 sind als arbeitslos gemeldet. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,6 % für 2011 liegt Vorarlberg unter dem österreichischen Durchschnitt (6,7 %). Eine langjährige unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote zeichnet den heimischen Arbeitsmarkt, mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009, aus. 2009 nahm die Zahl der Beschäftigten in Vorarlberg erstmals seit 1997 ab. Besonders betroffen waren die männerdominierten Branchen der Metallindustrie sowie der Arbeitskräfteüberlasser.

Vorarlberg hat aktuell sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern eine überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote, wobei die der Frauen erstmals 2009 über dem österreichischen Durchschnitt lag. Dieser Anstieg ist vor allem auf Teilzeitarbeit mit einer oft niedrigen Stundenzahl zurückzuführen. Vorarlberg ist das Bundesland mit der höchsten Teilzeitquote bei Frauen (50,1 %, 31.300 Personen). Dazu kommt die relativ große Zahl

der geringfügig Beschäftigten (11.727 Frauen) ohne existenzsicherndes Einkommen. Diese Gruppe wächst stetig und macht gemeinsam mit jenen, die mit einem geringfügigen freien Dienstvertrag arbeiten, 17.500 Männer und Frauen aus (Amt der VLR, 2012b).

In keinem anderen Bundesland arbeiten so viele Männer zwischen 15 und 64 Jahren Vollzeit wie im westlichsten. In Vorarlberg hat sich in den letzten Jahren das Modell des alleinverdienenden Mannes mit haushaltsführender Frau hin zur Rollenteilung „Mann arbeitet Vollzeit, Frau Teilzeit mit niedriger Stundenanzahl“ entwickelt (Feigl, 2010, S. 74).

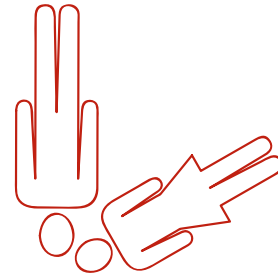
Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

Diese Rollenteilung der Geschlechter erklärt jedoch nur zum Teil den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern. Denn betrachtet man ausschließlich das mittlere Jahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten – also bereinigt um die Teilzeit- und Saisonkräfte, bei denen Frauen dominieren – und vergleicht man die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, so zeigt sich, dass die Lohndifferenz in Vorarlberg so groß ist wie in keinem anderen Bundesland: 2009 lag das Bruttojahreseinkommen bei Männern bei Euro 39.833, das der Frauen bei Euro 28.626. Die Lohndifferenz der Geschlechter beträgt im Österreich-Schnitt Euro 7.416, in Vorarlberg hingegen Euro 11.207 zugunsten der Männer (Rechnungshof, 2010a, S. 128, Tab. 57).

Lohnsteuerdaten aus dem Jahr 2010 (Statistik Austria, 2011a) zeichnen für das unterste Einkommensviertel in Vorarlberg folgendes Bild: 25 % der unselbständig erwerbstätigen Frauen (rund 19.500 Personen) hatten ein Jahresnettoeinkommen von weniger als Euro 5.273 (das entspricht einem Jahreszwölftel von Euro 440), und 25 % der unselbständig erwerbstätigen Männer (rund 21.000 Personen) verdienten weniger als Euro 14.772 netto pro Jahr, also weniger als ein Jahreszwölftel von Euro 1.231. Das durchschnittliche Männergehalt lag 2010 bei Euro 1.973, das der Frauen bei Euro 1.103 netto zwölfmal im Jahr.

Unterschied zwischen Einkommensschichten

Eine Analyse der Einkommen nach Quartilen (Viertelwerten) bedeutet, dass 25 %, 50 % oder 75 % der Einkommen jeweils unter oder maximal bei einem bestimmten Betrag liegen. Damit wird gesagt, wie viel das unterste Einkommensviertel höchstens verdient, wie viel maximal die untere und wie viel mindestens die obere Hälfte der Bevölkerung verdient, und wie viel mindestens das oberste Einkommensviertel. Ein Vergleich des unteren mit dem oberen Quartil zeigt, dass die Differenz in Vorarlberg deutlich über dem Bundeschnitt liegt (Vorarlberg: Euro 1.228, Österreich: Euro 1.115 Einkommensdifferenz netto monatlich). In Vorarlberg ist also der Abstand zwischen dem untersten und dem obersten



Einkommensviertel von allen Bundesländern am zweitgrößten. Größer ist der Abstand nur in Wien, in allen anderen Bundesländern liegt er deutlich darunter.

Einkommen der selbständig Erwerbstätigen

Der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern wie auch der Abstand zwischen unterstem und oberstem Einkommensviertel ist bei selbständig Erwerbstätigen in Vorarlberg noch höher als bei unselbständig Erwerbstätigen. Vorarlberg erreicht die höchsten mittleren Einkommen aller Bundesländer unter den ausschließlich selbständig Erwerbstätigen – also jenen, die außer der Selbständigkeit keine weiteren Einkünfte haben. Dieses überdurchschnittliche Einkommen ist jedoch nur auf die Einkommen der Männer zurückzuführen. Ihre mittleren Jahreseinkünfte lagen 2007 mit Euro 15.992 netto jährlich deutlich über dem österreichweiten Mittel (Euro 13.057), wohingegen die weiblichen ausschließlich selbständig Erwerbstätigen aus dem westlichsten Bundesland mit Euro 5.856 (Österreich: Euro 8.273) den letzten Platz in der Rangordnung der mittleren Einkommen einnehmen. Im Bundesländervergleich ist der Abstand zwischen dem ersten und dem vierten Einkommensviertel der ausschließlich selbständig Erwerbstätigen in Vorarlberg ebenfalls einmalig hoch. 25 % – das unterste Einkommensviertel – der ausschließlich selbständig Erwerbstätigen verdienten 2007 in Vorarlberg Euro 2.377 netto (Österreich: Euro 3.995) und weniger, die obersten 25 % dieser Erwerbsgruppe lagen bei Euro 25.004 (Österreich: Euro 21.074) und darüber (Rechnungshof, 2010b, S. 233).

Die Gruppe der ausschließlich selbständig Erwerbstätigen im untersten Einkommensviertel ist, wenn sie nicht in Haushalten mit anderen Einkommensquellen lebt, sehr stark armutsgefährdet, weil ihnen einige Absicherungen gegenüber Unselbständigen, zum Beispiel Arbeitslosenversicherung oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, fehlen. Selbständigkeit ist auch bei der Überschuldung ein Faktor. Im Jahr 2011 gaben 258 von 2.590 KlientInnen der Vorarlberger Schuldenberatung „Selbständigkeit“ als Hauptgrund für ihre finanziellen Probleme an; „Selbständigkeit“ nahm damit den dritten Rang unter den Ursachen für Verschuldung ein, nach „Einkommensverschlechterung/Arbeitslosigkeit“ und „Konsumverhalten“ (Institut für Sozialdienste, 2012).

Die Finanzierung der Sozialleistungen

Die soziale Sicherung in Österreich geschieht in einer Kompetenzteilung zwischen Bund und Ländern. Dabei trägt die zentralstaatliche Ebene durch die sozialversicherungsrechtlichen Leistungen (Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) und universellen Leistungen (z.B. Pflegevorsorge und Familienleistungen) den weitaus größten

Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Teil bei. In die regionalen Kompetenzen der Bundesländer und der Kommunen fallen vor allem ein Teil des Gesundheitswesens, das Wohnungswesen, ein Großteil der sozialen Dienste, die Kinderbetreuungseinrichtungen und die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Im Sozialstaat Österreich dominieren die Geldleistungen mit 70 Prozent klar gegenüber den Sachleistungen. Erstere gliedern sich wie folgt:

Geldleistungen nach Leistungstyp 2011	in Mrd. Euro	Anteil an den gesamten Geldleistungen
Sozialversicherungsrechtliche Leistungen	33,9	56,4 %
Pensionen der gesetzl. Pensionsversicherung ¹	30,0	49,9 %
Geldleistungen der Krankenversicherung ²	1,0	1,7 %
Geldleistungen der Unfallversicherung ³	0,7	1,2 %
Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung ⁴	2,2	3,7 %
Universelle Leistungen	8,0	13,3 %
FLAF-Leistungen ⁵	4,3	7,2 %
Kinderabsetzbetrag	1,3	2,2 %
Pflegegeld ⁶	2,4	4 %
Bedarfsgeprüfte Leistungen	2,7	4,5 %
Pensionsversicherung (Ausgleichszulagen)	1,0	1,7 %
Arbeitslosenversicherung (Notstandshilfe)	0,9	1,5 %
FLAF (Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld und Härteausgleich)	0,1	0,2 %
Länder und Gemeinden ⁷	0,5	0,8 %
Stipendien ⁸	0,2	0,3 %
Pensionen der BeamtInnen	10,3	17,1 %
Sozialentschädigung ⁹	0,2	0,3 %
Arbeitsrechtliche Ansprüche ¹⁰	2,6	4,3 %
Nicht obligatorische betriebliche Sozialleistungen ¹¹	2,0	3,3 %
Andere Geldleistungen	0,4	0,7 %
Geldleistungen gesamt	60,1	100 %

¹ alle Pensionsleistungen der gesetzlichen Pensionsversicherung ohne Ausgleichszulagen

² Krankengeld, Wochengeld

³ Verheiratenrenten und Hinterbliebenenrenten der Unfallversicherung

⁴ Arbeitslosengeld und andere nicht bedarfsgeprüfte Geldleistungen

⁵ Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Unterhaltsvorschuss

⁶ Bundesleistungen und Länderleistungen

⁷ Geldleistungen im Rahmen der Sozialhilfe

⁸ Studienbeihilfen und SchülerInnen-Beihilfen

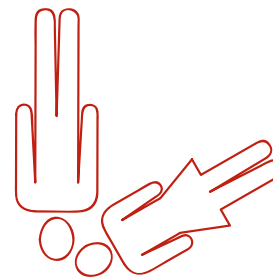
⁹ v.a. Geldleistungen der Kriegsoferversorgung, Opferfürsorge und Heeresversorgung

¹⁰ Lohnfortzahlungen

¹¹ betriebliche Pensionen

¹² v.a. Insolvenzentgeltfonds, Nachtschwerarbeitsgesetz, Schlechtwetterentschädigung, Geldleistungen aus diversen staatlichen Hilfsfonds

Quelle: BMASK 2012, S. 24



Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, dass die soziale Absicherung der ÖsterreicherInnen und damit auch der VorarlbergerInnen im Wesentlichen über die Sozialversicherung erfolgt. Voraussetzung für diese Versicherungsleistungen ist eine (frühere) Erwerbstätigkeit. Die universellen Leistungen wie die Familienbeihilfe oder das Kinderbetreuungsgeld, die aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert werden, kommen allen österreichischen Familien zugute. Unter die bedarfsgeprüften Leistungen fallen die Geldleistungen im Rahmen der Sozialhilfe der Länder und Gemeinden, die insgesamt 0,8 % der gesamten Geldleistungen für Sozialausgaben ausmachen.

Die Sachleistungen betragen 30 % der Sozialausgaben. Die Ausgaben für ambulante und stationäre Krankenversorgung machen dabei knapp drei Viertel (72,1 %) aller Sachleistungen aus. Wesentlich geringer sind die Sachausgaben für Familien und Kinder (Kinderbetreuung), Invalidität (Rehabilitationsmaßnahmen) und Arbeitslosigkeit (arbeitsmarktfördernde Maßnahmen).

Sachleistungen nach Leistungstyp 2011	in Mrd. Euro	Anteil an den gesamten Sachleistungen
Alter	1,5	5,8 %
Hinterbliebene	0,0	0,1 %
Invalidität	1,6	6,3 %
Familien/Kinder	2,1	8,3 %
Arbeitslosigkeit	1,2	4,5 %
Gesundheitsversorgung/Krankheit	18,6	72,1 %
Sonstige Bereiche ¹	0,8	3,0 %
Sachleistungen gesamt	25,7	100 %

¹ In die sonstigen Bereiche fallen hauptsächlich Geld- und Sachleistungen der Sozialhilfe sowie Wohn-, Mietzins- und Mietbeihilfen. Letztere werden als Sachleistungen verbucht, da sie zweckgewidmete Zahlungen darstellen.

Quelle: BMASK 2012, S. 23

Sozialfonds des Landes Vorarlberg

Um seine Aufgaben, vor allem im Rahmen der Sozialhilfe, erfüllen zu können, hat das Land Vorarlberg den Sozialfonds eingerichtet. Über diesen Fonds erfolgt die Finanzierung der Mindestsicherung, der Integrationshilfe (Behindertenhilfe) und der Jugendwohlfahrt. Die Ausgaben des Sozialfonds betrugen 2011 Euro 239.992.044. Der größte Kostenfaktor sind die Ausgaben für die Mindestsicherung mit Euro 127.170.608, wobei hier die Kosten für die Sozialhilfe in Pflegeanstalten und Heimen mit 61,4 % besonders zu Buche

schlagen. Die Abgänge des Sozialfonds werden zwischen Land und Gemeinden nach dem Schlüssel 60:40 aufgeteilt. Die Ausgaben des Landes machten 2010 8 % des Landesbudgets aus. Die Ausgaben der Gemeinden für den Sozialfonds betrugen im selben Jahr 6 % ihrer Gesamtausgaben (es liegen bei Redaktionsschluss noch nicht alle Zahlen für 2011 vor).

Soziale Lage im Erwachsenenalter

Im folgenden Kapitel wird die soziale Lage im Erwerbsalter unter dem Blickwinkel von Armutsgefährdung, Arbeitslosigkeit und Verschuldung betrachtet, ebenso werden die bestehenden Transferleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und bedarfsorientierte Mindestsicherung) zur Abfederung der Gefährdungslagen untersucht. Außerdem werden die Wohnverhältnisse in Vorarlberg sowie die Maßnahmen der Wohnbauförderung beschrieben.

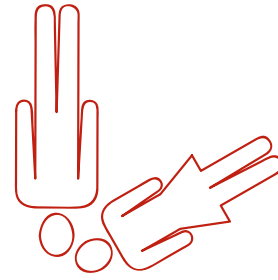
Armutsgefährdung im Erwerbsalter

Wir kennen die individuellen Einkommen aus Erwerbstätigkeit aufgrund der Lohn- und der Einkommensteuerstatistik. Dabei können wir in Vorarlberg vor allem niedrige Fraueneinkommen aus selbst- und unselbständiger Erwerbstätigkeit feststellen. Für die statistische Bestimmung von Armutsgefährdung ist jedoch nicht das Individual-, sondern das Haushaltseinkommen relevant. Die EU-SILC-Erhebung liefert hier für Vorarlberg wenig verlässliche Daten, da deren Schwankungsbreite aufgrund der geringen Stichprobengröße erheblich ist.

Erhebungen zur bedarfsorientierten Mindestsicherung zeigen, dass 2011 von den 5.297 Fällen – also von den Antragstellern, die einmalig oder dauerhaft Leistungen aus der Mindestsicherung bezogen – 4,5 % eine Teilzeit- und 6,3 % eine Vollzeitanstellung hatten und 3,7 % einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen (Amt der VLR, 2012c). Das heißt, ihr Erwerbseinkommen oder daraus resultierende Transferleistungen lagen unter der Einkommensgrenze der Mindestsicherung.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Die Sozialhilfe – seit 2010 bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) genannt – gilt als letztes Netz für Menschen, die sonst ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können und auch über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügen, um die täglich notwendigsten Ausgaben zu tätigen. Von 2001 (2.342 Fälle) bis 2011 (5.297 Fälle) gibt es in Vorarlberg eine Stei-



gerung der Fallzahlen der offenen Sozialhilfe bzw. der bedarfsorientierten Mindestsicherung um 119 %. Diese Entwicklung ist tendenziell in allen Bundesländern beobachtbar.

Arbeitslosigkeit

Trotz teils niedriger Löhne bleibt Erwerbstätigkeit der beste Schutz vor Armut. Auf den schweren Wachstumseinbruch der Vorarlberger Wirtschaft, der vom vierten Quartal 2008 bis zum vierten Quartal 2009 dauerte, folgte eine rasche Erholung. Von 2010 bis 2011 beschleunigte sich das reale Wirtschaftswachstum, die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ging in dieser Periode zurück. 2011 waren rund 11.000 Personen in Vorarlberg im Jahreschnitt arbeitslos oder in arbeitsmarktpolitischen Bildungsmaßnahmen (Amt der VLR, 2012b). Arbeitslose mussten 2011 in Österreich mit monatlich durchschnittlich Euro 843 (Männer: Euro 909, Frauen: Euro 752) auskommen. (BMASK, 2012, S. 54). Gesonderte Daten für Vorarlberg liegen dazu nicht vor.

Notstandshilfe

NotstandshilfeempfängerInnen sind langzeitarbeitslos und mit allen Problemlagen einer lang andauernden Arbeitslosigkeit konfrontiert (siehe auch den Beitrag von Gottfried Schweiger: Arbeitslosigkeit und Familie, in diesem Band). Bei der Notstandshilfe gibt es keine Untergrenze, und im Gegensatz zum Arbeitslosengeld, das zu Beginn des Bezugs ca. 55 % des vorangegangenen Nettoeinkommens ausmacht, ist für die Bemessung der Notstandshilfe auch das Partnereinkommen relevant. Dies bedeutet de facto eine Schlechterstellung der Frauen, da ihre Partner aufgrund des höheren Männereinkommens in der Regel mehr verdienen und Frauen daher häufig ihren Anspruch auf Notstandshilfe verlieren. Von 2001 (1.510 BezieherInnen) bis 2011 (3.191 BezieherInnen) hat sich die Zahl der NotstandshilfebezieherInnen in Vorarlberg etwas mehr als verdoppelt (+ 111 %). Diese Zunahme ist zu einem geringen Teil mit dem Anstieg des Arbeitskräftepotenzials zu erklären, das in diesen zehn Jahren in Vorarlberg um 10,2 % zunahm (BALLweb 2012), zeigt aber vor allem die Zunahme der Langzeitarbeitslosen in diesem Zeitraum. 2011 standen den NotstandshilfebezieherInnen in Österreich durchschnittlich Euro 678 monatlich (Männer: Euro 725, Frauen: Euro 609) zur Verfügung (BMASK, 2012, S. 54). Auch hier fehlen vorarlbergspezifische Daten.

Wohnen

In Vorarlberg bestehen derzeit rund 153.200 Haushalte, 32 % davon sind Einpersonenhaushalte – mit steigender Tendenz. Damit liegt Vorarlberg bei den Singlehaushalten aber noch immer unter dem Österreich-Schnitt (36 %). Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt in Vorarlberg bei 2,4 Personen (Österreich: 2,3 Personen). Die durchschnittliche Nutzfläche pro Person beträgt in Vorarlberg 42 Quadratmeter (Österreich: 43,3 Quadratmeter). 92,3 % der Wohnungen liegen in der besten Ausstattungskategorie A, das liegt im Bun-

desschnitt. Betrachtet man alle Ausstattungskategorien A bis D, so fällt auf, dass es im westlichsten Bundesland mehr Wohnungen der Ausstattungskategorie B, aber weniger der Kategorie D gibt als im österreichischen Durchschnitt. Das hat zur Folge, dass günstiger Wohnraum in Vorarlberg sehr rar ist im Vergleich zu anderen Bundesländern.

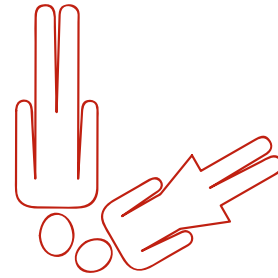
47,1 % der VorarlbergerInnen leben im eigenen Haus, 14,7 % in der eigenen Wohnung. Das heißt, dass knapp 62 % in den „eigenen vier Wänden“ leben. In den übrigen Bundesländern – mit Ausnahme Wiens – ist der Prozentsatz der Haus- und Wohnungseigentümer ähnlich hoch wie in Vorarlberg. Der durchschnittliche Wohnungsaufwand (inkl. Mehrwertsteuer und Betriebskosten, ohne Garagenkosten) betrug in Vorarlberg 2010 Euro 436 pro Haushalt und war damit am höchsten in Österreich (Österreich: Euro 394), noch vor Salzburg (Euro 421) und Tirol (Euro 407) (Statistik Austria 2011c, S. 31). Die heimischen Banken werten regelmäßig ihre Erfahrungen in der Immobilienfinanzierung aus und geben für 2012 für Mietwohnungen je nach Lage und Qualität Kosten zwischen Euro 4,80 und Euro 9,80 pro Quadratmeter (ohne Mehrwertsteuer und Betriebskosten) an. Die Quadratmeterpreise für Baugrundstücke liegen zwischen Euro 70 und Euro 600. Für eine gebrauchte Eigentumswohnung, ein Einfamilien- oder ein Reihnhaus zahlt man 2012 in Vorarlberg zwischen Euro 1.100 und Euro 3.200 pro Quadratmeter (Hypo Immobilien Leasing, 2012).

Von 2000 bis 2010 sind die Mieten (inklusive Betriebskosten und Mehrwertsteuer) in Österreich (gesonderte Vorarlberg-Daten liegen nicht vor) durchschnittlich um 34,5 %, die Löhne hingegen nur um durchschnittlich 22 % gestiegen. Die kumulierte Inflation macht in diesem Zehnjahresvergleich 21 % aus. Das bedeutet, dass die Wohnkosten die Haushalte heute bedeutend stärker belasten als noch zu Beginn des Jahrtausends.

Bei der EU-SILC-Haushaltsbefragung gaben 55 % der Vorarlberger (Österreich: 57 %) eine „gewisse subjektive Wohnkostenbelastung“ an, 19 % eine starke Belastung (Österreich: 14 %) (BMASK, 2011a, Tab. 3.4a). Bei 28 % der Vorarlberger Haushalte (Österreich: 19 %) liegen die Ausgaben für Wohnen über einem Viertel des Haushaltseinkommens. Damit ist die Wohnkostenbelastung der Vorarlberger Haushalte überdurchschnittlich stark. Das ist einerseits auf die hohen Mietkosten zurückzuführen, aber auch auf Eigentumswohnungen und Häuser, die über Bankkredite finanziert werden und zu hohen Rückzahlungsraten führen (siehe dazu den Abschnitt „Schulden“ in diesem Beitrag).

Wohnbeihilfe, sozialer Wohnbau

Die Wohnbauförderung und die Wohnbeihilfe wurden geschaffen, um die hohen Wohnkosten zu bewältigen. Die Wohnbeihilfe bzw. der Wohnungszuschuss (für AusländerInnen) hilft Menschen mit geringem Einkommen. Von 2006 bis 2011 stieg die Zahl der



Unterstützten von 7.173 auf 10.591. Der Anstieg wird einerseits auf die Ausweitung der Zielgruppe zurückgeführt, andererseits auf Einkommens- und Mietpreisentwicklungen (Landesrechnungshof, 2012).

Das Land Vorarlberg förderte über die Wohnbauförderung von 2006 bis 2011 den gemeinnützigen Wohnbau mit Euro 123,61 Millionen und den privaten Neubau mit Euro 350,17 Millionen. Das Verhältnis ist also 26:74 zugunsten des privaten Neubaus.

Die Vergabe der gemeinnützigen Wohnungen geschieht ausschließlich über die Gemeinden. Als Einkommensobergrenze wurden für 2012 Euro 2.160 netto für einen Einpersonenhaushalt festgelegt. Es gibt keine Obergrenze des Mietpreises bei gemeinnützigen Wohnungen. Bei Wohnungen im Passivhausstandard wird eine Obergrenze von Euro 7,50 bis Euro 8,50 pro Quadratmeter inklusive Betriebskosten angestrebt.

Der Wohnungsbedarf (eingeteilt in fünf Dringlichkeitsstufen) wird über das Wohnungswerberprogramm erhoben. 2011 haben 42 von 96 Gemeinden den Bedarf ermittelt. Das heißt, dass 56 % der Vorarlberger Gemeinden nicht einmal den Bedarf an gemeinnützigem Wohnbau erhoben haben. Besonders im ländlichen Raum nehmen Gemeinden nicht an der Erhebung teil oder melden keinen Bedarf. Dementsprechend ist der gemeinnützige Wohnbau im Land vor allem auf Städte und größere Gemeinden verteilt. Bregenz weist im Juni 2010 14 gemeinnützige Wohnungen pro 100 Einwohner auf, Bludenz elf, Dornbirn sechs, Hohenems sechs und Feldkirch fünf. Unter den Gemeinden hat Lochau mit zehn pro 100 Einwohnern die meisten gemeinnützigen Wohnungen, gefolgt von Hard und Nüziders mit sieben. In gut der Hälfte der Vorarlberger Gemeinden, darunter auch in größeren, gibt es gar keine gemeinnützigen Wohnungen – etwa in Koblach, Gaißau oder Göfis (Stand 2010).

2011 wurden 1.378 Wohnungswerber auf der höchsten Dringlichkeitsstufe erhoben. Insgesamt gab es 2011 2.815 Bewerber für eine gemeinnützige Wohnung.

Schulden

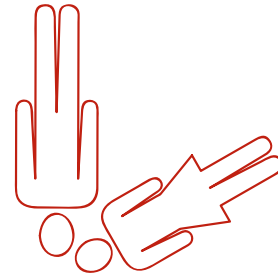
Zur Verschuldung der Privathaushalte in Vorarlberg sind nur sehr wenige Daten vorhanden, da dieses Thema sich nur bedingt für eine Haushaltbefragung eignet und das Bankgeheimnis entsprechende Erhebungen unterbindet. Aus einer Sonderbefragung im Rahmen von EU-SILC (Angel u.a., 2009) wissen wir, dass etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten lebt, wobei die Kreditaufnahme für Wohnraum die dominierende Verschuldungsform darstellt. Die Häufigkeit von Verschuldung nimmt mit dem Alter ab und erhöht sich mit steigendem Einkommen. Denn die Möglichkeit der Kreditaufnahme nimmt mit steigendem Einkommen zu; Menschen

verschulden sich nach der Lebenszyklushypothese besonders häufig dann, wenn sie mit gleichbleibendem oder steigendem Einkommen rechnen können (Angel u.a., 2009, S. 1106).

Für Vorarlberg kann angenommen werden, dass die Verschuldung für die Wohnraumbeschaffung aufgrund der Eigenheimquote und hoher Baukosten (hohe Grundstückspreise und hochwertiger Baustandard) über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Dies belegt eine Erhebung der Österreichischen Nationalbank (Albacete/Wagner, 2009) zur Finanzierung des Immobilienvermögens in Österreich. 22 % der privaten Haushalte in Österreich sind durch Beschaffung von Wohnraum verschuldet. In Vorarlberg macht die Verschuldungsquote für die Wohnraumbeschaffung 32 % aus und ist damit unter allen Bundesländern am höchsten. Aber nicht nur besonders viele Menschen sind in Vorarlberg verschuldet, auch die Höhe ihrer Verschuldung erreicht den österreichischen Spitzenwert. Während verschuldete Haushalte in Vorarlberg 2008 durchschnittlich mit Euro 161.455 für Wohnraumbeschaffung in der Kreide stehen, beträgt diese Summe in Oberösterreich Euro 98.568 und in Niederösterreich nur noch Euro 53.084. Gleiches gilt für Bürgschaften, die es in Vorarlberg überdurchschnittlich oft gibt und in Wien eher selten (Albacete/Wagner, 2009, S. 90).

Überschuldung – also das Vorhandensein von Zahlungsrückständen – trifft auf neun Prozent der österreichischen Bevölkerung in Privathaushalten zu. Überproportional betroffen davon sind jüngere Personengruppen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern, Drittstaatenangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (inklusive armutsgefährdeter und manifest armer Menschen). Menschen mit geringem Einkommen haben im Verhältnis zu ihrem Einkommen die höchsten Zahlungsrückstände. Einen erschwerten Zugang zu finanziellen Basisdienstleistungen wie einem Konto, einer Versicherung und einem einfachen Kredit haben in Österreich – aufgrund ihrer Überschuldung oder ihres geringen Einkommens – vor allem ältere Personen, Personen mit einem geringen Einkommen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Insgesamt gaben 2008 zwei Prozent der Bevölkerung Österreichs an, im Haushalt über kein Bankkonto zu verfügen (Angel u.a., 2009).

Überschuldung ist in Vorarlberg gleichfalls ein häufiges Problem, wie die Daten der Schuldenberatung aufzeigen. 5.000 bis 7.000 Haushalte sind laut Schätzung der Vorarlberger Schuldenberatung überschuldet, rund jeder zehnte überschuldete Haushalt geht in die Privatinsolvenz (2011: 606 Personen). Mit 606 Privatkonkurseröffnungen rangiert Vorarlberg an zweiter Stelle der Privatkonkurse pro 10.000 Einwohner in Österreich. Lediglich Wien weist mehr Privatkonkurseröffnungen pro 10.000 Einwohner auf (Institut für Sozialdienste, 2012).



Exkurs: Lebenshaltungskosten bei niedrigem und mittlerem Einkommen

Die Caritas Vorarlberg hat auf der Grundlage ihrer Praxiserfahrung in der Beratung von Menschen in Not Lebenshaltungskosten für einen Ein-Personen-Haushalt mit niedrigem Einkommen (ca. 60 bis 65 % des Medianeinkommens) und für einen Ein-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen zusammengestellt. Grundlage zur Berechnung des Durchschnittseinkommens war das für 2010 ausgewiesene Medianeinkommen für Vorarlberg von Euro 1.708 (Statistik Austria, 2010b). Für die Lebenshaltungskosten wurde angenommen, dass der Lebensstil dem Einkommen angepasst wird. Das heißt beispielsweise: Jemand mit mehr Einkommen lebt in einer größeren Wohnung als jemand mit weniger Einkommen, jemand mit niedrigem Einkommen beschränkt seine Ausgaben auf das Nötigste und so weiter.

Folgendes lässt sich feststellen: Die Wohnungskosten machen in einem Ein-Personen-Haushalt mit niedrigem Einkommen – bei einer Wohnfläche von 50 Quadratmetern – die Hälfte des verfügbaren Geldes aus. Dabei wurden pro Quadratmeter Kosten von Euro 5,60 angenommen. In etwa dieser Höhe liegt auch der von der bedarfsorientierten Mindestsicherung akzeptierte Mietpreis; dies entspricht den Miet-Richtwerten der Wohnbeihilfe. Ausgaben für Ernährung betragen Euro 220 pro Monat und entsprechen Euro 7,10 pro Tag. Energiekosten wurden mit Euro 1,64 pro Quadratmeter angenommen und entsprechen dem Wert für eine Wohnung mit durchschnittlicher Energieeffizienz.

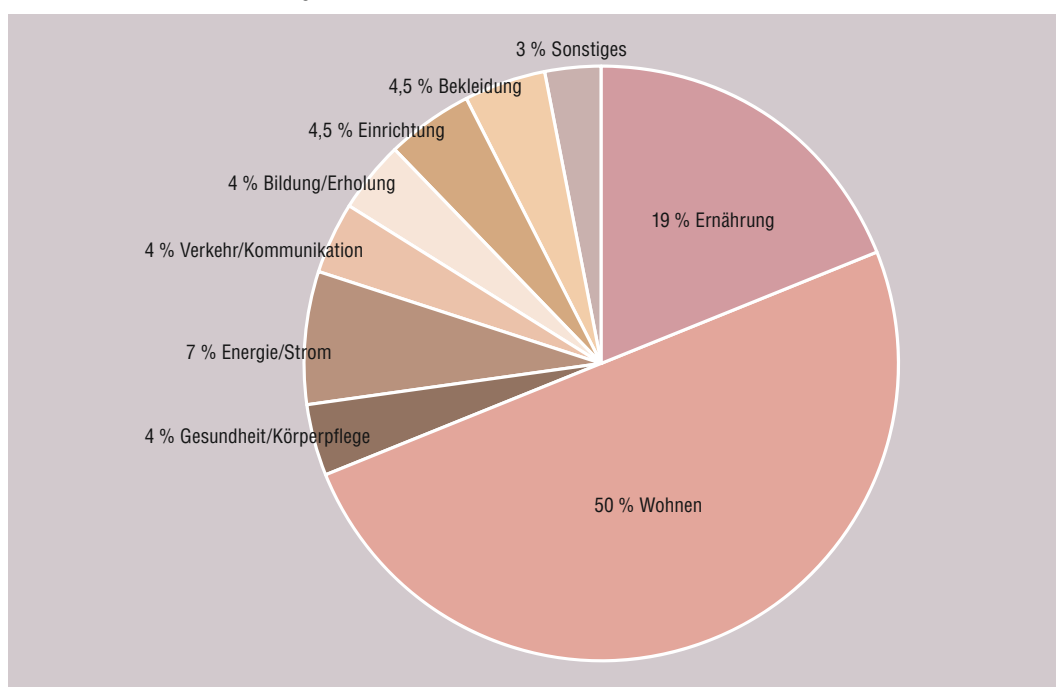
Bei der Berechnung der Lebenshaltungskosten eines Ein-Personen-Haushalts mit mittlerem Einkommen wurde von einer gut ausgestatteten 60-Quadratmeter-Wohnung – also zehn Quadratmeter mehr als beim niedrigen Einkommen – mit besserer Energieeffizienz (Euro 1,37 pro Quadratmeter) ausgegangen, da höherer Baustandard und energieeffizientere Haushaltsgeräte vorhanden sind. Die täglichen Ausgaben für Ernährung betragen in diesem Haushalt durchschnittlich Euro 11,30.

Budget eines Ein-Personen-Haushalts

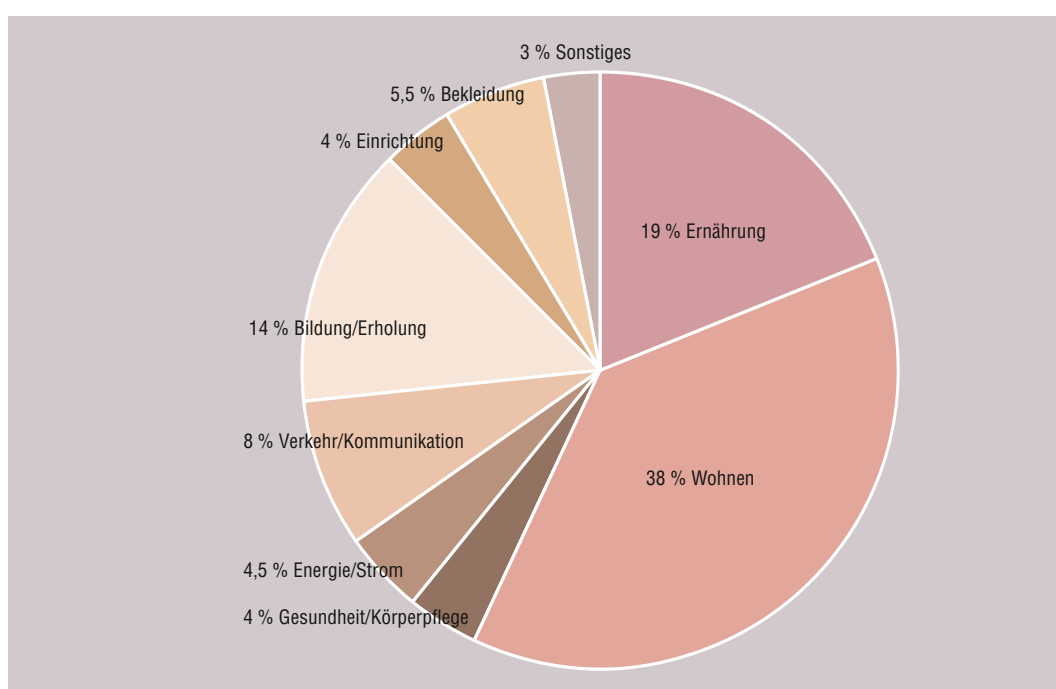
Ausgabenposten	Kosten in Euro	
	Niedriges Einkommen	Mittleres Einkommen
Ernährung	220	350
Wohnen	560	700
Gesundheit/Körperpflege	40	70
Energie/Strom	82	82
Verkehr/Kommunikation	45	153
Bildung/Erholung	40	250
Einrichtung	50	70
Bekleidung	50	100
Sonstiges	30	50
Pro Monat	1.117	1.825

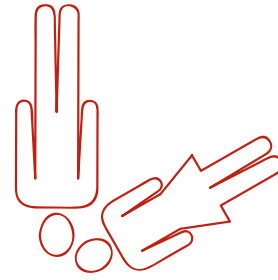
Teil 1
Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Ein-Personen-Haushalt: niedriges Einkommen



Ein-Personen-Haushalt: mittleres Einkommen





Fazit: Einem Ein-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen stehen rund 60 % mehr finanzielle Mittel für Ernährung zur Verfügung als einem Ein-Personen-Haushalt des untersten Einkommensbereichs. Das vergrößert die Wahlmöglichkeiten bei der Ernährung wesentlich. Besonders augenfällig ist auch, dass Menschen mit mittlerem Einkommen einen rund sechsfach höheren Betrag für Bildung und Erholung ausgeben können. Da Weiterbildung im Erwachsenenalter meist mit relativ hohen Kosten verbunden ist, steigert dies wesentlich die Möglichkeit, sich höher zu qualifizieren und damit beruflich weiterzuentwickeln.

Für Haushalte mit niedrigem Einkommen und schulpflichtigen Kindern wiederum ist die Gelegenheit, Kinder durch externe Nachhilfe zu unterstützen, entsprechend gering (siehe dazu auch die Ausführungen zu "Kinder und Jugendliche in Vorarlberg – Nachhilfe" in diesem Text).

Trends und Perspektiven: Erwachsen sein – Herausforderungen für die Gesellschaft

Die Altersgruppe zwischen 20 und 60 Jahren nimmt in den nächsten Jahrzehnten in Relation zur jüngeren und zur älteren Altersgruppe am stärksten ab. Das heißt, dass die erwerbs- und damit beitragsaktiven Träger des österreichischen Sozialsystems gegenüber den „Jungen“, aber vor allem gegenüber den „Alten“ stark zurückgehen werden. Diese Entwicklung sowie steigende Wohn- und Lebenshaltungskosten stellen uns vor die folgenden Herausforderungen:

Der Sozialstaat wackelt

Der Sozialstaat österreichischer Prägung basiert auf dem Umlagesystem: Erwerbstätige und deren Arbeitgeber zahlen in die Pflichtversicherung einkommensabhängige Beiträge ein und finanzieren so die laufenden Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenzahlungen. Diese Einzahlungen sinken aufgrund der demografischen Entwicklung im Verhältnis zu den Ausgaben, die besonders stark für die alten Menschen wachsen. Ein Weg, die Einnahmenseite zu steigern, ist eine Erhöhung der Erwerbsquote. Die ist in Vorarlberg über eine Erhöhung der Frauenbeschäftigung in Richtung mehr Wochenstunden (lediglich 32 % der Vorarlbergerinnen arbeiten ganzjährig Vollzeit, Oberösterreich liegt hier gleichauf, alle anderen Bundesländer haben eine höhere Quote) oder eine anderweitige Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials ausbaubar, beispielsweise durch Reduktion der Frühpensionen. Eine Alternative besteht in einer Änderung des Sozialsystems in Richtung geringerer Versicherungsleistungen und verstärkter Finanzierung über das allgemeine Steueraufkommen.

Hohe Männereinkommen, niedrige Fraueneinkommen

Die Rollenteilung zwischen Männern und Frauen in Vorarlberg führt dazu, dass Frauen zu einem überdurchschnittlich hohen Teil teilzeitbeschäftigt sind, um die Familienarbeit verrichten zu können. Die Folgen sind niedrige Einkommen im Erwerbsleben und niedrige Pensionen im Alter. In keinem anderen Bundesland ist der Einkommensunterschied der Frauen gegenüber den Männern auch bei ganzjähriger Vollzeitarbeit so hoch wie in Vorarlberg. Das und die hohe Teilzeitquote lassen die Frauen in keinem anderen Bundesland so wenig verdienen wie im westlichsten. Das führt zu einer hohen finanziellen Abhängigkeit der Frauen gegenüber ihren Lebenspartnern oder im Falle einer Trennung der Partnerschaft auch zu einer hohen Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Eigenständige, existenzsichernde Fraueneinkommen müssen das Ziel sein, um die Armutsgefährdung zu senken.

Hohe Verschuldung und Überschuldung

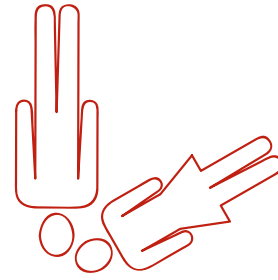
Hohe Kredite für die Wohnraumbeschaffung führen dazu, dass sich Vorarlberger Haushalte stark verschulden. Solange das Haushaltseinkommen ausreicht, um die Schulden zu tilgen, ist dies kein Problem. Einkommenseinbußen oder unerwartet hohe Aufwände, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit oder Scheidung, führen jedoch dazu, dass die Verschuldung schnell zur Überschuldung wird.

Kostenfaktor Wohnen

In Vorarlberg belasten aufgrund der hohen Grundstückspreise und des hohen Wohnstandards massive Wohnkosten die Haushalte. Der derzeitige Boom auf dem Immobilienmarkt verstärkt diesen Trend. Es gibt wenig schlechter ausgestattete und damit billigere Wohnungen der Kategorie C und D. Sogar gemeinnützige Wohnungen werden hierzulande nach dem Passivhausstandard erbaut und sind entsprechend teuer. Bei niedrigem Einkommen machen die Wohnungsausgaben schnell die Hälfte der verfügbaren Mittel aus. Haushalte mit mittlerem Einkommen verschulden sich zum Teil erheblich für die Wohnraumbeschaffung. Wohnraum bezahlbar zu machen, ist daher eine der künftigen Herausforderungen für die Gemeinde- und Landespolitik. Dazu gehören auch der Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus mit besserer regionaler Verteilung und die Schaffung entsprechender Anreize für die Gemeinden sowie eine Umschichtung der Wohnbauförderung, um deren soziale Wirkung zu verstärken.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)

Die Zusammensetzung der MindestsicherungsbezieherInnen hat sich stark verändert. Die KurzzeitbezieherInnen – mit einer Bezugsdauer von einem bis zu drei Monaten – machen inzwischen über die Hälfte aus. 36 % der HauptbezieherInnen der Mindestsicherung geben an, AMS-Leistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Pensions-



vorschuss) zu beziehen, 14 % hatten 2011 einen Lohn- oder Gehaltsbezug. Sie sind also sogenannte RichtsatzergänzungsbezieherInnen. Damit ist die Mindestsicherung schon lange nicht mehr ausschließlich eine Leistung für eine kleine erwerbsferne Gruppe, sondern immer mehr eine Ergänzungsleistung für Berufstätige und Arbeitslose. Das lässt sich einerseits auf die strukturelle Entwicklung des Arbeitsmarktes zurückführen, wie den Anstieg der atypischen Beschäftigungsverhältnisse und das Wachsen des Niedriglohnssektors. Damit werden von der Mindestsicherung Aufgaben übernommen, die bisher von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt wurden. Andererseits spiegelt sich darin auch ein verändertes Anspruchsdenken wider. Abhängig von der Sozialhilfe zu sein, bedeutete früher eine starke Stigmatisierung, besonders im ländlichen Vorarlberg. Zudem konnte ein Sozialhilfeantrag nur bei der Heimatgemeinde eingebracht werden, sodass zu befürchten war, dass sich die Hilfsbedürftigkeit im Ort herumsprechen würde. Das hat sich geändert. Die Antragstellung für die bedarfsorientierte Mindestsicherung kann heute auch über das AMS erfolgen, und Zeiten der Arbeitslosigkeit durchleben inzwischen viele Menschen. Besonders jene, die zuvor im Niedriglohnbereich gearbeitet haben, sind häufig von der Aufstockung des Arbeitslosengeldes durch die Mindestsicherung abhängig. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen existenzsichernde Einkommen mittels eines Mindestlohns garantiert werden, und die BezieherInnen der BMS müssen intensive Unterstützung durch das AMS erhalten, um wieder den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Literatur

Albacete, Nicolás / Wagner, Karin (2009): Wie finanzieren private Haushalte in Österreich ihr Immobilienvermögen? In: Geldpolitik & Wirtschaft, Q 3/09, S. 68-102

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012a): Bevölkerung und Staatsbürgerschaftsverleihungen 2011. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012b): Vorarlberger Arbeitsmarkt, April 2012. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung (2012c): Sozialhilfe – Mindestsicherung 2008 bis 2011. Bregenz

Angel, Stefan u.a. (2009): Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. In: Statistische Nachrichten 12/09, S. 1104-1116

Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Arbeiterkammer Wien (2012): Mietsteigerungen in Österreich und Wien. Auswertungen aus dem Mikrozensus, Wien

BALLweb (2012): Direktabfrage Arbeitskräftepotential insgesamt nach Bundesländern; www.dnet.at/bali/User2008.aspx und www.dnet.at/bali/User2012.aspx

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011a): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Statistik Austria. Wien

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011b): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Berichtband. Statistik Austria. Wien

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012): Sozialschutz in Österreich 2012. Wien

Feigl, Susanne (2010): Frauen in Vorarlberg. Zahlen, Fakten und Entwicklungen. Bregenz: Amt der Vorarlberger Landesregierung

Habl, Claudia (2009): Gesundheit und soziale Ungleichheit. In: Dimmel u.a.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck–Wien–Bozen: StudienVerlag

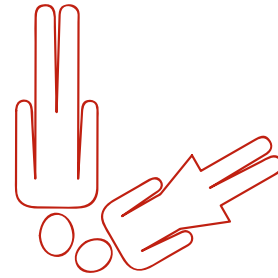
Hypo Immobilien Leasing (2012): Richtpreise 2012 für Wohnimmobilien und Grundstücke in Vorarlberg. Dornbirn

Institut für Sozialdienste (2012): Jahresbericht der Schuldenberatung für 2011. Bregenz
Landesrechnungshof (2012): Prüfbericht Wohnbauförderung. Bregenz

Rechnungshof (2010a): Allgemeiner Einkommensbericht 2010 (für die Jahre 2008 und 2009). Wien

Rechnungshof (2010b): Allgemeiner Einkommensbericht 2010 (für die Jahre 2008 und 2009). Statistischer Annex, Bundesanstalt Statistik Österreich. Wien

Statistik Austria (2010a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2010. Wien



Statistik Austria (2010b): Bericht über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, getrennt nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen, für die Jahre 2008 und 2009 („Allgemeiner Einkommensbericht 2010“). Wien

Statistik Austria (2011a): Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertungen. Wien

Statistik Austria (2011b): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Fakten 2011. Wien

Statistik Austria (2011c): Wohnen. Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2010. Wien

Wagner-Pinter, Michael (2011): Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2011. 4. Halbjahresbericht Synthesis Forschung. Wien

Leben im Alter in Vorarlberg

Auch in Vorarlberg stellt die wachsende Gruppe von Menschen jenseits des Erwerbsalters Gesellschaft und Politik vor neue Herausforderungen – und wird das in Zukunft in noch viel stärkerem Maße tun. Im Folgenden werden die für Vorarlberg wichtigsten soziodemografischen Daten zu dieser Bevölkerungsgruppe präsentiert. Es werden wesentliche Elemente ihrer Lebensbedingungen beschrieben, und es wird versucht, einen Überblick über Entwicklungstrends, auf die gesellschafts- und sozialpolitisch reagiert werden sollte, zu geben.

Soziodemografische Grunddaten

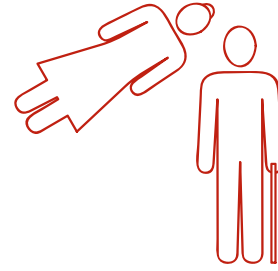
Zum Stichtag 31.12.2011 zählte Vorarlberg 372.364 Einwohner. Davon war jede/r Fünfte 60 Jahre oder älter (21 % = 78.491 Personen). 55 % dieser über 60-Jährigen waren Frauen und 45 % Männer. Mit einer Lebenserwartung von 78,9 Jahren bei den Männern und 84,2 Jahren bei den Frauen liegt Vorarlberg an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. Fast ein Fünftel dieser älteren Männer und Frauen zählt zu den sogenannten „Hochbetagten“ (80+ Jahre) – darunter fast doppelt so viele Frauen (9.845) wie Männer (5.131) (Amt der VLR, 2012b, S. 13-15).

Für Vorarlberg rechnet man bis zum Jahre 2040 mit einem relativen Wachstum der Gruppe der über 60-Jährigen auf rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Entsprechend wird die Bevölkerung im Erwerbsalter, das sind die Personen zwischen 15 und 60 Jahren, von 63 % im Jahr 2010 auf 54 % im Jahr 2040 abnehmen (Statistik Austria, 2011a, S. 9-10). Das entspricht der Tendenz in ganz Österreich.

2010 wurden in Vorarlberg 66.166 Pensionisten und Pensionistinnen gezählt, die 61 Jahre und älter waren (Amt der VLR, 2012b, S. 25). Das heißt, rund 84 % aller Personen über 60 waren PensionsbezieherInnen.

Bevölkerung ausländischer Herkunft über 60 Jahre

Rund 20 % (14.458 Personen) der Bevölkerung ausländischer Herkunft in Vorarlberg sind über 60 Jahre alt. Die Einwanderergeneration der 1960er- und 1970er-Jahre hat inzwischen ein Alter erreicht, in dem Fragen der Gesundheit und Pflege akut werden. Die Hochbetagten ab 80 Jahren machen immerhin noch 18 % dieser über 60-Jährigen aus (Statistik Austria, 2011b, S. 307).



Übergang in die Pension

Ein Blick allein auf die Gruppe der Menschen über 60 liefert allerdings ein unvollständiges Bild, denn viele beschließen ihr Erwerbsleben schon früher – durch Langzeitarbeitslosigkeit und längere Krankheit. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter (erstmaliger Eigenpensionsbezug) lag im Jahre 2006 bei Männern bei 59,0 Jahren – also rund sechs Jahre vor dem gesetzlichen Antrittsalter –, das der Frauen bei 57,4 Jahren – also rund zweieinhalb Jahre vor dem gesetzlichen Antrittsalter (Statistik Austria, 2007, S. 141). Dabei sind in Vorarlberg Frauen von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Krankheit nach der letzten beruflichen Tätigkeit und somit vor der Pensionierung viel stärker betroffen als Männer, nämlich zu 33,3 %; das ist der österreichische Spitzenwert. Bei Vorarlberger Männern beträgt dieser Anteil nur 26,7 %, auch das ist ein österreichischer Spitzenwert, allerdings ein positiver (Statistik Austria, 2007, S. 152-153).

Existenzsicherung im Alter – Armutsgefährdung

Wenn wir Näheres über die Existenzsicherung von Menschen wissen wollen, müssen wir zwischen dem individuellen Einkommen von Personen und dem Gesamteinkommen des Haushaltes unterscheiden, in dem die entsprechende Person lebt. Sehen wir uns zuerst die individuellen Einkommen älterer Menschen in Vorarlberg an.

In Vorarlberg lag das mittlere Bruttojahreseinkommen der Pensionistinnen im Jahr 2009 bei Euro 11.080 (Österreich: Euro 12.843), dasjenige der Pensionisten hingegen bei Euro 21.507 (Österreich: Euro 22.373). Damit liegt Vorarlberg bei den Frauenpensionen österreichweit an letzter Stelle, denn die Frauen erreichen im Mittel nur 52 % des Einkommens der männlichen Pensionisten (Rechnungshof, 2010, S. 138).

Es ist deshalb nicht überraschend, dass eine erhebliche Zahl von Pensionistinnen, aber auch von Pensionisten, eine Mindestpension nach dem aktuellen Ausgleichszulagenrichtsatz bezieht. 2010 erhielten in Vorarlberg 7.454 Personen eine Ausgleichszulage (Hauptverband, 2011, S. 143). Auch auf Sozialhilfe (inzwischen bedarfsorientierte Mindestsicherung) ist ein – freilich relativ geringer – Teil der älteren Menschen Vorarlbergs angewiesen: 2009 bezogen 416 Personen ab 60 Jahren offene Sozialhilfe (Amt der VLR, 2010a).

Blickt man auf die Einkommenslage der Haushalte, in denen ältere Menschen – eventuell auch zusammen mit Jüngeren – leben, so haben wir für Vorarlberg zwar keine ausreichend genauen Daten, doch ergibt sich für Österreich insgesamt ein aussagekräftiges Bild: Personen über 65 Jahre leben in Österreich erheblich öfter in armutsgefährdeten Haushalten als Jüngere. Während die Armutsgefährdungsquote im Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung bei 12 % liegt, beträgt sie bei Personen über 65 Jahre 15 % – allerdings mit

einer erheblichen Ungleichheit zwischen Männern (10 %) und Frauen (19 %). Alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug zählen mit einer Armutsgefährdungsquote von 26 % sogar zur Hoch-Risikogruppe (BMASK, 2011c, S. 40-42).

Gäbe es keine Pensionen und Sozialleistungen, sondern wären die Haushalte nur auf das Erwerbseinkommen ihrer Mitglieder angewiesen, so wäre die Armutsgefährdung viel höher. Denn in Österreich sind rund 36 % des verfügbaren Gesamteinkommens der Privathaushalte Leistungen der öffentlichen Hand. Mit einem Anteil von 21 % am verfügbaren Gesamteinkommen der Haushalte machen die Pensionen mehr als die Hälfte dieser staatlichen Transferleistungen aus. In armutsgefährdeten Haushalten, die hauptsächlich von einer Pension leben, macht diese Pension 94 % des Netto-Haushaltseinkommens aus, bei alleinlebenden Frauen mit Pension sind es sogar 97 % (BMASK, 2011c, S. 143-144).

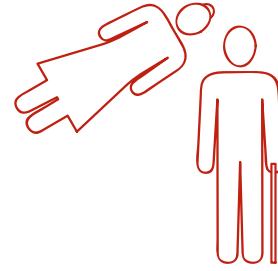
Wie sich die neuen Pensionsregelungen auf der Basis des Konsolidierungspaktes 2012–2016 – mit Beitragserhöhungen, verlängertem Durchrechnungszeitraum, verringerter Indexanpassung usw. – auf die Entwicklung von Armutslagen im Alter auswirken werden, ist derzeit nicht abzusehen (Bundeskanzleramt, 2012).

Schulden im Alter

Durch die Einkommensarmut können bei älteren Menschen Schulden für die Sicherung des Lebensunterhaltes entstehen. Die Schuldenberatung des Instituts für Sozialdienste (IfS) stellte 2011 gegenüber den Vorjahren eine Zunahme der über 60-Jährigen in ihren Beratungsstellen fest. Die Steigerung betrug rund 20 %. Rund 6,4 % der KlientInnen – das sind 165 Personen – waren über 60, rund zwei Drittel davon waren Männer. Die für die Verschuldung häufigst genannten Gründe in dieser Altersgruppe sind: ehemalige Selbständigkeit, geringe Pension, Warten auf die Pension. Als problematischen Faktor bezeichnet die Schuldenberatung den Umstand, dass die Lebenshaltungskosten dieser Gruppe stärker steigen als die allgemeinen Verbraucherpreise. Dies betrifft Nahrungsmittel, Heizung und Wohnkosten (IfS-Schuldenberatung, 2012).

Soziale Lage im Alter

Während früher in der allgemeinen Vorstellung Alter oft mit Gebrechlichkeit verbunden war, haben sich die tatsächlichen Lebens- und Entfaltungsbedingungen älterer Menschen stark verändert. Das Bild ist sehr vielfältig geworden. Allerdings, so der Altersforscher Leopold Rosenmayr, hat „unsere Kultur ... diesen Umschwung zur Langlebigkeit



geistig und kulturell noch nicht einmal in Angriff genommen. Es muss Modelle geben, im fortgeschrittenen Alter noch einmal zu leben, dazuzulernen, und dabei auch in der einen oder anderen Form zu arbeiten“ (Standard, 29./30.10.2011).

Gesundheit und soziale Integration

Zwei zentrale Faktoren, die die Lebensbedingungen im Alter beeinflussen, sind die Gesundheit und soziale Integration. 2010 hat die Statistik Austria bei ihren Erhebungen zu den Lebensbedingungen in Österreich (EU-SILC) nach dem subjektiven Gesundheitszustand der Personen mit 65 und mehr Lebensjahren gefragt:

- o Männer beurteilen ihren Gesundheitszustand generell besser als Frauen.
- o 72 % der Personen mit Universitätsabschluss bezeichnen ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“, aber nur 24 % der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss.
- o Bei Haushalten mit Pension bezeichnen die Mitglieder von rund 42 % der Mehrpersonenhaushalte ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“; jedoch nur 38 % der alleinlebenden Männer und 32 % der alleinlebenden Frauen.
- o Bei den Einkommensgruppen zeigt sich, dass 56 % der Gruppe mit hohem Einkommen (über 180 % des Medianeinkommens) ihren subjektiven Gesundheitszustand als „sehr gut“ bezeichnen; hingegen nur 24 % jener Personen, deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle (60 % des Medianeinkommens) liegt (BMASK, 2011b, S. 63).

Das subjektive Gesundheitsempfinden hängt also mit dem Grad des Wohlstands, der Bildung und der sozialen Integration zusammen.

Soziale Isolation

Es ist deshalb klar, dass Armut auch einsam und krank machen kann: Denn Menschen in Armutslagen leben öfter allein, haben weniger Kontakte mit Menschen außerhalb des Haushaltes und können weniger auf ein tragfähiges soziales Netz zurückgreifen. Bei Frauen in manifesten Armutslagen ist die soziale Isolation besonders stark ausgeprägt; Männer sind eher in Phasen der Arbeitslosigkeit davon betroffen. Verglichen mit dem Durchschnitt der Bevölkerung leben arbeitslose Männer (26 %) und Frauen in Pension (45 %) überdurchschnittlich häufig allein (Statistik Austria, 2008, S. 65).

Ab dem Alter von 65 Jahren haben 14 % der Männer und 11 % der Frauen nicht einmal mehr jede Woche einen Kontakt zu anderen Personen, seien es nun Verwandte, Freunde/Freundinnen oder die Nachbarschaft. Auch an Aktivitäten von Organisationen und Vereinen nehmen alleinlebende Personen mit Pension nur unterdurchschnittlich teil (Statistik Austria, 2008, S. 62-63)

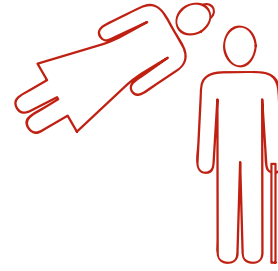
In der Freiwilligenarbeit zeigt sich für Vorarlberg und Österreich folgendes Bild: 2006 war rund ein Drittel, nämlich 31,4 %, der Vorarlberger Bevölkerung in der formellen, ein weiteres knappes Drittel – das sind 28,1 % – in der informellen Freiwilligenarbeit engagiert. Während österreichweit bei den 60- bis 69-Jährigen immer noch ein Drittel freiwillig tätig war, verringert sich die Zahl bei den 70- bis 79-Jährigen auf 16 % (BMSK, 2008, S. 42). Ältere Menschen engagieren sich überwiegend im Sozial- und Gesundheitsbereich, im kirchlichen und im bürgerschaftlichen Bereich (BMSK, 2008, S. 56). Die Erhebung lieferte jedoch kein Datenmaterial zur Freiwilligenarbeit der 60- bis 79-Jährigen in Vorarlberg.

Einen Eindruck von der sozialen Lage im Alter vermitteln auch die aktuellen Zahlen der Vorarlberger Telefonseelsorge: 2011 haben 1.195 Personen über 60 Jahre angerufen, davon wurden 75 % als alleinlebend registriert. Unter den Anrufen waren rund 55 % Männer und 45 % Frauen. Einsamkeit war bei rund einem Drittel das Hauptthema, gefolgt von Belastungen durch eine organische Erkrankung oder Behinderung (ca. 200 Anrufe) und von psychischen Erkrankungen (von rund 200 AnruferInnen nannte fast die Hälfte Depression als Anlass). 80 Personen riefen in einer akuten Krisensituation an, 72 Personen hatten Probleme mit Freunden, Nachbarn oder Bekannten, und rund 100 Personen suchten zum Thema Generationsprobleme die Hilfe der Telefonseelsorge (Telefonseelsorge, 2012).

Betreuung und Pflegedienstleistungen in Vorarlberg

Angesichts der relativ rasch ansteigenden Lebenserwartung erhalten die mobile Betreuung und stationäre Pflegedienstleistungen eine ebenfalls rasch wachsende Bedeutung. In sehr vielen Fällen können die Kosten dieser Leistungen allerdings nicht aus den Pensions- und Pflegegeldzahlungen bestritten werden. Der Großteil der Sozialhilfegelder in Vorarlberg fließt deshalb in die (Mit-)Finanzierung der Unterbringung von Menschen in Altenwohn- und Pflegeheimen. 2009 wurden auf diese Weise insgesamt 2.276 Personen unterstützt. Die Gesamtausgaben dafür betrugen rund Euro 66 Millionen, das sind 56 % der gesamten Sozialhilfeausgaben des Landes (Statistik Austria, 2012).

Zu einem erheblichen Teil werden die erforderlichen Betreuungsleistungen mit dem Pflegegeld finanziert. Vorarlberg liegt mit einem Anteil der BezieherInnen des Pflegegeldes (des Bundes und der Länder) an der Wohnbevölkerung von 4,32 % an vorletzter Stelle in Österreich (BMSK, 2011a, S. 56). Die Gesamtzahl der BezieherInnen betrug 2010 insgesamt 15.965 Personen (BMSK, 2011a, S. 55). Rund zwei Drittel der Beziehenden sind Frauen, von diesen wiederum die Hälfte Hochbetagte mit 81 und mehr Jahren. Bei den Pflegegeldbeziehenden Männern liegt dieser Anteil der Hochbetagten noch bei rund einem Viertel (BMSK, 2011a, S. 55).



Hauskrankenpflege in Vorarlberg

Mit Stolz wird in Vorarlberg immer wieder darauf verwiesen, dass 80 % der alten und pflegebedürftigen Menschen durch die Krankenpflegevereine zu Hause gepflegt und betreut werden. Dies wird unter anderem durch die langjährige Tradition der Hauskrankenpflege, die bereits seit 1899 besteht, erklärt. Die lokal und wohnortnah angesiedelten Krankenpflegevereine und mobilen Hilfsdienste stellen in Vorarlberg die Pflege sicher. Sie unterstützen dabei die Pflege leistenden Familienangehörigen, meist Frauen. Dazu kommen die selbständigen PersonenbetreuerInnen, die von dem 2007 gegründeten „Betreuungspool gGmbH Vorarlberg“ koordiniert werden.

In der Hauskrankenpflege waren mit Stichtag 31.12.2010 insgesamt 273 diplomierte Pflegefachkräfte und 45 PflegehelferInnen beschäftigt (Amt der VLR, 2011a, S. 24).

Von den Mobilen Hilfsdiensten wurden 2010 rund 4.000 Personen durch 1.987 HelferInnen betreut. Im Jahr 2010 erbrachte der Betreuungspool Vorarlberg mit PersonenbetreuerInnen (auf selbständiger Basis) über 540.000 Einsatzstunden (Amt der VLR, 2011c, S. 6).

Unter den Betreuten der Hauskrankenpflege gibt es derzeit nur sehr wenige mit Migrationshintergrund: Schätzungen der ARGE Mobile Hilfsdienste belaufen sich auf ein bis zwei Prozent.

Das mobile Palliativteam unterstützt seit 2008 Hausärzte, Pflegeheime und die Hauskrankenpflege in der Betreuung von Palliativ-PatientInnen. 2009 wurden insgesamt 469 Einsätze durchgeführt (Amt der VLR, 2010b, S. 32). Das Landeskrankenhaus Rankweil bietet 64 Betten für Geronto-Psychiatrie als stationäre Akutversorgung (Amt der VLR, 2011c, S. 12).

Hospiz Vorarlberg, ein Angebot der Caritas, ist mit über 200 geschulten ehrenamtlichen Hospiz-BegleiterInnen ein zentraler Baustein im umfassenden Betreuungssystem und arbeitet eng mit den Einrichtungen der Hauskrankenpflege, dem medizinischen Betreuungspersonal sowie den Krankenhäusern und der Palliativstation zusammen. Rund ein Drittel der 1.104 Einsätze im Jahre 2011 fand jeweils in den Pflegeheimen und Krankenhäusern statt, ein Viertel bei PatientInnen und Angehörigen zuhause. Der stetig anwachsende Stundenaufwand (gegenüber dem Jahr 2010 wurde eine Steigerung um 8 % verzeichnet) für die Begleitung kam zu rund zwei Dritteln weiblichen und zu einem Drittel männlichen Personen zugute (Caritas Vorarlberg, 2012).

Institutionelle Pflege in Vorarlberg

In Vorarlberg stehen derzeit 49 Pflegeheime mit insgesamt 2.177 Betten zur Verfügung. Im Jahr 2010 wurden 3.721 Personen – zum Teil mehr als einmal – betreut. Davon waren 2.680 dauerhaft Aufgenommene, 743 kamen wegen Urlaubs der pflegenden Angehörigen, sieben wohnten zur Probe, 289 befanden sich in Übergangspflege und zwei Personen waren auf Grund von Kriseninterventionen untergebracht (Amt der VLR, 2011b, S. 64). In den 49 Pflegeheimen waren insgesamt 1.671 MitarbeiterInnen voll- und teilzeitbeschäftigt: darunter 499 diplomierte Pflegekräfte, 859 Diplom-SozialbetreuerInnen beziehungsweise Fach-SozialbetreuerInnen und PflegehelferInnen sowie 92 HeimhelferInnen (Amt der VLR, 2011b, S. 42-43).

Trends und Perspektiven: Altern – Herausforderungen für die Gesellschaft

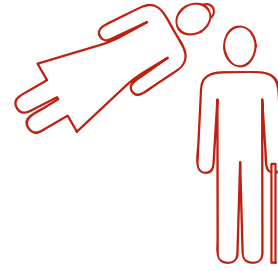
Altern ist in unserer Gesellschaft inzwischen für viele zu einem aktiven Lebensabschnitt geworden, in dem die Lebensqualität durch möglichst große Selbständigkeit gewährleistet werden soll. Wo liegen also die sozialen und finanziellen Herausforderungen?

Früher Pensionsantritt in Österreich

Mit dem gegenüber anderen OECD-Ländern sehr frühen Pensionsantritt in Österreich werden der nachfolgenden Erwerbsgeneration erhebliche Kosten aufgebürdet. Damit die Älteren länger erwerbstätig sein können, sind vor allem spürbare Veränderungen in der Arbeitswelt erforderlich – dabei vor allem ein „Generationenmanagement“, das altersgerechte Arbeitsbedingungen und entsprechende ökonomische Anreize für eine längere Berufstätigkeit schafft.

Generationensolidarität

Die Vorwürfe, dass die ständig wachsenden Ansprüche der älteren Generation an den Staat dessen wirtschaftlichen Handlungsspielraum auf Kosten der anderen Bevölkerungsgruppen verringern und vor allem die jüngere arbeitende Bevölkerung über Gebühr für Beiträge herangezogen wird, waren und sind zentrale Themen der öffentlichen Debatte. Bei einer Untersuchung zum Generationenverhältnis in den österreichischen Bundesländern wurde gefragt, ob im Alt-Jung-Verhältnis das Trennende überwiege. Diese Frage wurde in Vorarlberg von 36 % (Österreich 21 %) bejaht – das ist der zweithöchste Wert nach Tirol (Hörl, 2008, S. 222).



Frauen – arm im Alter

Besonders Frauen sind in Vorarlberg im Alter armutsgefährdet. Sie erreichen im Mittel nur 52 % des Einkommens männlicher Pensionisten. Viele Frauen beziehen lediglich eine Mindestpension. Alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug zählen daher mit einer Armutsgefährdungsquote von österreichweit 26 % zur Hochrisikogruppe. Durch die Einkommensarmut können bei Pensionistinnen zudem noch Schulden für die Sicherung des Lebensunterhaltes entstehen. Obwohl die Erwerbsquote der Frauen in den vergangenen Jahrzehnten in Vorarlberg auf derzeit 67 % angewachsen ist, wird sich das aufgrund der erheblichen Teilzeitquote von 50 % (im Jahr 2011) nur beschränkt auf die Höhe der Pensionsbezüge auswirken. Niedrige Pensionen werden daher für viele Frauen auch in den kommenden Jahrzehnten die Regel sein.

Zunahme der Hochbetagten

Die Entwicklung der „doppelten demografischen Alterung“, das heißt eine überproportional starke Zunahme der Hochbetagten innerhalb der Gruppe der Älteren, ist eines der zentralen Merkmale der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Österreich und auch in Vorarlberg. Die Altersgruppe ab 75 Jahren wird sich in Österreich von 2007 bis 2040 auf rund 1,26 Millionen verdoppeln (Hörl, 2008, S. 51-52). Diese Gruppe der älteren Menschen ist in hohem Maße durch Frauen geprägt: Bei den über 85-Jährigen gibt es heute schon rund dreimal so viele Frauen wie Männer (Hörl, 2008, S. 58).

Demenz und chronische Erkrankungen

Parallel zu diesem Anstieg der Hochbetagten (über 80 Jahren) werden auch Teilpopulationen mit Demenz und mit chronischen Erkrankungen anwachsen. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der Hochbetagten an Demenz erkranken und damit in ihrem Alltag starke Einschränkungen erleben wird. Im Jahr 2050 soll es in Österreich rund 240.000 Demenzkranke geben (Hörl, 2008, S. 86). In Vorarlberg können wir dann entsprechend mit rund 12.000 Personen rechnen. Auf Grund der höheren Lebenserwartung werden wiederum Frauen überproportional betroffen sein. Insgesamt ist damit ein steigender Pflegebedarf verbunden.

Steigender Bedarf an Heim- und Pflegebetten

Die Zunahme der Hochbetagten und die wachsende Anzahl hochbetagter Personen mit multiplen Problemlagen führen dazu, dass der Bedarf an Heim- und Pflegebetten in den kommenden Jahrzehnten steigen wird. Für Vorarlberg wird auf Grund der demografischen Entwicklung bis zum Jahr 2020 ein Bedarf an 3.274 Heimplätzen prognostiziert; das bedeutet ein Wachstum von rund 47 % gegenüber 2009 (Geser-Engleitner/Jochum, 2010, S. 37-38).

Schrumpfung der familiären Betreuungsnetze

Der steigenden Anzahl der Pflegebedürftigen stehen schrumpfende familiäre Betreuungsnetze und Pflegeleistungen gegenüber. Das Pflegepotenzial wird anhand des sogenannten „Töchterpflegepotenzials“ (Verhältnis der Anzahl von Frauen zwischen 45 und 65 Jahren zur Gesamtzahl der Personen über 80 Jahre) gemessen. Nach gegenwärtigen Prognosen schrumpft dieses Verhältnis von 2003 bis 2020 von 4 auf 2,9. Das heißt, es gibt für die Hochbetagten immer weniger potenziell pflegende Frauen. Der Anteil der Pflege ausschließlich durch die Familie wird dann noch bei 10 % liegen, die Kombination von Mobilen Diensten und familiärer Pflege wird knapp 50 % ausmachen (Geser-Engleitner; Jochum, 2010, S. 34-36). Untersuchungen in Deutschland zeigen, dass ältere Menschen vor allem bei räumlicher Nähe nach wie vor stark innerhalb der Familie unterstützt werden (Hasseler, 2005, S. 25).

Differenzierung der Pflegeleistungen

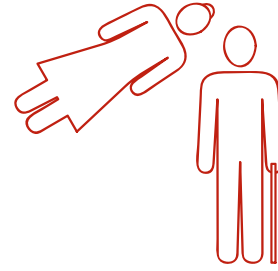
In der älter werdenden Bevölkerung werden immer mehr Gruppen identifiziert, die eine spezifische Bedarfssituation aufweisen und daher eines differenzierten Leistungsangebotes bedürfen. Neben den hochbetagten chronisch und/oder demenziell erkrankten Personen sind das alt werdende Menschen mit Behinderungen, Menschen mit besonderen religiösen und kulturellen Bedürfnissen, alleinlebende Menschen, Menschen ohne Kinder sowie Menschen mit gleichgeschlechtlichen Partnern oder Partnerinnen. Um diese Anforderungen zu bewältigen, wird es einer stärkeren Ausdifferenzierung des Pflegeangebotes bedürfen (Hasseler, 2005, S. 15).

Literatur

Amt der Vorarlberger Landesregierung (2010a): Offene Sozialhilfe 2006 bis 2009. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung und connexia – Gesellschaft für Gesundheit und Pflege (2010b): Rund um die Pflege daheim. Bericht über die Jahre 2007, 2008 und 2009. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung und connexia – Gesellschaft für Gesundheit und Pflege (2011a): Betreuungs- und Pflegenetz Vorarlberg. Aktivitäten, Daten und Angebote. Bericht 2010. Bregenz



Amt der Vorarlberger Landesregierung und connexia – Gesellschaft für Gesundheit und Pflege (2011b): Stationäre und teilstationäre Angebote für Menschen mit Betreuungs- und Pflegebedarf. Bericht 2010. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Sanitätsangelegenheiten (2011c): Geriatriekonzept 2011. Leitgedanken zur geriatrischen Versorgung in Vorarlberg. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012a): Vorarlberger Arbeitsmarkt Februar 2012. Bregenz

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012b): Bevölkerung: Stichtag 31. Dezember 2011. Bregenz

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011a): Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010. Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011b): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Statistik Austria. Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011c): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Berichtsband. Statistik Austria. Wien

BMSK – Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (2008): Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich – aktualisierte Version. Statistik Austria. Wien

Bundeskanzleramt (2012): Konsolidierungspaket 2012-2016; <http://pdf.penspower.at/dokumente/Politisches/konsolidierungspaket.pdf> [19.3.2012]

Caritas Vorarlberg (2012): hospiz vorarlberg. Jahresbericht 2011. Feldkirch

Geser-Engleitner, Erika / Jochum, Christoph (2010): Die Entwicklung der Pflegeresourcen im Bereich der Altenpflege Vorarlberg 2008 –2020. In: Amt der Vorarlberger Landesregierung und connexia – Gesellschaft für Gesundheit und Pflege: Betreuungs- und Pflegenetz Vorarlberg. Aktivitäten, Daten und Angebote. Bericht 2009. Bregenz, S. 33–38

Teil 1

Soziale Entwicklungen in Vorarlberg nach Lebensphasen

Hasseler, Martina / Görres, Stefan (2005): Was Pflegebedürftige wirklich brauchen ... Zukünftige Herausforderungen an eine bedarfsgerechte ambulante und stationäre pflegerische Versorgung (= Berliner Schriften. Evangelische Fachhochschule). Berlin–Hannover

Hauptverband der österreichischen. Sozialversicherungsträger (2011): Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2011. Wien

Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2009): Hochaltrigkeit in Österreich. Eine Bestandsaufnahme. Wien: BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

IfS-Schuldenberatung (2012): Auskunft durch Mail des Leiters der IfS-Schuldenberatung, 24. April 2012. Bregenz

Rechnungshof (2010): Allgemeiner Einkommensbericht 2010 (für die Jahre 2008 und 2009). Wien

Statistik Austria (2007): Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2006. Wien

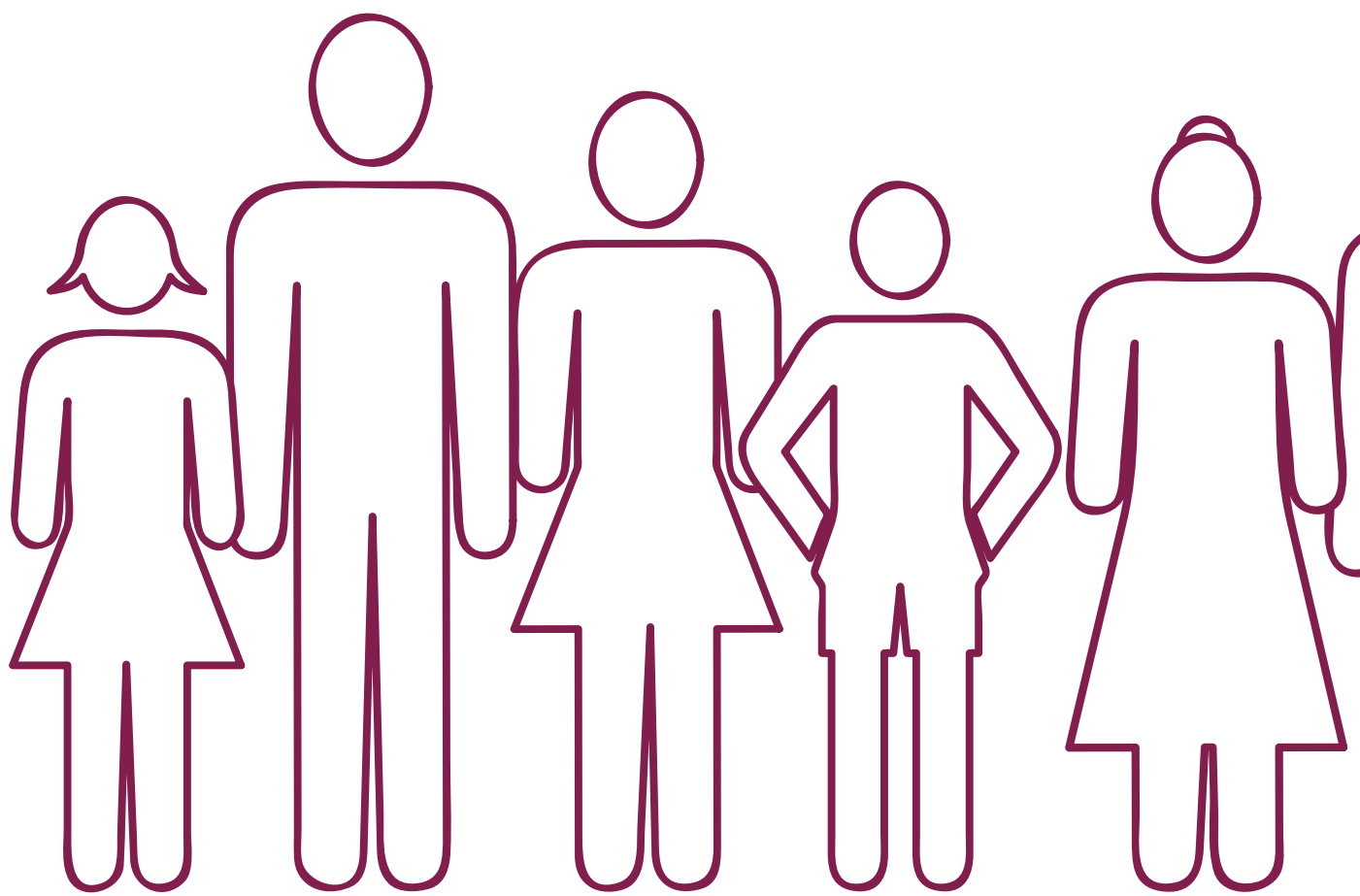
Statistik Austria (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien

Statistik Austria (2011a): Bevölkerungsvorausschätzung 2011-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Vorarlberg (Hauptszenario). Schnellbericht. Wien

Statistik Austria (2011b): Bevölkerungsstand 1.1.2011. Wien

Statistik Austria (2012): Sozialhilfe 2010; www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/020144.html [19.3.2012]

Telefonseelsorge Vorarlberg (2012): Auskunft durch Mail des Leiters der Telefonseelsorge Vorarlberg, 24. April 2012. Dornbirn



Teil 2

Familien unter Druck

Familien in Vorarlberg

Clemens Sedmak:
Warum Familie?

Martina Beham-Rabanser und Doris Jenni:
Familie leben –
Balanceakt zwischen Anforderung und Überforderung

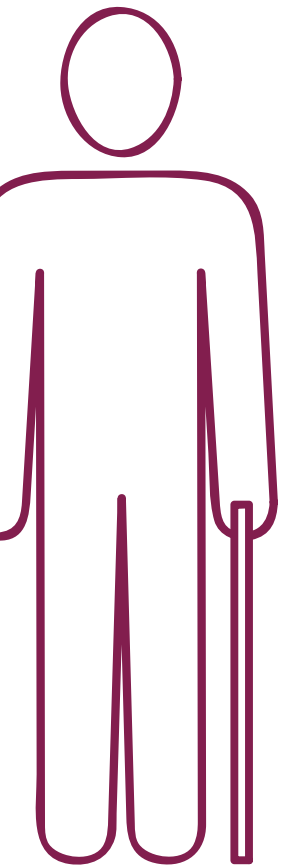
Eva Häfele und Michael M. Natter:
Staatliche Familienleistungen –
Beitrag zur Existenzsicherung von Familien?

Monika Chromy und Reinhard Haller:
Wie erzeugt Sucht Druck auf Familien?

Gottfried Schweiger:
Arbeitslosigkeit und Familie

August Gächter:
Armut durch Benachteiligung

Eva Häfele:
Spannungsfeld Bildung – Stresstest für Familien



Familien in Vorarlberg

Der zweite Teil des Sozialbarometers ist den verschiedenen Aspekten des Druckes, der heute auf Familien lastet, gewidmet. Einleitend soll ein kurzer Überblick über die in Vorarlberg bestehenden Familienformen und die Prognosen für deren Entwicklung gegeben werden.

In Vorarlberg leben 42.100 Elternpaare mit zu erhaltenden Kindern unter 27 Jahren; dazu kommen 8.200 Ein-Eltern-Familien. Insgesamt sind das 50.300 Familien. Damit sind 48 % der Vorarlberger Mehrpersonenhaushalte Familien mit zu erhaltenden Kindern unter 27 Jahren; die Gesamtzahl dieser Kinder beträgt 88.700 (Statistik Austria, 2011a, S. 72 und 75).

Kinder waren früher noch ein selbstverständlicher Bestandteil der Lebensentwürfe von Frauen und Männern. Heute jedoch ist Elternschaft eine Option neben anderen Lebensformen geworden. Die demografische Entwicklung und deren Prognose bis 2050 zeigt für Vorarlberg dreierlei: dass auch hier die Anzahl der Kinder stetig sinkt; dass es immer weniger Ehepaare geben wird, die sich für ein Kind oder mehrere entscheiden; dass hingegen die Lebensgemeinschaften mit Kind leicht zunehmen werden und es immer mehr AlleinerzieherInnen mit Kind geben wird. Das ist eine Entwicklung, die auch für die anderen österreichischen Bundesländer gilt; in städtischen Ballungsräumen wird sie schneller vonstatten gehen als in ländlichen Gebieten.

Prognose: Familien und Kinder nach dem Familientyp in Vorarlberg 2015 - 2050

Jahr	Familien insgesamt	davon nach dem Familientyp				
		Ehepaare ohne Kinder im Haushalt	Ehepaare mit Kindern im Haushalt	Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Haushalt	Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt	Allein-erziehende
2015	102.370	28.561	42.899	7.740	6.746	16.424
2030	106.635	33.680	38.990	8.737	7.604	17.624
2050	107.573	35.186	37.609	8.580	7.324	18.874

Jahr	Kinder insgesamt	Kinder von		
		Ehepaaren	Lebensgemeinschaften	Allein-erziehenden
2015	116.728	82.935	8.179	25.614
2030	112.808	77.128	8.856	26.824
2050	110.127	75.291	8.631	26.205

Quelle: STATISTIK AUSTRIA (2011b)

Literatur

Statistik Austria (2011a): Familien- und Haushaltsstatistik 2010. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Wien

Statistik Austria (2011b): Familienprognose 2011. Erstellt am 1.12.2011. Wien

Warum Familie?

Clemens Sedmak

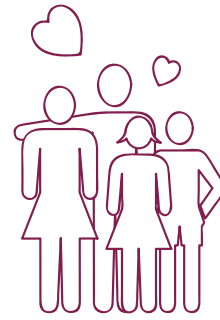
Familien sind sensible Systeme. Das erleben wir etwa in Marina Lewyckas Roman „Kurze Geschichte des Traktors auf Ukrainisch“, in dem sich der 84-jährige Vater der Erzählerin in eine rund 50 Jahre jüngere Ukrainerin verliebt, die die Einwanderung nach Großbritannien anstrebt: Das gesamte Familiengefüge kommt durcheinander. Oder denken wir an Walter Kempowskis Projekt der Deutschen Chronik, etwa den Roman „Uns geht's ja noch gold“, der das Eingewobensein einer Familie in die großen Entwicklungen einer Gesellschaft zeigt. Und wer erinnert sich schließlich nicht an das machtvolle, die Familiengrenzen neu bestimmende Wort Jesu aus dem Evangelium „Wer den Willen Gottes erfüllt, der ist für mich Bruder und Schwester und Mutter“ (Mk 3,35)? Familien sind zarte Pflänzchen, die gepflegt und gehegt werden müssen, damit sie die Kraft haben, den Asphalt des gesellschaftlichen Drucks durchstoßen zu können. – Warum aber überhaupt Familie?

Die Frage nach dem Wert der Familie ist allein schon Zeichen dafür, dass Selbstverständlichkeiten in Bewegung geraten. Warum die Frage nach dem Wert der Familie? Hat diese sich etwa nicht bewährt?

In diese Richtung könnte man bestimmte Stimmen interpretieren, etwa Susan Moller Okins nicht unberechtigten Hinweis, dass Familie nicht nur der Ort des größten Schutzes, sondern auch der Ort der größten Bedrohung sei. Aus diesem Grund seien auch Strukturen der Gerechtigkeit in der Familie zu verankern.

Ein zweiter Grund für die neue Beweislastverteilung – denn zunehmend tragen die Beweislast diejenigen, die die Idee der Familie als Grundbaustein der Gesellschaft verteidigen wollen – liegt in der Veränderung des gesellschaftlichen Kontexts, der Familie mitunter veraltet erscheinen lässt. Der kanadische Philosoph Will Kymlicka hat die Familie als „preliberal anomaly in modern society“ bezeichnet. Die Idee, dass Menschen eine auf Dauer angelegte Gemeinschaft bilden wollen, kommt faktisch mehr und mehr unter Druck. Elisabeth Beck-Gernsheim und Ulrich Beck wiederum haben die Familie als „Brücke und Bühne“ charakterisiert: Die Familie ist „Brücke“ zwischen Mikrokosmos und Einzelnen auf der einen Seite und der Gesellschaft auf der anderen Seite und sie ist auch „Bühne“, auf der ein Drama aufgeführt wird, das dem Drehbuch der Gesellschaft folgt. Anders gesagt: Gesellschaftliche Entwicklungen finden im Familienleben einen konkreten Niederschlag.

Ein dritter Grund für die Frage nach dem Warum der Familie liegt in einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft. Brenda Almond hat diese Dynamik im Zusammenhang mit den Phänomenen der „liquid identity“ (Identität hängt nach den Thesen des Soziologen Zygmunt Bauman zunehmend weniger von ausgewählten, stabilen und ein Leben



lang tragenden Faktoren ab) und der „patchwork identity“ (Identität wird als Fleckerlteppich aus vielen Momenten zusammengebastelt) beschrieben. Diese „Verflüssigung“ der Identitäten und das Patchworking übertragen sich auch auf die Situation von Familien, deren Identität ebenfalls als „flüssige Familienidentität“ und „Patchwork-Identität“ beschrieben werden muss. Diese Verflüssigung hat auch etwas mit Zeit zu tun. Der Familienforscher William Doherty spricht von „overscheduled family lives“ und bezeichnet damit den Umstand, dass mehr und mehr Aktivitäten in das Familienleben hineingepresst werden, sodass der Anteil der nicht verplanten, wirklich „freien“ Zeit abnimmt. Dadurch werden Rhythmus und Stabilität gestört, gemeinsame Räume und Zeiten werden enger und das Familienleben wird mit Erwartungen und Leistungsgedanken überfrachtet.

Ein vierter Grund für die Frage nach der Begründung der Familie liegt wohl in der Ausdifferenzierung der Formen des Familienlebens; die Idee eines „besten Beispiels“ für ein Familienleben, wie es in den Bilderbüchern der 1950er-Jahre gezeigt wurde, wo berufstätiger Vater abends auf Hausfrau-Gattin und zwei Kinder trifft (man könnte dies nach dem gleichnamigen Film das „Modell Pleasantville“ nennen), ist mehr und mehr unter Druck geraten. – Familie tritt in vielen Formen und Konstellationen auf.

Erschöpfte Familie

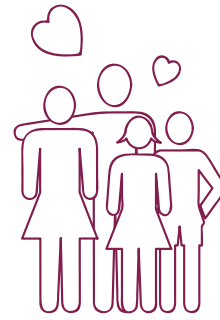
Aus den genannten vier Gründen, die wohl auch um andere ergänzt werden könnten, stellt sich die Frage nach dem „Warum“ der Familie. Idee und Wirklichkeit von Familie sind unter Druck geraten. Dieser Druck wird auch in einem Phänomen sichtbar, das wir „erschöpfte Familie“ nennen könnten. Dieser Begriff ist einer Einsicht Alain Ehrenbergs geschuldet, der in den 1990er-Jahre über „Das erschöpfte Selbst“ nachgedacht hat. Ehrenberg, ein französischer Soziologe, war der Frage nachgegangen, warum die Zahl psychischer Erkrankungen eklatant ansteigt. Seine Antwort: Mehr und mehr Menschen seien gezwungen, immer öfter eine Rolle zu spielen, die sie nicht „selbst“ seien; sie seien also gezwungen, sich zu verleugnen und zu verstellen. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen werde damit von Ressourcen gespeist, die nicht aus dem Eigenen kommen; sie seien gezwungen aus den Reserven zu leben. Das führe in Zustände der Erschöpfung und Selbstauszehrung.

Analoges könnte man über die unter Druck geratene Familie sagen: Mehr und mehr Familien sind dem Druck, der auf sie ausgeübt wird – die Familie als Erlebnismgemeinschaft, als Lerngemeinschaft, als Leidensgemeinschaft, als Wirtschaftsgemeinschaft, als Werte-

gemeinschaft, als Lustgemeinschaft – nicht gewachsen. Fragmentierung und Symptome der Überlastung sind die Folge. Bestimmte Familien kumulieren zudem Risikofaktoren – vor allem Familien, die von Alleinerziehenden getragen werden, Familien mit Migrationshintergrund und sehr große Familien. Hier wird „Familienstress“ durch Knappheit an Geld, Knappheit an Wohnraum, Knappheit an Netzwerken, Knappheit an staatlicher Unterstützung, Knappheit an Perspektiven erzeugt. Christoph Butterwegge hat eine wechselseitig verschränkte und sich verstärkende Dynamik von Mängeln an Gütern und Dienstleistungen, Mangel an Wohnqualität, Mangel an Bildung, Einflusslosigkeit und Erfahrung von Missbilligung rekonstruiert. Anders gesagt führt Familienleben in Erschöpfung, wenn Spielräume empfindlich eingeschränkt werden – der Einkommens- und Versorgungsspielraum, der Erfahrungs- und Lernspielraum, der Kontakt- und Kooperationsspielraum, der Regenerationsspielraum und der Dispositions- und Entscheidungsspielraum. Es handelt sich um Kontexte, die planen, wählen und entscheiden lassen. Eine erschöpfte Familie könnte sich etwa in Folgendem zeigen: in der Ernährung (Limonade und Kekse zum Frühstück), in der Kleinkindbegleitung (Baby in einer elektrischen Wippe vor dem Fernsehapparat), in der Finanzsituation (Schulden oder gar Überschuldung), in der sozialen Situation (Fehlen von Netzwerken, von Aktivitäten, die über die Familie hinausgehen). Permanente Überlastung, ein Fehlen von Ruheräumen und Sicherheit führen zu erschöpften Familien.

Ein konkretes Beispiel: Familie mit drei Buben, die den Kindergarten, die Volksschule und die erste Klasse Gymnasium besuchen. Die Familie bewohnt ein kleines Haus mit kleinem Garten, zwei Kinderzimmer stehen zur Verfügung. Sie ist eingebunden in ein gutes Netzwerk an Kontakten und Freundschaften, der Vater (Sohn eines Juristen) hat einen Universitätsabschluss im Bereich Kommunikationsmanagement. Die Ausgangslage ist soweit gut. Doch dann erfolgt ein beruflicher Einbruch, der Vater muss sich von nun an als Freelancer durchschlagen. Dazu kommt eine persönliche Midlife-Krise bei ihm. Angesichts der lebhaften Kinder, die viel miteinander streiten und waghalsige Unternehmungen tätigen, was immer wieder auch zu behandlungsbedürftigen Verletzungen führt, steigt der Druck, zusätzlichen Wohnraum anzuschaffen. Dazu kommen Sorgen mit dem ältesten Kind, das psychologische Begleitung braucht. Pläne eines Zubaus gestalten sich aufgrund der Finanzierungsprobleme als schwierig. Der Vater ist den ständigen finanziellen Sorgen, dem Lärmpegel und der Enge des Hauses immer weniger gewachsen. Er flüchtet sich zunächst in „outdoor activities“ (Klettern, Bergsteigen, Mountainbiking) und mietet sich schließlich kostengünstig eine eigene Wohnung, befristet auf ein Jahr. Die Dynamik führt von der Familie weg – Freundin, Scheidung und nun die Komplikationen dieses Lebens zwischen zwei Lebenswelten.

Diese Familienstruktur hat dem Druck nicht standgehalten. Die Familie hat sich erschöpft.



Es ist eine Fülle von Faktoren, die zu dieser Erschöpfung beigetragen haben – ökonomische Faktoren auf einer Makroebene, Raumfragen auf der Ebene der Familie ebenso wie eine persönliche innere Situation des Vaters. Das Versprechen eines neuen (und „freien“) Lebens hat den Druck auf die bereits belastete Familiensituation erhöht. Durch diese Erschöpfung wird die betroffene Ehefrau nun Alleinerzieherin von drei Kindern, die wiederum heftig auf die Trennung reagieren. Die Netzwerke formieren sich neu, das Sozialkapital wird neu verteilt, jedenfalls nicht: vermehrt. Die Familie ist in eine Erschöpfungsspirale geraten, in der die Erschöpfung des Vaters zu einer Erschöpfung der Primärfamilie geführt hat, was zu neuem Familienstress in Form von aufwändiger Koordination und dann auch zu einer neuen Konstellation führt, in der sich die Mutter und die drei Kinder nahezu permanent in einer Situation von Druck und Stress befinden. „Sicherheit“ und „Stabilität“ wollten sich trotz der an sich günstigen Ausgangssituation nicht mehr einstellen. Den doch recht jungen Kindern wurde mit der Trennung zunächst der Boden unter den Füßen weggezogen. Es könnte zynisch klingen, wenn man nun sagte: Der Wert der Familie zeigt sich an den Kosten, die mit dem Zerfallen von Familienstrukturen verbunden sind. Aber es ist wohl auch an diesem Antwortversuch einiges zu sehen. Der Wert der Familie wird deutlich, wenn sich Familienstrukturen auflösen; wenn sich langfristige Folgen von Fragmentierung und der Erfahrung von Instabilität zeigen.

Aufbau von Lebenswelten

Worin liegt nun der Wert der Familie, positiv betrachtet? Auf die Gefahr hin, ein zu romantisches Bild zu zeichnen, möchte ich sagen: *Familie baut „Lebenswelt“ auf und bietet Heimat an.* Eine Familie baut eine Lebenswelt auf: Eine Lebenswelt ist ein Kontext, in dem sich unser Alltag stabil entfalten kann; es ist ein Kontext, der die Grundlagen für die Lebensgestaltung gibt, gewissermaßen das Wasser, in dem wir schwimmen können. Der deutsche Philosoph Edmund Husserl hatte den Begriff der Lebenswelt als „alltägliche Lebensumwelt“ entwickelt, in der wir in schlichter Erfahrungsgewissheit uns als besondere Subjekte erfahren. Die Lebenswelt ist die Welt der alltäglichen Praxis, der Gesamterfahrung, sie bringt die naive Selbstverständlichkeit der Weltgewissheit mit sich. Die Lebenswelt ist die konkrete Welt, in der wir leben.

Familie baut Lebenswelt auf. Sie schafft einen Rahmen für das Leben von Menschen in allen Aspekten dieses Lebens und auch in der Alltäglichkeit. Die Lebenswelt strukturiert unsere elementaren Lebensvollzüge (Essen, Trinken, Schlafen, Waschen, Ausscheiden) ebenso wie den Rahmen für den Umgang mit schwierigen Zeiten wie psychischen Krisen oder Krankheit. Eine Familie stellt, so könnte man sagen, den Lebensrahmen für

einen einzelnen Menschen bereit. Hier werden Feste gefeiert, hier findet der Alltag seinen Rhythmus, hier wird ein „Mikrokosmos“ geschaffen.

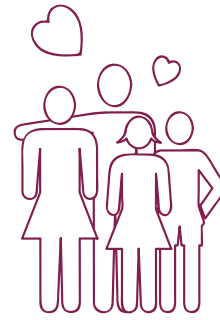
Die von einer Familie aufgebaute Lebenswelt könnte mit drei Merkmalen charakterisiert werden:

1. Ordnung

Eine Familie baut eine Lebenswelt auf, in der es Regeln und Regelmäßigkeit, im Idealfall einen Rhythmus gibt, eine Struktur, Stabilität und Verlässlichkeit. Dieser Ordnungsaspekt wird mitunter mit dem Hinweis auf die Bedeutung von Ritualen für das Familienleben beschrieben. Das Familienleben verlangt die Abstimmung untereinander; anders gesagt: Mein Verhalten muss auf das Verhalten der anderen Familienangehörigen abgestimmt werden. Das verlangt nach Regeln und Übereinkünften und wohl auch nach einer gewissen Kultur des Gesprächs. Die von einer Familie aufgebaute Lebenswelt hat unter anderem mit der Verlässlichkeit einer Ordnung zu tun.

2. Partikularität

Eine Familie baut eine je besondere Lebenswelt auf. Jede Familie hat ihre eigene Sprache, verfügt über „Codes“, Bezugspunkte des gemeinschaftlichen Gedächtnisses, wodurch natürlich auch Zusammenhalt ermöglicht wird. Jede Familie hat ihre „Sprache der Dinge“, will heißen, hat ihr Repertoire an Dingen, die eine besondere Bedeutung haben oder bekommen. Der englische Soziologe Daniel Miller hat die besondere Bedeutung von Gegenständen in Wohnungen einer Straße im Süden Londons untersucht. Dinge sind, wie sich wenig überraschend herausgestellt hat, keine toten Objekte oder bloße Requisiten, sondern prägen das Handeln von Menschen und werden von den Geschichten der Menschen „beseelt“. Sie haben eine identitätsstiftende Bedeutung, weisen über sich hinaus. Sie machen eine beliebige Umgebung zu einer jeweils *besonderen* Lebenswelt mit persönlichen Merkmalen und einer persönlichen Handschrift. Der Wert der Familie liegt auch darin, dass eine besondere und bestimmte Welt aufgebaut wird, die an vielen Details und an vielen Kleinigkeiten hängt. Im Rahmen des „Familiengedächtnisses“ können Familien auch aus kleinen Gesten oder Begriffen großen Wert beziehen. Ob sich die Partikularitäten der Familienlebenswelten unterscheiden, sei dahingestellt: Leo Tolstoi hat bekanntlich zu Beginn seines Romans „Anna Karenina“ festgehalten: Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie hingegen ist auf ihre eigene Weise unglücklich. Dieses „Anna-Karenina-Prinzip“, das etwa von Jared Diamond evolutionsbiologisch reflektiert wurde, wurde vielfach so verstanden, dass viele Erfolgsfaktoren zum Familienglück gegeben sein müssen, dass aber das Fehlen eines Faktors ins Unglück führt. So gesehen ergibt sich eine größere Gleichheit beim Familienglück (weil hier sehr viele Faktoren übereinstimmen) als beim Familienunglück (weil hier ein fehlender Faktor



schon eine Unglückssituation erzeugen kann). Man kann dieser Idee sicherlich einiges abgewinnen, wird aber zugeben müssen, dass jede Familie – auch die, die Tolstoi als „unglücklich“ bezeichnet – ihre je besondere und je bestimmte Lebenswelt aufbaut.

3. Generativität

Generativität ist ein Begriff, den Erik Erikson in seinen Überlegungen zur Psychodynamik menschlicher Identitätsentwicklung verwendet hat. Generativität ist die Eigenschaft eines reifen Menschen, der Verantwortung übernimmt und sich einem anderen Menschen durch „Sorge“ verbunden weiß. Ein generativer Mensch vermittelt Vertrauen und freut sich am Blühen anderer. In einer Familienstruktur ist diese Generativität auf Seiten derjenigen, die die Verantwortung für die Familie tragen, von großer Bedeutung. Die „Verteilung von Reife“ innerhalb einer Familie muss entsprechend asymmetrisch sein; Eltern ist in diesem Sinne mehr an Reife und Verantwortung abzuverlangen. Der amerikanische Philosoph Harry Frankfurt hat vorgeschlagen, als bestes Beispiel für die Liebe eine Eltern-Kind-Beziehung zu verwenden. Er möchte die – auch und gerade mit dem Begriff der Generativität angesprochene – Verantwortung zum Ausdruck bringen, die sich in der Liebe zeigt. Frankfurt versteht unter der Liebe „starke Sorge“ („robust concern“); das ist eine Frage des Willens und der Entscheidung und nicht in erster Linie eine Frage der Emotion. Eltern können sich dafür entscheiden, die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen und auch in schwierigen Zeiten (etwa während der Pubertät des Kindes) durchzutragen. Diese „Sicherheit der Sorge“, wie man das nennen könnte, ermöglicht es dem Kind, sich zu entfalten und sich auf Bezugspunkte zu verlassen, die auch jenseits der veränderlichen emotionalen Situation halten und Halt geben. Die von einer Familie aufgebaute Lebenswelt weist eine Ordnung der Verantwortungszuschreibung auf, die man positiv als „Generativität“ bezeichnen könnte. Familie kommt dadurch zustande, dass jemand bereit ist, Verantwortung für einen anderen Menschen zu übernehmen. Dadurch wird an der Lebenswelt einer Familie gebaut.

Schaffung von Heimat

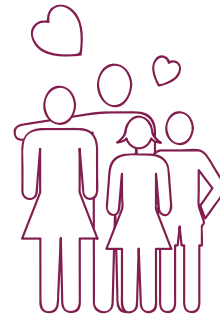
Der Wert der Familie zeigt sich also darin, dass Familien Lebenswelten aufbauen. Damit hängt ein zweiter Aspekt zusammen – die von einer Familie aufgebaute Lebenswelt ist nicht irgendeine Lebenswelt, sondern sie hat die besondere Eigenschaft, identitätsstiftend zu sein. In anderen Worten: Der Wert der Familie zeigt sich darin, dass eine Familie „Heimat“ anbietet. Heimat ist Kontext von Identitätsaufbau, Identitätssicherung und Identitätsvergewisserung.

Unter „Heimat“ kann man einen Ort verstehen, an dem man „bleiben und wachsen“ kann. Bleiben zu können – das bedeutet, wirklich dazuzugehören, nicht mit vorläufiger und jederzeit kündbarer Mitgliedschaft. Viele gesellschaftliche Kontexte sind nach dem Clubmodell der Mitgliedschaft aufgebaut. Um einem Club anzugehören, ist ein Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Wenn diese Leistung nicht mehr erbracht wird oder erbracht werden kann, erlischt die Mitgliedschaft. Familien sind Formen des Zusammenlebens, die in der Regel diesem Clubmodell gerade nicht folgen. Selbst wenn dieses Modell auf Partnerschaften übertragen wird (in den Worten der englischen Familienjuristin Mavis Maclean ist eine Partnerschaft „a committed personal relationship which persists only as long as the relationship provides emotional satisfaction for both parties“ – also eine feste Bindung, die nur so lange andauert, wie die Beziehung beiden Teilen emotionale Befriedigung verschafft), so stößt es doch bei Kindern („als letzte unkündbare Primärbeziehung“) an Grenzen.

Familien können Kontexte anbieten, die „Bleiben“ zusichern, die also auf dem Versprechen der Zugehörigkeit aufgebaut sind, selbst wenn nach einem Unfall Pflegebedarf bestehen würde. Das Gelingen von Familienleben kann man denn auch mit den Bedingungen des Gelingens von Versprechen in Zusammenhang bringen. In seiner „Theorie der Sprechakte“ hat John Austin von „Gelingensbedingungen“ gesprochen, die etwa beim Versprechen gegeben sein müssen: Damit ein Versprechen gelingt, muss der Sprecher die Absicht haben, die versprochene Handlung auszuführen; er muss überzeugt sein, diese Handlung ausführen zu können; er muss auch glauben, dass der Adressat des Versprechens das Versprechen versteht und nicht etwa als Witz oder Ironie einordnet. Ähnlich ernsthaft muss das Versprechen im Rahmen von Familienleben sein. Familienleben ist gebaut auf das Versprechen, ein Leben zum Wohlergehen und Wachsen aller aufzubauen. Heimat entsteht durch diese ernsthaften Versprechen, die auch angesichts widriger Umstände eingehalten werden.

Erschöpfte Familien brechen das Versprechen – sehen sich gezwungen, das Versprechen zu brechen –, auf das das Familienleben gegründet wurde. Damit werden Familienzugehörigkeiten wie Staatszugehörigkeiten behandelt und neu gemischt – Emigration, Doppelstaatsbürgerschaft, alles ist möglich. Das zeigt sich auch im Heimatverlust und in der Suche nach neuen Heimaten.

Heimat ist ein Ort, an dem Wachstum möglich ist, ein Ort, an dem sich Menschen entwickeln und entfalten, an dem sie reifen und ihre Fähigkeiten entdecken und kultivieren können. Das ist die Basis für Selbstvertrauen und Selbstverständnis, für Selbstwissen und einen guten Umgang mit sich selbst. Familien sind im Idealfall Orte des Bleibens und des Wachstums, also: „Heimat“. Der Wert der Familie besteht darin, dass Familien



Lebenswelten aufbauen, die einen Rahmen für Identitätsentwicklung geben. Die Familie stellt sich als primäre Bezugsgemeinschaft dar – hier findet Identitätsarbeit statt, hier wird Identität aber auch verankert und findet ein Fundament, auf das aufgebaut werden kann. Identität speist sich aus den Quellen der Zugehörigkeit, der Anerkennung und der Sorge um das, was wichtig ist. Die Familie kann Zugehörigkeit und Anerkennung schenken und den Boden dafür bereiten, herauszufinden, was wirklich wichtig ist. Familien bilden den Boden für das je persönliche Ringen um Identität. Sie geben Halt.

Ich möchte das an einem persönlichen Beispiel ausdrücken: Mein Vater hatte eine, wie er selbst sagte, „fast absurd lieblose Kindheit“ erlebt, war vom Stiefvater als siebenjähriger Bub in ein Internat abgeschoben worden, hatte nie „glückliches Familienleben“ kennengelernt – mit dem einzigen Lichtblick der gemeinsam mit seiner Schwester erlebten Sommerzeiten im Osttiroler Defereggental. Gerade deswegen war ihm das Familienleben später so wichtig. Bei seiner Rede zum Anlass seines 75. Geburtstags, zu dem er alle Verwandten eingeladen hatte, bemerkte mein Vater mit Blick auf seine Schwester und diese Ferienzeiten: „Beide haben wir begriffen, wie sehr es schon ein Glücksfall für uns Menschen ist, wenn wir in unseren kleinen Gemeinschaften dahinleben, unter friedlichem Dach, bei guten Gesprächen und mit liebevollem Gruß am Morgen und zur Nacht; zu spät erkennen die meisten, dass damit das Füllhorn reich für uns geöffnet war.“

Familie als Baustein von Gesellschaft

Der Wert der Familie kann schließlich auch auf einer sozialetischen und gesellschaftlichen Ebene angeschaut werden. Dazu zwei Bemerkungen.

John Rawls hat in seiner berühmten Theorie der Gerechtigkeit folgende Antwort auf die Frage nach der Begründung der Familie gegeben: Im Prinzip sei Familie unvereinbar mit der Idee der Gerechtigkeit. Denn sie trage dazu bei, dass Menschen sich parteiisch verhalten; damit komme es zu einer Verzerrung von Interessen, was die Idee einer sozialen Gerechtigkeit untergrabe. Tatsächlich tragen Familien dazu bei, dass Menschen „besondere Verpflichtungen“ eingehen und andere Menschen als „besonders bedeutsam“ anerkennen. Gleichzeitig aber, so gibt Rawls zu, seien Familien notwendig, weil Menschen in einem geschützten Raum herausfinden müssen, wer sie sind und wer sie sein wollen. Diesen geschützten Rahmen stellen Familien bereit. Hier findet sich ein Raum, in dem ein Kind nicht immer wieder seine Existenzberechtigung unter Beweis stellen muss, hier findet sich ein Raum, in dem experimentiert werden kann und Fehler gemacht werden dürfen; hier findet sich ein Raum, in dem das Kind nicht über Tun und Haben, sondern

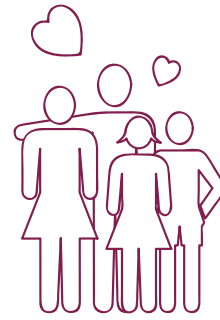
über das Sein verstanden wird. In diesem Sinne ist die Familie Kernzelle der Identitätsarbeit, die ein Mensch in einer Gesellschaft verrichtet. Die Familie ist *Gemeinschaft zur Lebensbefähigung von einzelnen Menschen*.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt Michael Walzer: Familien sind notwendig, weil sie Kontexte bereitstellen, in denen altruistisches Verhalten eingeübt werden kann, als eine Grundlage von rücksichtsvollem Handeln. Familien sind Orte, an denen mitmenschliche Kompetenz angeeignet und eingeübt werden kann; sie sind Schulen von Moralität, Kernstellen der Charakterbildung. Hier zeigt sich der Wert der Familie im Sinne der „*Gemeinschaftsbefähigung von Menschen*“ durch den Familienhintergrund. Wenn eine Gesellschaft auf Familien als Keimzellen der Gesellschaft verzichtet, wird sie sich andere Formen von „Einübungsorten“ in Charakter und Identität einfallen lassen müssen.

Die angesprochenen Faktoren, die Druck auf Familien ausüben, werden uns intensiver nachdenken lassen über das, was den Zusammenhalt von Familien stärkt. Das Thema der Familienresilienz, also der Kraft von Familien, sich gegen Widrigkeiten zur Wehr zu setzen oder auch unter widrigen Umständen gedeihen zu können, hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Resilienz von Familien wird durch Werterhaltungen, durch einen Sinn für Handlungs- und Gestaltungsspielraum und durch soziale Eingebundenheit und Begleitung verstärkt. Familien, die eine Perspektive haben und auch Hilfe annehmen können, wenn sie ihnen in schwierigen Situationen angeboten wird, tun sich leichter, in solchen Situationen zu bestehen. Die Netzwerke, die hier von Caritas und anderen Stellen auch als Sicherheitsnetze gespannt werden, sind bedeutsam und werden wachsende Bedeutung haben.

Was bleibt?

Der Wert der Familie kann schließlich auf einer existentiellen Ebene verdeutlicht werden – nehmen wir das Beispiel des Romans „Mein Leben ohne Gestern“ von Lisa Genova. Die amerikanische Autorin beschreibt in diesem Roman eine Psychologieprofessorin um die fünfzig, namens Alice, bei der Alzheimer diagnostiziert wird. Sie weiß, dass sie damit auf einem Weg geht, der in eine immer größer werdende Dunkelheit führt und von dem es kein Zurück gibt. Sie weiß, dass sie einen schrittweisen Umbau ihrer Identität vor sich hat, den sie selbst weder steuern noch zur Gänze wahrnehmen wird. Ihr Leben, wie es war, zerfällt. In dieser Situation stellt sich die Frage: Was bleibt? Nehmen wir das Beispiel von Inge Jens' Autobiographie „Unvollständige Erinnerungen“, in der sie im letzten Kapitel das Zusammenleben mit ihrem demenzkranken Ehemann beschreibt. Walter Jens



ist nach brillanter Karriere als Intellektueller zum Pflegefall geworden, verwirrt, abhängig. Was bleibt? Arno Geiger beschreibt in seinem berührenden Buch „Der alte König in seinem Exil“ seinen demenzkranken Vater. Auch hier die Frage: Was bleibt?

Eine mögliche Antwort: In Zeiten der Krise und der Schwäche bleiben die Beziehungen, bleiben vor allem die Primärbeziehungen. Eltern pflegen ihr schwer behindertes Kind; Kinder übernehmen die Pflegeverantwortung für die Eltern; Geschwister stehen einander in Notsituationen bei. Eheleute sind füreinander da in schweren Zeiten, in Krankheit und Verfall. Was bleibt, sind fundamentale Beziehungen, die nicht im Angesicht von Schwierigkeiten gekündigt werden. Die Familie ist ein besonderer *Ort zur Bildung, Kultivierung und Stabilisierung dieser Art von fundamentalen Beziehungen*, die halten.

Papst Johannes Paul II. hat in seiner apostolischen Exhortation „Familiaris Consortio“ die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft beschrieben, gegründet auf Großzügigkeit und Verantwortung – die Familie ist eine Gemeinschaft, die vier Aufgaben erfüllt: eine Gemeinschaft von Personen zu formen; dem Leben zu dienen; an den Entwicklungen und Dynamiken der Gesellschaft teilzuhaben; das Leben der Kirche mitzutragen. Auch hier wird deutlich, dass die Familie als Ort der Formung von fundamentalen Beziehungen verstanden wird.

Warum also Familie? Weil wir als verwundbare Gemeinschaftswesen auf das tragende Fundament einer Bezugsgemeinschaft angewiesen sind.

Literatur

Almond, Brenda (2006): The Fragmenting Family. Oxford: Oxford University Press

Austin, John (1972): Zur Theorie der Sprechakte. Stuttgart: Reclam

Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Diamond, Jared (1998): Arm und reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag

Doherty, William / Carlson, Barbara (2002): Putting Family First: Successful Strategies for Reclaiming Family Life in a Hurry-Up World. New York: Holt

Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Erikson, Erik H. (1988): Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. München: Deutscher Taschenbuchverlag

Frankfurt, Harry (2007): Sich selbst ernst nehmen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Frankfurt, Harry (2005): Gründe der Liebe. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Geiger, Arno (2011): Der alte König in seinem Exil. München: Hanser

Genova, Lisa (2009): Mein Leben ohne Gestern. Bergisch-Gladbach: Lübbe

Jens, Inge (2009): Unvollständige Erinnerungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

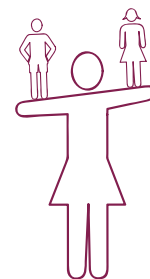
Johannes Paul II. (1981): Apostolisches Schreiben „Familiaris consortio“ über die Aufgaben der christlichen Familie in der Welt von heute. Città del Vaticano: Vatikanische Polyglott Druckerei

Kempowski, Walter (1975): Uns geht's ja noch gold. Roman einer Familie. München: Deutscher Taschenbuchverlag

Lewycka, Marina (2006): Kurze Geschichte des Traktors auf Ukrainisch. München: Deutscher Taschenbuchverlag

Miller, Daniel (2010): Der Trost der Dinge. 15 Porträts aus dem London von heute. Berlin: Suhrkamp Verlag

Okin, Susan Moller (1989): Justice, Gender, and the Family. New York: Basic Books



Familie leben – Balanceakt zwischen Anforderung und Überforderung

Martina Beham-Rabanser und Doris Jenni

Problemaufriss

Die Lebensläufe von Frauen und Männern verändern sich. Familienkonzepte und Lebensformen sind in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden (Neuwirth, 2011; Statistik Austria, 2012a). Die Erwerbstätigkeit von Müttern hat sich erhöht und gehört über weite Strecken des Lebenslaufs zur Normalität. Im Jahr 2011 betrug die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen mit Kind/ern unter 15 Jahren in Vorarlberg im Jahresdurchschnitt 72,9 % (Statistik Austria, 2012a, S. 90). Mütter mit Kind/ern, die in einer Partnerschaft leben und Kinder im Klein- und Schulkindalter haben, übernehmen dabei vielfach die Rolle der Hinzuverdienerin, worauf der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten hinweist. Durch die Erwerbstätigkeit beider Elternteile werden die für die Familie zur Verfügung stehenden Zeitkontingente kleiner und steigt der Koordinations- und Abstimmungsbedarf (Jurczyk/Szymenderski, 2012).

Trennungen und Scheidungen bringen es zudem mit sich, dass Eltern und Kinder, um in Kontakt miteinander zu bleiben, räumliche Entfernungen überwinden und Beziehungen über Distanzen leben müssen, weil das Familienleben verteilt über mehrere Haushalte stattfindet und sich mitunter an verschiedenen Orten abspielt (Meier-Gräwe/Kahle, 2009; Zartler et al., 2009). Im vorangegangenen Jahrzehnt waren in Vorarlberg pro Jahr rund 1.000 Kinder mit der Scheidung ihrer Eltern konfrontiert; im Jahr 2011 waren es rund 900 Kinder, davon waren knapp 700 jünger als 18 Jahre (Statistik Austria, 2012b, S. 2). 2011 wuchsen von den rund 76.700 Kindern unter 27 Jahren, die 2011 in Vorarlberg lebten, 6.900 in einer Stieffamilie auf (Statistik Austria, 2012a, S. 85); das entspricht einem Anteil von 8,9 %. Insgesamt handelt es sich bei etwa einem Viertel aller Familien mit Kindern heute um sogenannte Folgefamilien (Alleinerziehende, Stieffamilien) (Neuwirth, 2011, S. 35).

Die Wandlungen der Familienstrukturen gehen einher mit einem grundlegenden Wandel der Arbeitswelt. Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten, veränderte Ansprüche an die Einsatzbereitschaft sowie die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, wie geringfügige Beschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse, greifen zutiefst in die Familien ein, weil sie die Anpassung an wechselnde Situationen erfordern und weniger Planungssicherheit beziehungsweise – wie im Falle geringfügiger Beschäftigungen – weniger finanzielle Sicherheit bieten. Sowohl in jenen Branchen und Berufsbereichen, in denen Arbeitszeit und Arbeitsort immer flexibler werden, als auch im Falle prekärer Beschäftigungen wird in diesem Zusammenhang plakativ von einer „Verbetrieblung der Lebensführung“ (Jurczyk/Voß, 2000, S. 185) gesprochen. Damit wird zum Ausdruck

gebracht, dass gemeinsame Familienzeiten heute zunehmend weniger selbstverständlich sind, sondern bewusst geplant und organisiert werden müssen. Arbeitszeiten eines Paares, die gegeneinander verschoben sind, erleichtern die Organisation der Betreuung der Kinder, zugleich steigt aber der Koordinations- und Abstimmungsbedarf. Sich zu sehen, zusammen zu sein, füreinander Zeit zu haben und im Bedarfsfall spontan verfügbar zu sein, all das thematisieren Mütter und Väter mit Klein- und Schulkindern heute als schwierige Herausforderungen in ihrem Alltag (Neuwirth, 2011, S. 114). Erwerbstätige Eltern müssen die eigenen Arbeitszeiten und Termine mit den Ansprüchen an Zeit von Kind/ern, PartnerIn, KollegInnen und Vorgesetzten abstimmen und ausbalancieren.

Eltern unter Druck

Gefordert sind Mütter und Väter heute unter anderem deshalb, weil hohe Ansprüche an Flexibilität und die Zunahme von Kurzfristigkeit im Bereich der Arbeitswelt mit den Strukturen eines Halbtagschulsystems schlecht harmonieren. Mit besonderer Dringlichkeit stellen sich Fragen der Alltagsorganisation für Alleinerziehende, wie der folgende Interviewausschnitt zeigt (Zartler/Beham, 2012, S. 391):

„... ich habe sehr wenig das Gefühl, dass ich wirklich Zeit für mich habe, sondern dass ich wirklich das Gefühl habe, ich kann mich nicht fünf Minuten am Tag hinsetzen. ... also im Moment, ja, bin ich müde. Ganz ehrlich müde“ (Alleinerzieherin mit fünfjährigem Sohn).

Einstellungsumfragen zufolge hat jede/r Zweite den Eindruck, es sei in den letzten Jahren schwieriger geworden, im heutigen gesellschaftlichen Umfeld Kinder zu erziehen (Institut für Demoskopie Allensbach, 2009, S. 23). Laut der deutschen Sinus-Sociovision-Studie 2007 (Henry-Huthmacher/Borchard, 2008, S. 33) fühlt sich ein Drittel der Eltern oft beziehungsweise fast täglich bei der Erziehung der Kinder gestresst. Klepp et al. (2008, S. 37) kommen in ihrer Studie für Österreich zu dem Ergebnis, dass sich jede fünfte Frau und jeder zehnte Mann in einem hohen Ausmaß (Skalenwert 4-6 einer sechsstufigen Skala) von der Bewältigung des elterlichen (Erziehungs-)Alltags überfordert und sich in Fragen der Erziehung der Kinder unsicher fühlt. Das Gefühl, überfordert zu sein, hat auch mit einem wachsenden Konflikt zwischen wünschenswertem und im Alltag umsetzbarem Erziehungsverhalten zu tun. Die Ansprüche an eine bewusst gestaltete Elternrolle und die Anforderungen an Erziehung sind gestiegen beziehungsweise zeit- und energieintensiver geworden (Becklas/Klocke, 2012, S. 127), wodurch es zu neuen Diskrepanzen kommt. Auf der einen Seite ist das pädagogische Wissen, worauf in der Erziehung Wert zu legen ist, so weit verbreitet wie nie zuvor und sind die Ansprüche von Müttern und Vätern, dass



sie ihren Kindern im (Erziehungs-)Alltag als liebevolle und verständnisvolle GesprächspartnerInnen begegnen möchten, hoch. Andererseits fehlt zunehmend öfter konkretes Erfahrungswissen, weil aufgrund der geringeren Kinderzahl sowie der wachsenden Bedeutung außerhäuslicher Betreuung Heranwachsende seltener die Betreuung jüngerer Geschwister übernehmen.

Die Gründe, die Eltern unter Druck geraten lassen, sind vielfältig.

Finanziell prekäre Situationen

Eltern, die sich finanzielle Sorgen machen, in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind beziehungsweise an der Armutsgrenze leben, haben es aufgrund eigener Probleme und Anspannungen schwer, Kindern die nötige Zuwendung, Aufmerksamkeit und Unterstützung zu geben, wie zahlreiche Befunde der Armutsforschung zeigen (Butterwegge, 2000; Walper, 2002; Weiß, 2000).

Detaillierte Aussagen darüber, auf wie viele Familien dies in Vorarlberg zutrifft beziehungsweise wie viele Familien und Kinder in Einkommensarmut leben, sind aufgrund der vorliegenden Daten nicht möglich¹. Selbst die für Vorarlberg offiziell veröffentlichten Übersichtszahlen – die auf Basis von EU-SILC 2010 von einer Armutsgefährdungsquote von 9,9 % sprechen – weisen eine große statistische Schwankungsbreite (zwischen 4,8 % und 15,1 %) auf (Statistik Austria, 2011a, 2011b, S. 8). Wird eine Armutsgefährdungsquote² von rund 10 % angenommen, ist für das Jahr 2010 von insgesamt 37.000 armutsgefährdeten Personen in Vorarlberg auszugehen (Statistik Austria, 2011a, 2011b, S. 8). Dabei liegt die Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC für 2010 für einen Einpersonenhaushalt bei Euro 12.371 pro Jahr beziehungsweise Euro 1.031 pro Monat. Für eine/n AlleinerzieherIn mit einem Kind liegt die Schwelle bei Euro 1.340 und für ein Paar mit einem Kind bei Euro 1.860 (Statistik Austria, 2011a, 2011b, S. 7).

Zahlreiche Befunde verdeutlichen, dass Kinder aus Familien, die in Einkommensarmut leben, im Vergleich zu Gleichaltrigen aus finanziell gesicherten Verhältnissen ein deutlich höheres Risiko haben, in ihrer sprachlichen, sozialen oder gesundheitlichen Entwicklung beeinträchtigt zu sein (zusammenschauend Walper, 2005, 171 ff.). Diese nachteiligen Entwicklungen sind vor allem bei chronischer, lang andauernder Armut zu beobachten. Entscheidend ist dabei zudem, inwieweit die sozio-ökonomische Benachteiligung von den Kindern auch subjektiv so erlebt wird (Bacher, 1997; Walper, 2005). Denn Kinder spüren Armut keineswegs nur in Form materieller Einschränkungen und Einsparungen,

¹ Angeregt wird daher die Finanzierung einer zusätzlichen Sondererhebung für Vorarlberg im Rahmen des Mikrozensus mit einer ausreichenden Stichprobengröße (vgl. Häfele/Greussing, 2010, S. 48).

² Die Armutsgefährdungsschwelle ist dabei nach EU-Konvention mit 60 % des Medians der bedarfsgewichteten (äquivalierten) Haushaltseinkommen festgelegt. Als armutsgefährdet gelten jene Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter dieser Schwelle liegt.

sondern unter anderem auch in einem veränderten Erziehungsverhalten. Mit welchen Folgen Einkommensarmut für Kinder verbunden ist, hängt somit auch wesentlich davon ab, wie es Eltern gelingt, mit dieser Herausforderung umzugehen. Gelingt es Eltern trotz prekärer finanzieller Situation, fürsorgliche Beziehungen zu ihren Kindern aufzubauen und ein weitgehend harmonisches Erziehungsklima umzusetzen, können negative Folgen von Einkommensarmut für Kinder deutlich abgefedert werden (Walper, 2005, S. 188).

Leistungsdruck und psychische Krankheiten

Es sind aber auch die bereits angesprochenen Veränderungen der Arbeitswelt, die insbesondere dann, wenn sie mit Trennung und Scheidung einhergehen oder wenn soziale Netze und institutionelle Möglichkeiten zur Unterstützung im Bereich der Kinderbetreuung fehlen, als Leistungs- und Zeitdruck erlebt werden.

Ob und in welcher Form Flexibilisierungs- und Globalisierungsprozesse in der Arbeitswelt in einen direkten Zusammenhang mit einer Zunahme ärztlich dokumentierter Diagnosen psychischer Störungen gebracht werden können, wird ambivalent diskutiert. Während in der öffentlichen Diskussion mit Verweis auf Statistiken der Krankenkassen von einer Zunahme psychischer Krankheiten ausgegangen wird, wird seitens der Wissenschaft (u.a. Jacobi, 2009) kritisch darauf verwiesen, dass es zwar nicht zu einer Erhöhung der allgemeinen Prävalenz psychischer Störungen im engeren Sinne gekommen ist, aber – unter anderem aufgrund eines veränderten medizinischen Erkenntnisstandes – psychische Erkrankungen häufiger diagnostiziert werden und deshalb der Behandlungsbedarf ansteigt.

Dass der Anteil an Familien, die Unterstützung brauchen, weil ein Familienmitglied psychisch krank ist beziehungsweise sich psychisch massiv überfordert fühlt, wächst, diese Erfahrung machen auch MitarbeiterInnen sozialer Dienste. Laut einer Onlinebefragung von Caritas-MitarbeiterInnen in Oberösterreich, deren Ergebnisse weitgehend den Erfahrungen von Caritas-MitarbeiterInnen in Vorarlberg entsprechen, gehören psychische Erkrankungen beziehungsweise Überforderungen eines Familienmitglieds zu häufigen Gründen für den Einsatz der Familienhilfe (Hasengruber, 2012, S. 7).

Kinder, die in Familien mit einem Elternteil leben, der an einer psychischen Erkrankung, wie z.B. Depression, Schizophrenie oder Angststörung, leidet, haben ein deutlich erhöhtes Risiko, selbst eine psychische Erkrankung zu entwickeln. Gründe sind eine genetische Disposition, aber auch damit gehäuft einhergehende belastende Umweltbedingungen,



wie konflikthafte familiäre Beziehungsmuster und finanzielle Probleme, oder weil Kinder zu viele Aufgaben und Verantwortung für den erkrankten Elternteil übernehmen (müssen) (Kölch, 2009; Lenz, 2005; Mattejat, 2008). Erhöht ist nicht nur das spezifische Risiko für die gleiche Erkrankung³, sondern auch das allgemeine Risiko für psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter, wie Metaanalysen zeigen (Mattejat/Remschmidt, 2008, S. 414).

Eine psychische Erkrankung eines Elternteils hat vielfach für die gesamte Familie Folgen. Es ist gerade für Kinder herausfordernd, wenn sie Krankheitssymptome nicht verstehen und einordnen können, wenn sie mit abrupten, nicht vorhersehbaren Stimmungsschwankungen umgehen müssen oder wenn ihre Rolle in der Familie unklar ist. Damit diese Anforderungen nicht zu Überforderungen werden, ist es wichtig, dass Kinder (altersgerechte) Informationen über die Krankheit ihrer Eltern erhalten, in der häuslichen Umgebung zumindest eine stabile Bezugsperson haben, an die sie sich wenden können, und vor allem in jenen Phasen, in denen der Elternteil krankheitsbedingt nicht verfügbar ist, möglichst niederschwellige Hilfs- und Unterstützungsangebote – z.B. in Form von Patenfamilien, aber auch in Form altersgerechter Informations- und Beratungsangebote – vorhanden sind (Mattejat, 2008, S. 91 ff.).

Gestaltung des Familienalltags über Distanzen

Zu neuen Herausforderungen in der Gestaltung des Alltags kommt es für viele Familien durch Trennung und Scheidung. Eine Trennung oder Scheidung der Eltern geht für die betroffenen Kinder zunächst mit Umbrüchen, Verlusterlebnissen und Unsicherheiten einher und fordert von allen Beteiligten vielfältige Anpassungsleistungen. Meist wird (zunächst) nicht nur der finanzielle Spielraum enger, sondern es verändern sich auch die Stimmungslagen der unmittelbaren Bezugspersonen (Amato, 2000; Bohrhardt, 2006). Vor allem jenem Elternteil, der die Scheidung nicht aktiv anstrebte, fällt es in Folge der eigenen Stressbelastung anfangs schwer, dem Kind empathische/r und engagierte/r GesprächspartnerIn und LebensbegleiterIn zu sein.

Welche Folgen die mit Trennung und Scheidung einhergehenden Veränderungen mittel- und langfristig für das Wohlbefinden von Kindern haben, wurde lange Zeit – auch seitens der Forschung – ambivalent diskutiert. Im Gegensatz zu älteren Forschungsarbeiten, deren Interesse vor allem Defiziten in der kindlichen Persönlichkeitsentwicklung galt, stimmen Arbeiten seit den 1990er-Jahren (z.B. Bucher, 2009; Hetherington/Kelly, 2002; Walper/Wendt, 2005) weitgehend überein, dass es bei einem Teil der Kinder zunächst zu Anpassungsproblemen kommt, es jedoch dem Großteil der Kinder beziehungsweise

³ Während das lebenslange Erkrankungsrisiko für Schizophrenie in der Allgemeinbevölkerung bei etwa 1 % liegt, ist es um mehr als das Zehnfache erhöht, wenn ein Elternteil unter einer schizophrenen Erkrankung leidet. Haben beide Eltern eine Schizophrenie, liegt das Erkrankungsrisiko für die leiblichen Kinder bei etwa 40 % (Mattejat/Remschmidt, 2008, S. 413).

der Familien zu gelingen scheint, diese Herausforderungen zu bewältigen (Walper, 2002; Zartler et al., 2004, 2009; Walper/Wendt, 2005). Erschwert wird für die Kinder die Bewältigung der elterlichen Trennung und Scheidung durch ein hohes Konfliktpotenzial zwischen den Eltern, aber auch wenn die Scheidung mit zusätzlichen Veränderungen wie Wohnungs- und Schulwechsel, ökonomischen Problemen oder einer geringeren Zuwendung seitens der Eltern einhergeht (Amato, 2000; Bohrhardt, 2006; Zartler et al., 2009). Wie Familien diese Anpassungsprozesse bewältigen, hängt, wie qualitative Forschungsbefunde (Zartler et al., 2004, 2009), aber auch die Erfahrungen aus der Beratungspraxis zeigen, keineswegs nur vom Engagement der Einzelnen ab, sondern auch von der Möglichkeit der Unterstützung in Form professioneller Beratungs- und Mediationsangebote. Diese Angebote sollten Eltern Hilfestellung geben, wie sie die Kinder dem Alter entsprechend im Vorfeld der Scheidung über die Trennung informieren beziehungsweise wie sie nach der Trennung ihre gemeinsame elterliche Verantwortung unter veränderten Bedingungen im Interesse der Kinder wahrnehmen können.

Zukunftsorientierte Familienpolitik als Antwort auf neue Herausforderungen

Familie ist keine unerschöpfliche Ressource. Die tiefgreifenden Veränderungen der Lebensläufe, die veränderten (Zeit-)Strukturen der Arbeitswelt sowie die Vielfalt familialer Lebensformen erfordern neue gesellschaftliche Antworten auf die Herausforderungen. Damit Anforderungen an Familien nicht zu Überforderungen werden, braucht es stützende Strukturen und die gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen, die in den Familien erbracht werden. Kinder und Eltern haben denn auch ein Recht auf Unterstützung, wie dies die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen deutlich zum Ausdruck bringt, in deren Artikel 18 (2) es heißt:

„Zur Gewährleistung und Förderung der in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte unterstützen die Vertragsstaaten die Eltern und den Vormund in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, das Kind zu erziehen, und sorgen für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern.“

Die Begründung eines Rechts auf Unterstützung findet sich auch im Vorarlberger Jugendwohlfahrtsgesetz in § 2:

„Die öffentliche Jugendwohlfahrt hat die Familie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beraten und zu unterstützen. Die Familie soll befähigt werden, ihre Aufgaben der Pflege und Erziehung des Minderjährigen selbst wahrzunehmen.“



Um Familien diesen stützenden Rahmen zu bieten, braucht es eine nachhaltige (Familien-)Politik, die sich durch ein Maßnahmenbündel auszeichnet, wie dies unter anderem ausführlich im Siebten und Achten Deutschen Familienbericht beschrieben ist (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006, 2012; siehe auch Bertram, 2011, 679 ff.).

Familien brauchen eine finanzielle Mindestsicherung

Wer – aufgrund von Betreuungspflichten – nur eingeschränkt oder gar nicht erwerbstätig sein kann, hat ein deutlich höheres Risiko, an beziehungsweise unter der Armutsgrenze zu leben. Familien mit mehr als zwei Kindern sowie alleinverdienende und alleinerziehende Elternteile tragen ein überdurchschnittliches Armuts- und Überschuldungsrisiko. Anhand der EU-SILC-Daten zeigt sich: Das Armutsgefährdungsrisiko einer 30-jährigen alleinerziehenden Mutter mit einem fünfjährigen Kind, die über einen Lehrabschluss verfügt, beträgt in Österreich 47 %, wenn sie nicht erwerbstätig ist. Es sinkt auf 32 %, wenn sie teilzeitbeschäftigt ist, und es beträgt 11 %, wenn sie Vollzeit arbeiten kann (Zartler/Beham, 2012, S. 392 f.). Existenzsichernde ökonomische Lebensbedingungen sind gemäß § 27 UN-Kinderrechtskonvention und § 23 Menschenrechtskonvention ein Menschenrecht. Wo – aufgrund von Betreuungspflichten, Erkrankungen und anderem mehr – die Sicherung eines angemessenen Mindesteinkommens aus Erwerbstätigkeit nicht möglich ist, bedarf es alternativer und ergänzender Formen der Grundsicherung.

Familien brauchen (gemeinsame) Zeiten

Neben einer ökonomischen Grundsicherung brauchen Familien auch Zeit (Bertram, 2011). Die zeitlichen Problemlagen in Familien und die Bedürfnisse nach gemeinsamer Zeit variieren je nach Familienform und Familienphase. Es gibt kein objektiv festlegbares Quantum, wie viel gemeinsame Zeit Kinder und Eltern benötigen, um sich wohl zu fühlen. Fest steht aber: Familien brauchen gemeinsame Zeiten,

- o um überhaupt als Familie existieren und sich als solche erfahren zu können,
- o um die altersabhängig unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder nach Zuwendung und Zeit befriedigen zu können,
- o um gemeinsame Freizeit und soziale Kontakte als Voraussetzungen eines funktionierenden gemeinsamen Alltags zu erleben,
- o damit Elternpaare durch gemeinsame Aktivitäten Vertrauen und Gefühle der Zusammengehörigkeit wachhalten können.

Familien brauchen eine unterstützende Infrastruktur

Mütter und Väter brauchen eine familienunterstützende Infrastruktur in Form von Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsangeboten, um den Familienalltag einigermaßen reibungsfrei zu organisieren und zu koordinieren.

Im Besonderen braucht es

- o eine Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung, die eine verlässliche und qualitätsvolle Betreuung bietet,
- o stützende Strukturen in Krisensituationen beziehungsweise in jenen Lebensphasen und -situationen, in denen Eltern an die eigenen Grenzen kommen, wie im Falle von Trennung und Scheidung, Arbeitslosigkeit, (psychischer) Krankheit und anderem mehr,
- o institutionelle Angebote zur Unterstützung bei familialen Transitionen, die vielfältige Anpassungsprozesse erfordern, wie z.B. bei der (weiteren) Geburt eines Kindes, beim Schuleintritt, bei der Trennung und Scheidung beziehungsweise der Gründung einer Patchworkfamilie.

Nicht alle Eltern brauchen aber das Gleiche (Merkle/Wippermann, 2008, S. 224 ff.). Vielmehr gilt es, der Vielfalt unterschiedlicher Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Für alle aber gilt: Familien brauchen ein Mindestmaß an materieller Sicherheit, eine Infrastruktur, die den veränderten Bedingungen bei der Gestaltung des Familienalltags entspricht, und ein Umfeld, in dem Familien Raum und Zeit zugestanden und in dem die Leistungen von Familien anerkannt werden.

Literatur

Amato, Paul R. (2000): The Consequences of Divorce for Adults and Children: Theories, Hypotheses and Empirical Support. In: Journal of Marriage and the Family, 55 (1), S. 23-38

Bacher, Johann (1997): Einkommensarmutsgefährdung von Kindern in Österreich und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn und das subjektive Wohlbefinden – Eine Sekundäranalyse des Sozialen Surveys. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau, 45 (1), S. 39-62



Becklas, Carolin / Klocke, Andreas (2012): Kinder in erschöpften Familien. In: Lutz, Ronald (Hg.): Erschöpfte Familien. Wiesbaden: VS Verlag, S. 125-142

Bertram, Hans (2011): Fürsorge, Bindungen und vielfältige Moderne: Perspektiven für eine zukunftsorientierte Familienpolitik. In: Bertram, Hans / Ehlert, Nancy (Hg.): Familie, Bindungen und Fürsorge. Familiärer Wandel in einer vielfältigen Moderne. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 679-720

Bohrhardt, Ralf (2006): Vom „broken home“ zur multiplen Elternschaft. Chancen und Erschwernisse kindlicher Entwicklung in diskontinuierlichen Familienbiografien. In: Bertram, Hans et al. (Hg.): Wem gehört die Zukunft der Familie? Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 169-188

Bucher, Anton (2009): Was Kinder glücklich macht? Eine glückspsychologische Studie des ZDF. In: Schächter, Markus (Hg.): Wunschlos glücklich? Konzepte und Rahmenbedingungen einer glücklichen Kindheit. Baden-Baden: Nomos, S. 94-190

Butterwegge, Christoph (2000): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Weinheim: Juventa

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Siebenter Familienbericht – Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Drucksache 16/1360. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Achter Familienbericht – Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance für eine nachhaltige Familienpolitik. Drucksache 17/9000. Berlin

Hasengruber, Katrin (2012): Befragung der regionalen Träger Sozialer Hilfe Oberösterreichs zur Familienhilfe der Caritas für Betreuung und Pflege. Forschungsbericht. Linz

Häfele, Eva / Greussing, Kurt (2010): Arm trotz Arbeit. Working Poor (Erwerbsarme) in Vorarlberg. Feldkirch: AK Vorarlberg

Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hg.) (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Stuttgart: Lucius & Lucius

Hetherington E. Mavis / Kelly John B. (2002): For Better or For Worse. Divorce Reconsidered. New York: Norton

Institut für Demoskopie Allensbach (2009): Generationenbarometer 2009. Allensbach: Institut für Demoskopie

Jacobi, Frank (2009): Nehmen psychische Störungen zu? In: Report Psychologie, 34 (1), S. 16-28

Jugendwohlfahrtsgesetz Vorarlberg, www.austrianlaw.at/cms/fileadmin/gesetze/jwg/vlbg_jugendwohlfahrt.pdf [30.04.2012]

Jurczyk, Karin / Szymenderski, Peggy (2012): Belastungen durch Entgrenzung – Warum Care in Familien zur knappen Ressource wird. In: Lutz, Ronald (Hg.): Erschöpfte Familien. Wiesbaden: VS Verlag, S. 89-106

Jurczyk, Karin / Voß, G. Günter (2000): Flexible Arbeitszeit – Entgrenzte Lebenszeit. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmers. In: E. Hildebrandt (Hg.): Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin: edition sigma, S. 151-206

Klepp, Doris / Buchebner-Ferstl, Sabine / Kaendl, Markus / Kinn, Michael (2008): Eltern zwischen Anspruch und Überforderung. Eine psychosoziale Studie zu Erziehungswerten und -verhalten von Eltern unter dem Aspekt ihrer Lebensbedingungen und des subjektiven Befindens. Unveröffentlichter Projektbericht. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (StF: BGBl. Nr. 210/1958, www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000308 [20.08.2012]

Kölch, Michael (2009): Versorgung von Kindern aus Sicht ihrer psychisch kranken Eltern. Expertise im Rahmen des 13. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. München, S.753-788; www.dji.de/bibs/Expertisenband_Kap_4_2_Koelch_LK_AK_P.pdf [20.07. 2012]

Lenz, Albert (2005): Kinder psychisch kranker Eltern. Göttingen: Hogrefe



Mattejat, Fritz (2008): Kinder psychisch kranker Eltern. Was wir wissen und was zu tun ist. In: Mattejat, Fritz / Lisofsky, Beate (Hg.): ... nicht von schlechten Eltern. Kinder psychisch Kranker. Bonn: Hogrefe, S. 66-78

Mattejat, Fritz / Remschmidt, Helmut (2008): Kinder psychisch kranker Eltern. In: Deutsches Ärzteblatt, 105 (23), S. 413-418

Meier-Gräwe, Uta / Kahle, Irene (2009): Balance zwischen Beruf und Familie – Zeitsituation von Alleinerziehenden. In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 91-110

Merkle, Tanja / Wippermann, Carsten (2008): Was brauchen Eltern? In: Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hg.): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 224-239

Neuwirth, Norbert (Hg.) (2011): Familienformen in Österreich. Stand und Entwicklung von Patchwork- und Ein-Elternfamilien in der Struktur der Familienformen in Österreich. Forschungsbericht Nr. 7. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung

Statistik Austria (2011a): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Wien: Statistik Austria

Statistik Austria (2011b): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Wien: Statistik Austria

Statistik Austria (2012a): Haushalts- und Familienstatistik 2011. Wien: Statistik Austria

Statistik Austria (2012b): Ehescheidungen seit 2001 nach Bundesland, nach der Kinderzahl und dem Alter der Kinder; www.statistik.at/ehescheidungen_seit_2001_nach_der_kinderzahl_und_dem_alter_der_kinder_02468.pdf [18.08.2012]

UN-Konvention über die Rechte des Kindes; www.unicef.at/fileadmin/medien/pdf/crcger.pdf [30.04.2012]

Walper, Sabine (2002): Einflüsse von Trennung und neuer Partnerschaft der Eltern. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 22 (1), S. 25-46

Walper, Sabine (2005): Tragen Veränderungen in den finanziellen Belastungen von Familien zu Veränderungen in der Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen bei? In: Zeitschrift für Pädagogik, 51 (2), S. 170-191

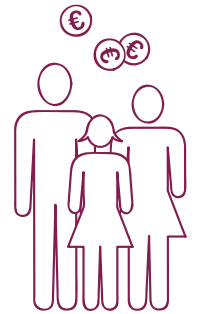
Walper, Sabine / Wendt, Eva-Verena (2005): Nicht mit beiden Eltern aufwachsen – ein Risiko? Kinder von Alleinerziehenden und Stieffamilien. In: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band I: Aufwachsen in Familien. Wiesbaden: VS Verlag, S. 187-216

Weiß, Hans (2000): Kindliche Entwicklungsgefährdungen im Kontext von Armut und Benachteiligung. Erkenntnisse aus psychologischer und pädagogischer Sicht. In: Weiß, Hans (Hg.): Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen. München – Basel: Reinhardt, S. 50-70

Zartler, Ulrike / Beham, Martina (2012): Alleinerziehen: Alltägliche Herausforderungen im Umgang mit knappen Ressourcen. In: SWS-Rundschau, 51 (4), S. 383-403

Zartler, Ulrike / Marhali, Andrea / Starkbaum, Johannes / Richter, Rudolf (2009): Familien in Nahaufnahme. Eltern und Kinder im städtischen und ländlichen Raum. Projektbericht. Wien: BMWFJ

Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben. New York – Frankfurt am Main: Campus



Staatliche Familienleistungen – Beitrag zur Existenzsicherung von Familien?

Eva Häfele und Michael M. Natter

Familienpolitik ist – sowohl in der politischen Debatte als auch im Hinblick auf ihre Wirkungen – viel mehr als nur „Politik für Familien“: Sie ist gleichzeitig Sozial- und Verteilungspolitik, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie Bevölkerungs- und Migrationspolitik. Alle diese Politikfelder stehen in einem engen Zusammenhang mit der familialen Reproduktion der Gesellschaft (Kreimer et al., 2011, S. 9-10).

Was also sind in einem modernen Wohlfahrtsstaat Zielsetzungen der Familienpolitik, und mit welchen finanziellen Strategien werden sie anvisiert? Man kann zwischen Verteilungszielen (horizontal von Familien ohne Kinder zu Familien mit Kindern und vertikal von Familien mit höheren zu Familien mit geringeren Einkommen), demografischen Zielen (z.B. Erreichen einer bestandssichernden Fertilitätsrate) sowie den neueren Gleichstellungs- und Vereinbarkeitszielen (ökonomische Gleichstellung der Geschlechter, gleichmäßigere Aufteilung von unbezahlter Familienarbeit und bezahlter Erwerbsarbeit innerhalb der Familie) der Familienpolitik unterscheiden (Kreimer et al., 2011, S. 34-35). Die wesentlichen Instrumente sind: finanzielle Umverteilung und Ausgleich mittels Transferzahlungen, steuerliche Maßnahmen und Bereitstellung bestimmter Sach- und Dienstleistungen.

Erwerbsarbeit sichert das Familieneinkommen

Entscheidend für die materielle Absicherung der Institution Familie ist im Normalfall die Erwerbsarbeit ihrer Mitglieder. Doch treten zunehmend Verhältnisse ein, in denen solche Erwerbsarbeit nicht möglich ist oder ihre Erträge zum Unterhalt der Familie nicht ausreichen.

Über welches Einkommen hätten Vorarlberger Haushalte im Jahr 2010 verfügt, wenn sie nur auf Erwerbsarbeit angewiesen wären? 160.000 Personen oder 43 % der Bevölkerung würden dann in Haushalten leben, die unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Das heißt, das sogenannte bedarfsgewichtete Einkommen dieser Haushalte (berechnet nach den unterschiedlichen Bedarfen von Kindern und Erwachsenen) hätte weniger als Euro 12.371 pro Jahr betragen. Berücksichtigt man neben den Erwerbseinkommen auch die Pensionen, blendet aber immer noch alle anderen Sozialleistungen aus, dann wären nach wie vor 90.000 Personen oder 24 % der Vorarlberger Bevölkerung armutsgefährdet gewesen.

Erst durch öffentliche Sozial- und Familienleistungen verringert sich die Armutsgefährdungsquote in Vorarlberg auf den derzeit festgestellten Wert von 10 % (österreichweit lag dieser Wert 2010 bei 12 %) (BMASK, Tabellenband, 2011, S. 67). Wir sehen also, welche wichtige Rolle Sozial- und Familienleistungen spielen, um Haushalte beziehungsweise Familien über die statistische Armutsgefährdungsschwelle zu heben.

Erwerbstätigkeit als bester Schutz vor Armutsgefährdung

Der Zugang zu Erwerbstätigkeit hängt von den Angeboten des Arbeitsmarktes, von der Qualifikation, vor allem aber auch von der neben der Familienarbeit verfügbaren Zeit ab. Für die Möglichkeit einer Steigerung der Erwerbsteilhabe, vor allem von Frauen, spielen deshalb kostengünstige oder kostenlose staatliche Dienstleistungen in der Kinder- und Schülerbetreuung eine ganz entscheidende Rolle.

Die statistischen Erhebungen in Österreich bestätigen, wie wichtig eine Erwerbseinbindung von Frauen für die Senkung des Armutsrisikos von Haushalten ist. Denn grundsätzlich sind Haushalte (mit Ausnahme von Ein-Eltern-Haushalten) weniger armutsgefährdet, wenn die Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen (BMASK, Berichtsband, 2011, S. 54).

Gefährdete Einkommensgruppen

Dennoch gibt es eine ganz erhebliche Zahl von Menschen, deren Familien selbst mit dem kombinierten Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen in äußerst eingeschränkten Verhältnissen leben. Besonders gefährdete Gruppen, deren Stellung auch in offiziellen Statistiken deutlich wird, sind: alleinerziehende Elternteile, Familien mit drei und mehr Kindern, Migrantenfamilien aus bestimmten Herkunftsregionen, Familien mit niedrigen oder unregelmäßigen Erwerbseinkommen sowie von Arbeitslosigkeit betroffene Familien (BMASK, Textband, 2011, S. 51-58).

Vorarlberg: Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern

Aus einer Gesamtsicht ergibt sich, dass neben dem Bezug von Transferleistungen der Zugang der Frauen zur Erwerbsarbeit für das Familieneinkommen entscheidend ist. 2011 gab es in Vorarlberg 37.600 Frauen mit zu erhaltenden Kindern unter 15 Jahren. Davon standen 28.600 als sogenannte Erwerbspersonen (unmittelbar erwerbstätig, arbeitslos oder in Elternkarenz) dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Von den 27.400 erwerbstätigen Frauen (die Zahl umfasst selbständig und unselbständig erwerbstätige sowie in Elternkarenz befindliche Frauen) lebten 87,6 % in einer Partnerschaft. Die in einer Partnerschaft lebenden Frauen weisen eine Erwerbstätigenquote von 73,7 % auf. Bei den alleinerziehenden Müttern hingegen beträgt sie nur 67,9 %. Von den 5.100 Müttern in Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 15 Jahren stehen also rund 3.700 als sogenannte Erwerbspersonen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Umgekehrt gilt: In rund einem Viertel der Zwei-Eltern-Familien standen die Frauen dem Arbeitsmarkt entweder überhaupt nicht zur Verfügung oder waren arbeitslos. Im Jahr 2011 waren das insgesamt etwa 8.500 Vorarlberger Frauen in einer Partnerschaft. Das entspricht 26,2 % dieser Gruppe.



Von den berufstätigen Frauen in Partnerschaft arbeiteten 2011 in Vorarlberg 83,3 % Teilzeit (Österreich 76 %); hingegen beträgt die Teilzeitquote bei alleinerziehenden Frauen 80 % (Österreich 65,8 %). Von den erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern gehen also 20 % einer Vollzeittätigkeit nach, während dies bei den erwerbstätigen Müttern in einer Partnerschaft 16,7 % sind (alle Daten: Statistik Austria, 2012, S. 102).

Erwerbstätigkeit von Männern mit Kindern

Trotz des eindeutig bestehenden Zusammenhangs von Frauenerwerbstätigkeit und Armutsvermeidung orientiert sich in Vorarlberg, wie auch im übrigen Österreich, das vorherrschende Familienbild am traditionellen „Male Breadwinner“-Modell, bei dem ein männlicher Ernährer einen ausreichenden „Familienlohn“ erwirtschaftet. Bei den Männern mit Kindern unter 15 Jahren beträgt denn auch die Erwerbstätigenquote 95,6 %, de facto unabhängig davon, ob sie in einer Partnerschaft leben oder nicht (Statistik Austria, 2012, S. 90).

Familienbezogene Transfers in Österreich – Quellen und Formen

Wie erwähnt, sind staatliche Transferleistungen ein wesentlicher Beitrag, um Familieneinkommen oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze zu sichern. Ausgehend vom Bericht des Rechnungshofes zu den Familienleistungen lassen sich in Österreich rund 200 Fördervarianten im Bereich der Familienleistungen feststellen (Rechnungshof, 2011, S. 11; John, 2012, S. 6). Diese Leistungen bestehen aus Steuernachlässen und Transfers sowie einem weit geringeren – aber in den vergangenen Jahren wachsenden – Anteil an Dienstleistungen. Dabei wird zwischen einkommensabhängigen und einkommensunabhängigen Leistungen unterschieden.

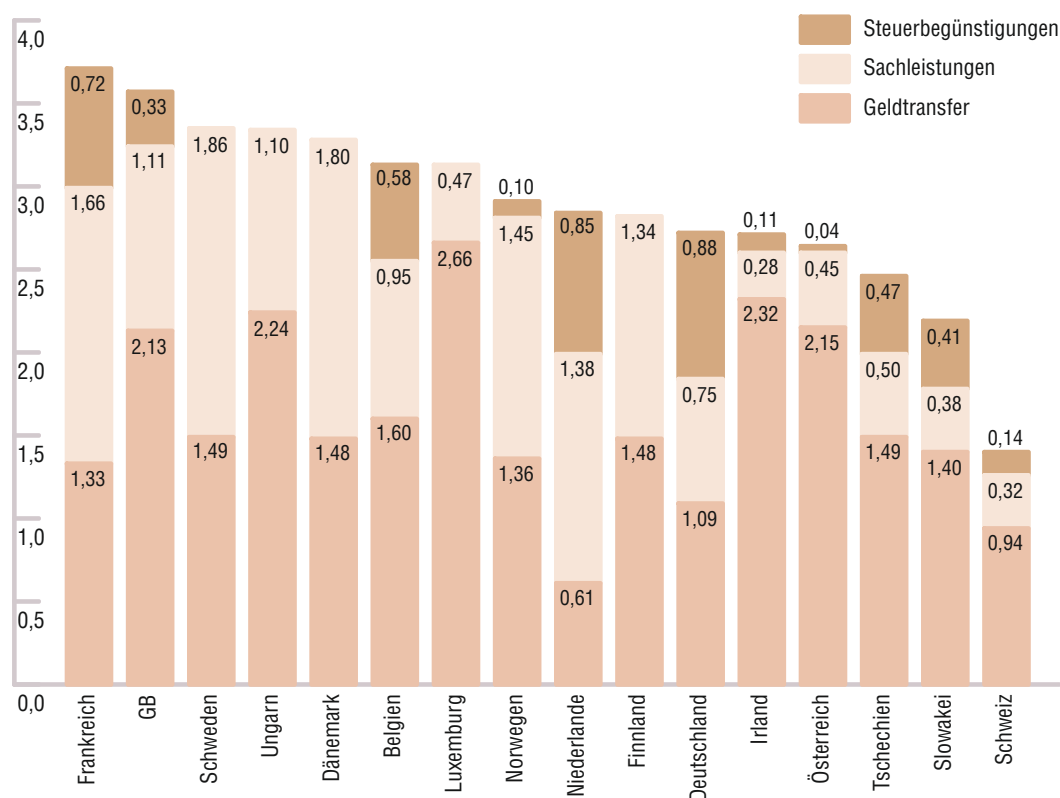
2009 betrugen die vom Rechnungshof untersuchten familienbezogenen Leistungen des Bundes Euro 8.672,45 Millionen, das entspricht etwa 3,1 % des Bruttoinlandsproduktes. Der größte Teil wurde für pauschale Geldleistungen wie die Familienbeihilfe (Euro 3.390,25 Millionen), den Kinderabsetzbetrag (Euro 1.324,00 Millionen) und das Kinderbetreuungsgeld (Euro 978,58 Millionen) aufgewendet. Für jede Familie mit Kindern unter 27 Jahren brachte der Bund also im Durchschnitt Euro 8.109 und je Kind rund Euro 4.845 auf (Rechnungshof, 2011, S. 13).

Die nachfolgende Aufstellung zeigt Gewicht (relativ zum BIP) und Struktur der öffentlichen Ausgaben ausgewählter OECD-Staaten für Familienleistungen. In den skandinavischen Ländern sowie in Frankreich und den Niederlanden haben die Sachleistungen einen

beträchtlichen Anteil; in Luxemburg, Großbritannien, Ungarn, Irland und Österreich sind Geldleistungen weitaus dominierender. In Österreich beträgt der Anteil der Geldleistungen rund 80 %, jener der Sachleistungen hingegen nur 17 %, und Steuerbegünstigungen machen nur 3 % aus.

Hohe Steuerbegünstigungen für Familien weisen hingegen Frankreich, die Niederlande und Deutschland auf. Im Gesamtvergleich der Familienleistungen von OECD-Ländern relativ zum BIP rangiert Österreich im unteren Drittel.

Öffentliche Ausgaben ausgewählter OECD-Staaten für Familienleistungen – Prozentanteile am BIP (2007)



Quelle: OECD, 2011



Familienpolitik und Familienleistungen in Vorarlberg

Neben den Familienleistungen des Bundes spielen auch – allerdings in einem weit geringeren Ausmaß – familienbezogene Aufwendungen der Bundesländer eine Rolle. Das Wohl und die Bedürfnisse der Familien, und hier insbesondere das der Kinder, werden in der Vorarlberger Landespolitik zuallererst genannt, wenn es um Leistungen für Familien geht. Dabei werden nicht nur finanzielle Unterstützungen und Angebote, sondern auch zahlreiche Dienstleistungen, die das Land direkt oder über Partnereinrichtungen anbietet, ins Treffen geführt.

Familienleistungen in Vorarlberg

Im Jahr 2010 gab das Land Vorarlberg insgesamt Euro 6,05 Millionen für Familienförderung aus. Der Familienzuschuss ist mit einem Betrag von insgesamt Euro 3,33 Millionen die wichtigste Geldleistung. 2010 kamen 1.395 Familien in den Genuss dieses Familienzuschusses, und zwar in der durchschnittlichen Jahreshöhe von rund Euro 2.387. Im Jahr 2008 hatten nur 956 Familien diesen Zuschuss bezogen, damals in einer durchschnittlichen Jahreshöhe von Euro 1.987. Wir haben also eine durchschnittliche Steigerung von Euro 400 pro Jahr und Familie festzustellen.

Rund ein Fünftel der Leistungen entfiel 2008 auf monatliche Beträge über Euro 400, knapp 50 % lagen zwischen Euro 200 und 400. Der Anteil jener, die monatlich über Euro 400 bezogen, wuchs zwischen 2008 und 2010 von 19 auf 29 % (Land Vorarlberg, 2009, S. 186; VLR, 2011, S. 149). Im Jahr 2010 gab es rund 8.000 Familien mit Kindern zwischen mehr als drei und unter sechs Jahren, somit die potenziell Begünstigten (Statistik Austria, 2011, S. 72); davon erhielten also rund 17 % den Familienzuschuss.

Weitere familienbezogene Leistungen

Der Familienpass mit Tipps und Infos für ermäßigte Tarife sowie Vergünstigungen beim öffentlichen Verkehr in ganz Vorarlberg wurde 2010 von 21.238 Familien genutzt (55 % aller Familien mit Kindern unter 15 Jahren). Die Wohnbeihilfe des Landes unterstützt bedürftige Familien bei der Zahlung von Krediten oder Mieten. Seit 2011 steht auch der Ausbau der Dienstleistungen im Bereich Kinderbetreuung (von 0 bis 6 Jahren) und der Ganztagsbetreuung in den Pflichtschulen verstärkt auf der Agenda der Landesregierung.

Familienleistungen im Bundesländervergleich

Angesichts der unterschiedlichen finanziellen Regelungen der Familienleistungen durch die einzelnen Bundesländer ist ein Vergleich dieser Leistungen aufschlussreich. Ein entsprechender Bericht des Rechnungshofes umfasst bisher nur die Bundesländer Kärnten, Oberösterreich und Salzburg sowie die Gesamtleistungen des Bundes (Rechnungshof,

2011, S. 27). Ergänzt man die hierbei vorgelegten Zahlen mit Daten aus Vorarlberg, so ergibt dies folgendes Bild:

Durchschnittliche Höhe der Leistungen ohne institutionelle Kinderbetreuung, je Familie bzw. Kind 2009/2010

	Familien mit Kindern unter 27 Jahren	Ausgaben je Familie in Euro	Kinder unter 27 Jahren	Ausgaben je Kind in Euro
Bund (2009)	1.064.000	8.109	1.780.800	4.845
Kärnten (2009)	73.000	203	118.600	125
OÖ (2009)	184.800	72	313.700	43
Salzburg (2009)	70.600	35	118.200	21
Vorarlberg (2010)	50.300	66	88.700	38

Quelle: Rechnungshof, 2011, S. 27 und eigene Berechnungen auf Basis Statistik Austria, 2011 und VLR, 2011

In den Bundesländern werden also sehr unterschiedliche Leistungen erbracht, die sich ihrerseits noch einmal auf Kinder unterschiedlicher Altersstufen und Begünstigtengruppen beziehen. Kärnten stach 2009 durch die mit Abstand höchsten Geldleistungen der Bundesländer hervor (Babygeld, Familienzuschuss, Schulstartgeld). In Oberösterreich gab es den Mutterkind-Zuschuss und den Kinderbetreuungsbonus (Rechnungshof, 2011, S. 13). Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Bundesländerleistungen, im Vergleich zu den Leistungen des Bundes, sowohl vom finanziellen Umfang als auch von der Wirkung her eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Die obige Tabelle dient denn auch lediglich Vergleichszwecken. Die errechneten Werte sind Durchschnittswerte und sagen nichts über die Zahl der unterstützten Familien oder die Höhe der konkreten Leistung in einem Lebensabschnitt des Kindes aus.

Kosten der institutionellen Kinderbetreuung

Im Jahr 2010 wurden in Vorarlberg für die Kinder- und Schülerbetreuung (ohne Kindergärten) Euro 6,4 Millionen an Landeszuschüssen aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr 2009 entspricht dies einer Erhöhung um rund 14,8 % (VLR, 2011, S. 156). Sämtliche kindergartenbezogenen Ausgaben betrugen Euro 32,7 Millionen (VLR, 2011, S. 80-81). Das sind insgesamt knapp über Euro 39 Millionen an Leistungen für institutionelle Kinderbetreuung.

Im Vergleich dazu gaben 2009 für die institutionelle Kinderbetreuung Kärnten rund 40 Millionen, Oberösterreich 113 Millionen und Salzburg 31 Millionen aus (Rechnungshof, 2011,



S. 19). Bezieht man diese Summen auf die jeweilige Zahl der Kinder unter 15 Jahren, so ergibt sich folgendes Bild:

Aufwand für die institutionelle Kinderbetreuung 2009/2010

	Kinder unter 15 Jahren	Ausgaben gesamt in Euro	Ausgaben je Kind unter 15 Jahren in Euro
Kärnten (2009)	78.700	39,98 Mio.	508
OÖ (2009)	219.100	113,15 Mio.	516
Salzburg (2009)	81.700	30,90 Mio.	378
Vorarlberg (2010)	62.400	39,10 Mio.	627

Quelle: Rechnungshof, 2011, S. 19 und eigene Berechnungen auf Basis Statistik Austria, 2011 und VLR, 2011

Im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoregionalprodukt sind die Anteile der Bundesländer für familienbezogene Leistungen wesentlich geringer als die des Bundes (3,13 % des BIP). Doch variieren sie von Bundesland zu Bundesland: Kärnten 0,35 %, Oberösterreich 0,28 %, Salzburg 0,17 % (alle Zahlen aus 2009) (Rechnungshof, 2011, S. 19). Vorarlberg liegt mit Gesamtausgaben von familienbezogenen Leistungen in der Höhe von insgesamt 45,15 Millionen (Familienförderung und institutionelle Kinderbetreuung) bei etwa 0,34 % des Bruttoregionalprodukts.

Während also Vorarlberg im Bereich der direkten Geldleistungen für Familien keinen hervorragenden Platz unter den vom Rechnungshof verglichenen Bundesländern einnimmt, nehmen die Zahlen für den Aufwand im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung einen guten Platz ein.

Familienleistungen auf dem Prüfstand

Offensichtlich wird eine durchgehende Existenzsicherung von Familien oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle durch staatliche Transfers, steuerliche Entlastungen (Negativsteuern) sowie öffentliche Sach- und Dienstleistungen bei Weitem nicht erreicht. In diesem Zusammenhang lassen sich auf der einen Seite Strukturprobleme feststellen, die abgrenzbare soziale Gruppen betreffen, und auf der anderen Seite individuelle Problemlagen, die durch ein eher unabwägbares Zusammentreffen verschiedener Ursachen entstehen.

Die Erfahrungen der Caritas-Sozialberatungsstelle „Existenz & Wohnen“ zeigen die konkreten Herausforderungen für Familien in Vorarlberg auf. Bis Familien in einer Notlage bei der Caritas vorsprechen, ist in der Regel schon viel Zeit vergangen. Deshalb ist das Selbsthilfepotenzial meist erschöpft. Spätestens dann, wenn kein Geld mehr für Lebensmittel vorhanden ist, wird die Caritas zur Anlaufstelle.

In der Regel ist bei den hilfesuchenden Familien die Existenz auf einer schmalen Spur gesichert. Doch längere Einkommensverluste führen zu steigenden Schulden. Dadurch oder bei einem dringenden Sonderbedarf geraten diese Familien in finanzielle Bedrängnis.

Armutsgefährdete Familien, die Beratungsstellen aufsuchen, verfügen über keine finanziellen Polster mehr, um finanzielle Krisen und plötzlich auftretende Sonderausgaben abfangen zu können. Vorsprachen solcher Familien, die von der Caritas Sachmittel bekommen, haben seit 2009 stark zugenommen. So vertraten 2009 noch 37 % und 2011 schon 58 % der anfragenden Personen eine Familie. Die absolute Zahl der Anfragen durch Familien hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Von den 2.000 Fällen, die 2011 bearbeitet worden sind, haben 63 % neben einer umfassenden Beratungsleistung auch Zugang zu Sachhilfeleistungen (Möbel, Kleidung, Lebensmittelgutscheine, finanzielle Unterstützung) erhalten.

Reale Verluste bei den Familienleistungen

Aufgrund massiver Kürzungen von Familienleistungen im Jahr 2011, wie der Beendigung der Kinderbeihilfe mit dem 24. Lebensjahr oder der Umwandlung der 13. Kinderbeihilfe in ein „Schulstartgeld“, mussten viele Familien einen spürbaren Rückgang der Transferleistungen in Kauf nehmen. Berücksichtigt man die fehlende Valorisierung der Familienbeihilfe, die in zwanzig Jahren nur um Euro 11 erhöht wurde, so beträgt deren Wertverlust im genannten Zeitraum 37 % (Katholischer Familienverband, 25.11.2011); beim Kinderbetreuungsgeld beträgt dieser Verlust nach zehn Jahren auf Grund der fehlenden Valorisierung im Jahre 2012 bereits 23 % (Katholischer Familienverband, 28.12.2011). Vor allem armutsgefährdete Familien haben damit einen beachtlichen Geldwertverlust zu verkraften.

Transferleistungen und Steuerprogression

Nicht nur real verringerte Transferleistungen, sondern paradoxerweise auch eine Erhöhung des individuellen Erwerbseinkommens können zu einem sinkenden Familieneinkommen führen. Denn eine Lohnsteigerung kann eine Verringerung des Gesamteinkommens bewirken, wenn der dadurch entstehende Verlust an Sozialleistungen größer ist als der Netto-Lohnzuwachs. Wenn außerdem durch die Steuerprogression der zusätzliche Lohnanteil stärker belastet wird als das bisherige Einkommen, dann verstärkt sich der



negative Effekt sogar noch. Dass es solche Fälle gibt, haben Untersuchungen für die Steiermark und Wien belegt (Prettenthaler u.a., 2009 und 2010). Wie oft sie vorkommen, ist umstritten. Für Vorarlberg wurden entsprechende Berechnungen noch nicht angestellt.

Mit wie viel Geld müssen Familien auskommen?

Wenn man die Auswertung der KlientInnendokumentation der Beratungsstelle der Caritas aus dem Jahr 2009 (322 Familien mit 695 Kindern) heranzieht, dann hatten Vorarlberger Familien ca. fünf Euro pro Tag und Person als frei verfügbares, nicht durch monatliche Fixkosten gebundenes Budget (für Essen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung). Dies war die Hälfte des österreichischen Durchschnitts – dieser betrug nämlich Euro 9,1 pro Tag und Person. 2011 (730 Familien mit 1.704 Kindern) hat sich dieser Betrag für Vorarlberger Caritas-KlientInnen auf Euro 7,61 leicht erhöht. Wenn man eine Durchschnittssannahme für eine Familie (zwei Erwachsene, ein Kind und Durchschnittsfixausgaben für Strom, Telefon, Versicherung, Heizkosten) trifft, die von der bedarfsorientierten Mindestsicherung (inkl. der Familienbeihilfe) lebt, dann kommt man auf ca. Euro 11 pro Tag und Person, die hier noch als frei verfügbares Budget zur Verfügung stehen.

Ausgabenseitige Belastungen

Familien geraten nicht nur einnahmenseitig – durch ungenügende Lohneinkommen und nicht ausreichende Transferleistungen – unter Druck, sondern auch ausgabenseitig. Die finanzielle Zwangslage entsteht bei der Caritas-Klientel durch erhöhten Wohnungsaufwand, Energiekosten, Belastungen durch Verschuldung, schwierige Trennungs- und Scheidungssituationen, schwere Erkrankungen, Arbeitslosigkeit und durch geringes Einkommen im Teilzeit- und im Niedriglohnbereich. Zudem werden vor allem schlechter verdienende Familien von der Verteuerung der Güter des täglichen Bedarfs stärker getroffen, da sie dafür einen höheren Anteil des Einkommens aufwenden als Besserverdienende.

2011 hatten die Familien, die die Caritas aufsuchten, durchschnittlich 2,3 Kinder. Rund zwei Drittel (62 %) haben maximal zwei Kinder, ein Drittel (31 %) hat drei bis vier Kinder und 7 % haben mehr als fünf Kinder. Je größer die Familie, desto schlechter ist ihre finanzielle Situation. Denn die Ausgaben wachsen viel stärker als die Einkünfte aus Erwerbseinkommen und die Einnahmen durch zusätzliche Transfers. 33 % der Eltern, die bei der Caritas in der Sozialberatung vorsprechen, sind alleinerziehend. Trotz aller Bemühungen, diese Gruppe umfassend und nachhaltig abzusichern, gefährden neue Hausstandsgründungen nach einer Scheidung, nicht geklärte Unterhaltszahlungen und die oft fehlende Möglichkeit innerhalb der (Groß-)Familie Sachmittel wie z.B. Kleidung, Bücher, Spielzeug kostensparend weiter zu verwenden, alleinerziehende Eltern besonders stark.

Trends und Perspektiven

Die Erfahrungen aus der Sozialberatungsarbeit der Caritas lassen folgende Schlüsse zu: Bei der Gruppe der armutsgefährdeten Mehrpersonen-Haushalte reicht ein einziges (Voll-)Erwerbseinkommen nicht aus, um die Existenz der Familie zu sichern und eine ausreichende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Verfestigung von Armutslagen wird sich für bestimmte Risikogruppen (Mehr-Kind-Familien, alleinerziehende Elternteile, Familien mit Migrationshintergrund) in Vorarlberg aller Wahrscheinlichkeit nach verstärken, wenn Transfers in Form von Finanz- oder Sachleistungen dem nicht entgegenwirken. Denn ein Abgleiten in dauerhafte Armut kann durch eigene Anstrengung wie Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder oft nicht mehr verhindert oder rückgängig gemacht werden.

Doch nicht nur die sogenannten armutsgefährdeten Haushalte befinden sich in einer prekären Lage, auch die „soziale Mitte“ erfährt eine zunehmende Verunsicherung – nämlich durch die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse, die neue Erfahrung zeitweiliger Arbeitslosigkeit und eine wachsende Unsicherheit der Existenzperspektiven für die Kinder.

Literatur

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz / Statistik Austria, ESSOSS-Datenbank [31.10.2011]

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. Berichtsband. Statistik Austria. Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Statistik Austria. Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Berichtsband. Statistik Austria. Wien



Institut für Sozialdienste, Schuldenberatung Vorarlberg (2008, 2009, 2010): Jahresberichte 2008, 2009 und 2010.

Industriellenvereinigung, 2012; www.iv-net.at/b2720 [2.4.2012]

John, Gerald (2012): Ein familiärer Geldsegen ohne Maß und Ziel. In: Standard, 11. Jänner 2012. S. 6

Katholischer Familienverband (2011): 10 Jahre Kinderbetreuungsgeld: „Ein familienpolitischer Meilenstein!“; www.familie.at [7.5.2012]

Katholischer Familienverband (2011): 37 % Wertverlust bei Familienbeihilfe: Ungerechtigkeiten beseitigen, Familienpolitik professionalisieren!; www.familie.at [7.5.2012]

Kreimer, Margareta / Sturn, Richard / Dujmovits, Rudolf (2011): Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Wien: VS Verlag.

Land Vorarlberg (2009): Sozialbericht 2009. Hinschauen und Helfen. Bregenz

VLR – Vorarlberger Landesregierung (2011): Rechenschaftsbericht 2010. Bregenz

Lutz, Hedwig / Mahringer, Helmut: Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle? Wien: AMS-WIFO, Feb. 2010. Kurzfassung: AMS info 155, Wien, Mai 2010.

OECD (2011): OECD Family Database, OECD, Paris; www.oecd.org/social/family/database [7.5.2012]

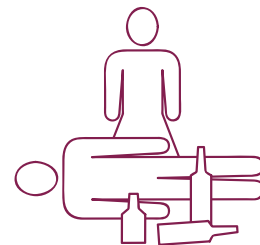
Prettenthaler, Franz / Sterner, Cornelia (2009): Aufgabe soziale Gerechtigkeit in der Steiermark: Anreiztheoretische Untersuchung zur Wechselwirkung von Gemeinde- bzw. Landestransfers und progressivem Steuersystem. Teilbericht zu Modul 3 des Projekts „Aufgabe soziale Gerechtigkeit in der Steiermark“ des Dr.-Karl-Kummer-Instituts für die Steiermark. Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH – Institut für Technologie- und Regionalpolitik. Graz-Wien

Prettenthaler, Franz / Sterner, Cornelia / Winkler, Claudia (2010): Analyse des Harmonisierungsbedarfs bezüglich regressiver Transfers und progressiver Steuern. Unter Einbeziehung von Haushalten mit Studierenden und Kindern und Schwerpunkt auf das Bundesland Wien. Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH – Institut für Technologie- und Regionalpolitik. Graz-Wien

Rechnungshof (2011): Bericht des Rechnungshofes: Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder. Wien

Statistik Austria (Hg.) (2011): Familien- und Haushaltsstatistik 2010. Ergebnisse der Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. Wien

Statistik Austria (Hg.) (2012): Familien- und Haushaltsstatistik 2011. Ergebnisse der Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. Wien



Wie erzeugt Sucht Druck auf Familien?

Monika Chromy und Reinhard Haller

Einleitung

Suchtprobleme sind in unserer globalisierten Wohlstandswelt in den letzten Jahrzehnten nicht nur zu den größten gesellschaftspolitischen und volksgesundheitlichen Herausforderungen herangewachsen, sondern stellen mehr und mehr eine enorme Belastung für Partnerschaft, Familie, berufliches Umfeld, ja für das gesamte nähere Umfeld dar¹. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig, spielen sich aber immer zwischen den zwei Polen Wirkung und Verfügbarkeit von Suchtmitteln und konsumierendem Individuum ab. In der modernen Zeit stehen verschiedenste Formen von Rauschmitteln in bester Qualität und unendlicher Vielfalt zu einem für alle erschwinglichen Preis zur Verfügung. Ehemals regional begrenzte, in uralte Kulturen eingebundene Rauschmittel werden heute industriell produziert und sind weltweit erhältlich. Der Umsatz mit illegalen Drogen hat jenen des gesamten Erdölgeschäfts übertroffen. Für Rauschmittel wird mehr Geld ausgegeben als für die Ernährung der Menschheit. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Alkohol hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts verfünffacht, Medikamente mit Suchtpotenz gehören zu den Spitzenprodukten der Pharmaindustrie. Im steten Wandel, welchem die Sucht unterliegt, sind zuletzt neben den synthetischen Drogen (Stichworte: „chemical research“, „legal high“) die Verhaltenssüchte, allen voran Internet- und Spielsucht, in den Vordergrund getreten.

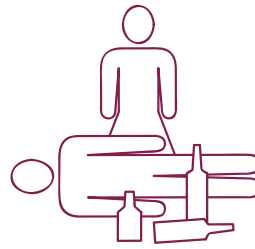
Mit steigendem Angebot hat sich die Zahl der Konsumenten und Missbraucher, in weiterer Folge auch jene der Abhängigen vervielfacht. Suchterkrankungen gehören heute zu den fünf größten Krankheitsgruppen. Sie liegen bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Spitze der Todesursachen und verursachen einen volkswirtschaftlichen Gesamtschaden, dessen Summe den Ertrag durch Steuereinnahmen weit übertrifft. Wir müssen heute davon ausgehen, dass in Vorarlberg etwa 3 % der Bevölkerung alkoholkrank sind, je 1 % an Medikamenten- und Drogensucht leiden und etwa 1,5 % von nicht substanzgebundenen Süchten betroffen sind. Dazu kommen etwa 10 bis 15 % der Bevölkerung, die im Lauf des Lebens – obschon noch nicht süchtig – ernsthafte Probleme mit Suchtmitteln bekommen, und etwa 20 %, die eine Abhängigkeit vom „Killer Nr. 1“, der Zigarette, aufweisen. Ob wir wollen oder nicht, ist Sucht somit zu einer Frage der Gesundheit und des Überlebens geworden, von welcher Umwelt und Familie mehr berührt sind als von jeder anderen Erkrankung.

¹ Nach Klein leidet etwa jedes siebte Kind unter der Suchtkrankheit eines oder gar beider Elternteile.

Familie im Bedingungsgefüge der Sucht

Unter den vielfältigen Ursachen, welche zu Missbrauch und Abhängigkeit führen, spielen auch partnerschaftlich-familiäre Faktoren – genetische wie soziale – eine entscheidende Rolle: So ist Sucht ganz wesentlich durch genetische Faktoren determiniert, so kommt der emotionalen Beziehung des Säuglings zur Mutter und des Heranwachsenden zum Vater eine bedeutsame Rolle zu, so prägt die Haltung der Familie zu den Suchtmitteln das Kind mehr als jeder andere Faktor. Wird ein Kind zu sehr verwöhnt, besteht die Gefahr, dass es auf „Ausweichverhalten“ geprägt wird, was sich bei späteren Lebensschwierigkeiten durch Flucht in die Sucht manifestieren kann. Bei emotionaler Vernachlässigung, herzloser Erziehung oder physischem und psychischem Missbrauch, der sich allzu oft in der Familie abspielt, wird das Kind wohl kein Urvertrauen finden und keinen Selbstwert entwickeln, was später den Griff zur psychotropen Substanz begünstigt. Die Familie, welche an sich die stärksten Resilienzfaktoren aufbauen und den höchsten Schutz vor Sucht bieten kann, drängt bei Dysfunktionalität ihre Mitglieder manchmal in die Abhängigkeit hinein. Dem Süchtigen wird nach dem Homöostasemodell die undankbare Rolle eines „Systemerhalters“ aufgezwängt, das heißt, dass die Substanzwirkung zur Aufrechterhaltung des partnerschaftlichen oder familiären Systems beiträgt. Der Alkohol- oder Drogenabhängige dient als Blitzableiter und „schwarzes Schaf“ – auch alle anderen familiären Schwierigkeiten werden ihm angelastet und in ihn hineinprojiziert.

Familie und Partnerschaft gehören zu den Hauptleidtragenden von Missbrauch und Sucht, nicht nur durch die angeführten psychodynamischen und emotionellen Faktoren. Das unmittelbare Umfeld hat unter Gewalt, finanziellen Problemen, Arbeitsplatzverlust, Scheidung und Ausgrenzung zu leiden. In etwa 50 % der Fälle bringt der Alkoholismus eines Elternteils irgendwann eine „broken home“-Situation mit sich. Eltern von suchtkranken Kindern leiden überproportional häufig an Erschöpfungszuständen, Burnout, Depressionen, Angststörungen und psychosomatischen Leiden. Besonders betroffen sind die Kinder von Suchtkranken, welche Streit und Aggressionen, extremen Stimmungswechsel, mangelnde Verlässlichkeit und Belästigungen jeder Art aushalten müssen. Sie können keine Spielkameraden einladen, schämen sich für die Situation zuhause und müssen mit ihren Problemen meist alleine fertig werden. In solch chronischen Belastungssituationen kommt es, um überleben zu können, zur Entwicklung von Rollen, etwa jener des Helden, des Maskottchens, des Sündenbocks oder des verlorenen Kindes. Zahlreiche Untersuchungen belegen die mannigfachen Defizite bei Kindern aus Suchtfamilien. Dazu gehören Entwicklungsretardierungen, kognitive Störungen, Verhaltensauffälligkeiten (insbesondere ADHS), psychische Probleme und eigene Süchtigkeit.



Über die Familie bieten sich aber auch große Chancen zur Bewältigung des Suchtproblems. Dies setzt aber voraus, dass sich die einzelnen Familienmitglieder ihrer Bedeutung bewusst sind und nicht die Rolle des Co-Abhängigen, mit welchem das Verhalten des Betroffenen indirekt gestützt würde, übernehmen. Idealerweise sollten die Angehörigen dem Süchtigen klar signalisieren, dass sie ebenso entschlossen gegen die Sucht vorgehen, wie sie ihm als Menschen jegliche Unterstützung leisten.

Angehörige von Suchtkranken

Wohl jeder suchtkranke Mensch wird im Laufe seines Lebens von Menschen begleitet, die ihm nahe stehen und ihm helfen wollen. Diese Nahestehenden sind oft einem enormen Leidensdruck ausgesetzt. Durch die Einführung des Begriffs „Co-Abhängigkeit“ wurde das Augenmerk auf die extrem belastende Lebenssituation der Angehörigen gelenkt. Für diese wurden Beratungs- und Hilfsangebote entwickelt und bereitgestellt. „Co-Abhängigkeit“ bezeichnet ein Konzept, nach dem Angehörige unbewusst oft zur Entstehung und Aufrechterhaltung der Sucht beitragen. Die Verwandlung des Begriffs für eine ungesunde Bewältigungsstrategie hin zu einer Diagnose führte dazu, dass Angehörige oft ebenfalls als „krank“ bezeichnet werden. Damit findet jedoch eine Stigmatisierung vieler Angehöriger statt, die für den Hilfeprozess wenig nützlich ist und dazu führen kann, dass Angehörige sich scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen (vgl. Meyers/Smith, 2009, S. 11-12).

Angehörige sind damit konfrontiert, dass die von Abhängigkeit Betroffenen ihren Suchtmittelkonsum trotz schädigender Wirkung auf Gesundheit, Arbeitsleistung, Beziehungsgestaltung oder Familienleben fortsetzen. Oftmals leiden sie lange Zeit stärker unter dem Verhalten der Betroffenen als diese selbst. Viele schämen sich und versuchen, die Suchtkrankheit des Partners oder der Partnerin, des Elternteiles oder des Kindes zu verheimlichen. Rückzug und Einsamkeit sowie psychosomatische Symptome bis hin zu Depressionen können die Folge sein.

Wenn Angehörige in den Suchtfachstellen der Caritas Hilfe suchen², haben sie meist einen langen Prozess im Umgang mit dem/der von Abhängigkeit Betroffenen hinter sich, der sich in bestimmten Verhaltensmustern manifestiert hat. Das Leben dreht sich oft nur noch um das Leben des Partners oder der Partnerin, sie übernehmen Verantwortung und versuchen sich und andere Betroffene vor den Konsequenzen des süchtigen Verhaltens zu schützen. So werden etwa Rechnungen beglichen, nach außen hin wird alles in Ordnung gehalten, der Konsum vor FreundInnen, vor Nachbarn oder dem/der ArbeitgeberIn vertuscht. Daneben wird mitunter versucht, Kontrolle aus-

² 2011 wurden in Feldkirch von der Caritas-Suchtfachstelle 141 Angehörige beraten oder längerfristig begleitet.

zuüben, zum Beispiel durch das Zählen der getrunkenen Flaschen. Dies löst viel Streit und einen Kampf aus, der jahrelang gehen kann. Wird erkannt, dass das süchtige Verhalten des Partners oder der Partnerin nicht beeinflusst werden kann, entstehen Trennungs- und Scheidungsgedanken, die wiederum aus Angst um den/die Partner/in und aus Schuldgefühlen nicht umgesetzt werden. Angehörige sind oft entsprechend überfordert und verunsichert und vergessen, auf ihre eigenen Bedürfnisse zu achten.

Diese Verhaltensweisen wirken systemerhaltend und verhindern, dass der suchtkranke Mensch mit den Auswirkungen seiner Sucht konfrontiert wird. Die Unterstützung und die Hilfeleistungen der Angehörigen bewirken, dass für den Suchtmittel Missbrauchenden keine Notwendigkeit besteht, etwas zu ändern.

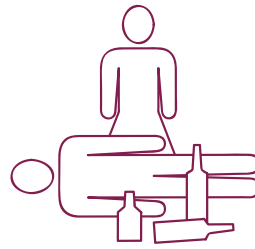
Suchtberatung und Therapie sowie Gruppenangebote zielen im ersten Schritt darauf, das Augenmerk der Angehörigen weg vom abhängigen Menschen auf das eigene Leben zu lenken und Kontakt mit den eigenen Gefühlen herzustellen, um so den Selbstwert zu stärken oder wieder zu gewinnen. Eine große Herausforderung besteht darin, ungesunde Verhaltensmuster zu erkennen und deren suchterhaltende Wirkung aufzuzeigen. Ziel ist es, Verstrickungen mit dem abhängigen Menschen aufzulösen und das eigene Leben wieder positiver zu gestalten, unabhängig davon, was der/die von Abhängigkeit Betroffene macht. Durch die Veränderungen der Angehörigen, wie etwa die Unterlassung von Unterstützungen im Alltag, die Autonomiebestrebungen der Angehörigen oder die Aufgabe des Kampfes um das Suchtmittel³, werden die Betroffenen auf sich selbst gestellt. Süchtiges Verhalten wird oft erst durch sozialen Druck verändert. Angehörige können somit Einfluss auf die Inanspruchnahme von professionellen Hilfen durch Suchtkranke haben.

Arbeit mit Kindern aus suchtbelasteten Familien

In den letzten Jahren wurde der Fokus der Suchthilfe wie auch der Jugendwohlfahrt vermehrt auf die Kinder aus suchtbelasteten Familien gelenkt. Ihre Situation ist oft besonders bedrückend, da sich Familien aus Scham oder aus Angst vor einer Kontrolle durch die Jugendwohlfahrt scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das Ausmaß der Belastung für Kinder ist umso größer, je geringer die emotionale Unterstützung und Stabilisierung durch den gesunden Elternteil, Verwandte oder andere nahestehende Personen ist.

Das Risiko der Kinder beginnt bereits in der Schwangerschaft der Suchtmittel konsumierenden Mütter, wobei die Folgen von Substanzkonsum verhängnisvoll sein können (Fehl-,

³ Gemeint ist: die Aufgabe der Kontrolle über die Einnahme des Suchtmittels durch die Angehörigen.



Früh- und Totgeburten, Entwicklungsverzögerungen, Missbildungen, geistige Behinderungen, spätere Verhaltensauffälligkeiten der Kinder, Entzugssyndrom nach der Geburt usw.). Deshalb ist es für MitarbeiterInnen der Suchthilfe besonders wichtig, Schwangere mit Suchtproblematik frühzeitig zu erreichen, um über die Risiken aufzuklären und Hilfe und Unterstützung anzubieten.

Weitere Schäden für Kinder können durch Vernachlässigung, Unfallgefahr, mangelnde Zuwendung sowie inkonstante Fürsorge entstehen. Nach Klein (2010, S. 15) sind Kinder suchtkranker Menschen die größte bekannte Risikogruppe hinsichtlich der Entwicklung eigener Suchtstörungen. Er beschreibt, dass „zu den von Kindern insgesamt am häufigsten genannten Erfahrungen die der Unberechenbarkeit des elterlichen Verhaltens gehört. Dies bezieht sich verstärkt auf den Alkohol trinkenden, aber auch auf den jeweils anderen (meist als co-abhängig bezeichneten) Elternteil.“ Des Weiteren wird von Ambivalenzerfahrungen und Loyalitätskonflikten berichtet (Klein, 1998).

Kinder aus suchtblasteten Familien wachsen in einer Atmosphäre extremer Unsicherheit und Unbeständigkeit auf. Dies zeigt sich etwa darin, dass Versprechen, Ankündigungen oder Vorsätze nicht eingehalten werden oder inadäquate Bestrafungs- und Belohnungssysteme vorherrschen. Sie schämen sich für die schlechten körperlichen Zustände der konsumierenden Eltern(-teile), dennoch verhalten sie sich loyal. Die Angst, die Eltern zu verlieren, ist groß. Sie wollen ihren Eltern helfen, können es aber nicht, was zwangsläufig zu Hilflosigkeits- und Ohnmachtsgefühlen führt.

Das Hineinschlüpfen in verschiedene Rollen (das verantwortungsbewusste, das stille, das rebellische Kind) bietet eine gewisse Struktur und Verlässlichkeit. Kinder lernen, dass die Suchtmittelabhängigkeit ein Familiengeheimnis ist. Da sie sich zudem oft für das süchtige Verhalten schuldig fühlen, versuchen sie meist nicht aufzufallen und sind häufig sehr angepasst.

Die Chancen, dass Kinder von KonsumentInnen illegaler Substanzen Unterstützung erhalten, sind aufgrund der drastischeren und sichtbareren Auswirkungen des Drogenkonsums größer als bei Kindern von Eltern, die von legalen Suchtmitteln abhängig sind.

Seit der Fokus in der Suchtberatung mehr auf die Kinder gelenkt wurde, konnte vielen Familien durch koordinierte Unterstützung von Jugendwohlfahrt und Suchthilfe Unterstützung geboten werden. Basis für die Zusammenarbeit bildet ein Kooperationsstandard, der wesentlich zur Sensibilisierung für die Thematik und zu einer klaren Aufgabenaufteilung beigetragen hat.

Die SuchtberaterInnen versuchen bei Eltern mit süchtigem Verhalten, deren Problembewusstsein zu erhöhen. Neben der Sicherung eines angemessenen Wohnraumes, hygienischer Verhältnisse sowie geregelter Einkünfte spielt die Auseinandersetzung mit dem Konsumverhalten eine wesentliche Rolle. Nur durch gute Beziehungsarbeit können die Eltern entsprechendes Vertrauen zur Beraterin oder zum Berater aufbauen und ihre Elternrollen und die damit verbundenen Erwartungen reflektieren. Grundlage dafür ist ein transparentes und wertschätzendes Verhalten der SuchtberaterInnen.

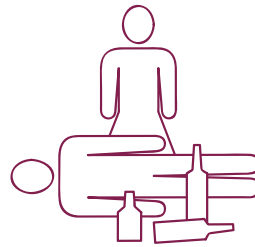
Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den von der Jugendwohlfahrt beauftragten Familiendiensten, welche die Eltern gezielt in ihren Erziehungsaufgaben unterstützen. Sie pflegen Kontakte mit Elternberatung, Kinderhorten, KindergartenpädagogInnen, Tagesmüttern und LehrerInnen und machen sich – wie auch die SuchtberaterInnen – mittels regelmäßiger Hausbesuche ein Bild von den Lebensverhältnissen der Eltern. Durch enge Kooperation gelingt es auf diese Weise sehr oft, ein gemeinsames Leben von Eltern und Kind zu ermöglichen.

Ausblick

Die Bedeutung der präventiven, therapeutischen und rehabilitativen Arbeit mit Familien von Suchtkranken wird in den nächsten Jahren wachsen. Moderne Suchttherapie bevorzugt ganzheitliche Ansätze und bezieht insbesondere das System Familie mit ein. Dazu wurden zahlreiche Modelle, vom systemtheoretisch orientierten bis zum kommunikationspsychologischen und vom psychodynamischen bis zum transaktionalen Ansatz, entwickelt. Sekundärpräventive Ansätze konzentrieren sich insbesondere auf die hohe Risikogruppe der Kinder von Suchtkranken, die bislang extrem vernachlässigt wurden.

Neben der Fortsetzung anderer suchtpreventiver Maßnahmen wird es in Zukunft notwendig sein, die Zusammenarbeit zwischen den Hilfesystemen zu verbessern. Ziel ist es, von Sucht in der Familie betroffene Kinder, Eltern sowie Angehörige frühzeitig zu erreichen. Dazu ist es notwendig, dass die verschiedenen Berufsgruppen, wie LehrerInnen, Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen, ErzieherInnen, Ärzte und Ärztinnen, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen vermehrt zusammenarbeiten. Sie brauchen Grundkenntnisse in Suchtfragen, Orientierung und Ansprechpartner, bei denen sie Information und Beratung erhalten, wenn sie Verdacht auf problematischen Suchtmittelkonsum von Eltern haben.

Daneben braucht es die Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die



Auswirkungen von Suchterkrankungen auf Familien. Dadurch könnten auch die Hemmschwellen für die Inanspruchnahme von Hilfen und der Druck auf Angehörige und deren Kinder vermindert werden.

Literatur

Babor, Thomas u.a. (2005): Alkohol – Kein gewöhnliches Konsumgut, Forschung und Alkoholpolitik. Göttingen: Hogrefe Verlag

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (2005): Frau Sucht Liebe. „Co-Abhängigkeit“ und „Beziehungssucht“; www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/Broschueren/Frau_Sucht_Gesundheit_Co_Abhaengigkeit_2005 [20.04.2012]

Klein, Michael (1998): Kinder suchtkranker Eltern: Fakten, Daten, Zusammenhänge. In: Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. (Hg.): „Wenn Mama und Papa high sind - bin ich down“. Hilfen für Kinder suchtkranker Eltern (= Schriftenreihe des Diözesan-Caritasverbandes Köln, Heft Nr. 43). Köln: Nau, S. 831; www.api.or.at/sp/encare/download/klein.pdf

Klein, Michael (2010): Suchtkranke Eltern – was bedeutet dies für die Kinder? www.vollrausch-ohne-mich.de/.../Vortrag_Dr_Klein_KathO_Koeln [23.04.2012]

Meyers, Robert J. / Smith, Jane E. (2009): Mit Suchtfamilien arbeiten. CRAFT: Ein neuer Ansatz für die Angehörigenarbeit. Bonn: Psychiatrie-Verlag

Michels, H.P. (1996): Entwicklung zum Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen. In: DHS (Hg.): Alkoholkonsum und Missbrauch. Freiburg: Lambertus

Soyka, Michael / Küfner, Heinrich (2008): Alkoholismus – Missbrauch und Abhängigkeit. Stuttgart: Thieme

Velleman, Richard / Reuber, Danielle (2007): Domestic Violence and Abuse Experienced by Children and Young People Living in Families with Alcohol Problems. Bath/Köln: Encare – European Network for Children Affected by Risky Environments within the Family; daphne

Arbeitslosigkeit und Familie

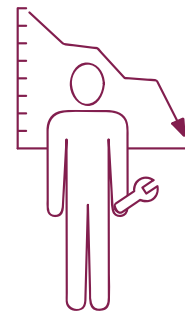
Gottfried Schweiger

Langzeitarbeitslosigkeit – worüber reden wir eigentlich?

Arbeitslosigkeit hat viele Gesichter. Weder gibt es die „typische“ Arbeitslose oder den „klassischen“ Arbeitslosen, noch lässt sich verallgemeinern, wie Arbeitslosigkeit konkret erlebt und verarbeitet wird. Dafür sind die Geschichten, warum und wie lange jemand arbeitslos ist, welche persönlichen und sozialen Ressourcen zur Existenzsicherung aufgewendet werden können oder auch welche Verpflichtungen aufrechterhalten werden müssen, zu unterschiedlich. Die Dauer der Arbeitslosigkeit spielt hier eine entscheidende Rolle. Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse wie auch die Praxis der Caritas zeigen, dass sich etwas verändert, wenn Menschen länger und langfristig von Arbeitslosigkeit betroffen sind – es verändert sich nicht zum Guten.

Man kann die vielen Geschichten von Langzeitarbeitslosigkeit herunterbrechen auf einige Gemeinsamkeiten, Indikatoren oder Merkmale. Dadurch gelangt man zu Gefährdungslagen, wie sie sich in der Sozialberichterstattung – in der österreichischen wie auch internationalen – finden: Langzeitarbeitslose sind fast immer und überdurchschnittlich oft armutsgefährdet. Vor allem Menschen mit geringer (formaler) Bildung, darunter zumal MigrantInnen, sind betroffen (BMASK, 2011). Für ältere Menschen ist es besonders schwer, wieder eine Arbeit und damit den Weg zurück in die gesellschaftliche „Normalität“ zu finden, wenn sie längere Zeit arbeitslos sind. All diese und mehr Differenzierungen lassen sich feststellen und belegen. Sie geben wichtige Einblicke und bestimmen auch den Diskurs über Arbeitslosigkeit und „die“ Arbeitslosen, wobei zumeist Langzeitarbeitslosigkeit gemeint ist.

Der zweite Weg, sich der Vielfalt von Langzeitarbeitslosigkeit und dem Leben der Betroffenen zu stellen, ist derjenige, auf „dichte Beschreibungen“ zu vertrauen (Geertz, 1983) – also auf Erzählungen, die zumeist nicht verallgemeinerbar sind und keinen verlässlichen Aufschluss darüber geben mögen, wie es im Großen und Ganzen aussehen mag. Aber sie geben unvergleichliche Einblicke in die Lebenswelten, in die kleinen und großen Nöte (Bourdieu et al., 2010; Katschnig-Fasch/Malli, 2003). Was macht Langzeitarbeitslosigkeit mit Eltern, die sich schämen, beim Elternverein für ihre Kinder um eine Unterstützung für den Schulausflug anzufragen? Was bedeutet es, wenn eine Frau nicht nur hunderte Bewerbungen abschickt, sondern auf die meisten nicht einmal eine Antwort erhält? Wie viel Energie kann es kosten, solche Zurückweisung zu verarbeiten, die früher oder später immer auch eine Zurückweisung der eigenen Person und nicht nur der angebotenen „Arbeitskraft“ ist? Schließlich könnte es für unser Bild von Arbeitslosigkeit doch auch eine wichtige Rolle spielen, worum es den Betroffenen eigentlich geht, was ihre Ziele und



Wünsche sind, wie sie es schaffen, sich trotz aller Widrigkeiten so etwas wie Freude und Hoffnung zu bewahren.

Erst beide Zugänge gemeinsam, derjenige der Sozialstatistik und derjenige der Erzählung, schaffen es, ein Bild von dem zu vermitteln, was Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet, was sie mit den Betroffenen – also denjenigen, die arbeitslos sind, und ihren Angehörigen – „macht“ und wie sie deren Lebenswelt prägt. Die Praxis – sei es diejenige der Betroffenen oder jene derer, die mit ihnen zu tun haben – ist individuell und bildet den Hintergrund allen Wissens über Langzeitarbeitslosigkeit.

Familie und Langzeitarbeitslosigkeit

Familie zu sein hat eine Bedeutung. Familie ist mehr als bloß die Ansammlung von mehreren Personen. Sie ist auch nicht durch bestimmte Formalien festgelegt. Man kann Familie sein, ohne verheiratet zu sein. Man kann Familie sein, ohne verwandt zu sein. Man kann Familie sein, wenn man nur zu zweit ist, und man kann eine Großfamilie sein. Familie bedeutet vor allem eines: eine Verbindung zu haben, die mehr ist als Freundschaft und Bekanntschaft, eine Verbindung, die mit Verantwortung einhergeht, mit Sorge und Fürsorge. Besonders wenn zu einer Familie Kinder gehören, wird dies deutlich – aber auch, wenn ein Familienmitglied krank wird oder der Pflege bedarf und das eigene Leben zurück gestellt wird, um für ein Familienmitglied zu sorgen. Verantwortung kann sich vielfach ausdrücken. Als die Aufgabe, für einen gewissen Lebensstandard zu sorgen, mit den Kindern einen Ausflug zu machen, Geburtstage zu feiern. Familie hat auch etwas damit zu tun, dass sie mehr ist als eine Zweckgemeinschaft. Sie ist emotional aufgeladen. Schließlich ist Familie stark von gesellschaftlichen Überzeugungen und Diskursen geprägt. Das versorgende Familienoberhaupt und die fürsorgende Mutter. Wenn solche tiefsitzenden Überzeugungen nicht erfüllt werden können, dann wird dies als Scheitern erlebt, es wird eine Niederlage vor sich selbst und vor anderen. Und es kann noch einmal sehr viel Kraft kosten, ein solches Scheitern zu verheimlichen, den Schein zu wahren.

Was wissen wir nun über Langzeitarbeitslosigkeit und Familie? Wir wissen, dass diese für Familien eine ökonomische, psycho-soziale und emotionale Belastung darstellt. Wir wissen, dass die betroffenen Familien häufig in prekären Lebensverhältnissen, in Armut und materieller Deprivation leben. Wir wissen, dass einige Formen der Familie besonders schwer betroffen sind, so zum Beispiel Alleinerziehende. Wir wissen, dass es für Kinder schwierig ist, die Arbeitslosigkeit der Eltern zu verarbeiten. Wir wissen, dass Langzeitarbeitslosigkeit zumeist nur eine Belastung unter vielen ist, die auf die Familien drücken:

Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, fehlende (formale) Bildung, psychische Störungen und Sucht, Aggression, Krankheit, Behinderung und Schmerzen, Diskriminierung, soziale Exklusion und Wohnungsnot, zerrüttete Verhältnisse, Scheidung oder Gewalt verstärken einander gegenseitig (Dimmel/Heitzmann/Schenk, 2009; Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn, 2008). Familie kann so selbst zu einer Belastung werden. Dieses Wissen gibt Einblick, dass Langzeitarbeitslosigkeit Familien in mindestens fünf Dimensionen belastet und im schlimmsten Falle sogar zerstören kann.

1. Selbstvertrauen

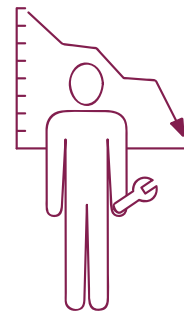
Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist oft mit einem Verlust des Selbstvertrauens verbunden. Sie ist ein Erlebnis des Scheiterns und der Zurückweisung, das den Selbstwert und die Selbstschätzung angreift. Langzeitarbeitslosigkeit wiegt hier besonders schwer. Sie prägt nicht nur einen selbst, sondern auch den Umgang mit anderen. Die Statusrollen können nicht mehr erfüllt werden, wenn der Vater nicht mehr aus eigener Kraft für die Familie sorgen kann. Familienmitglieder wissen und spüren auch, wie es den Eltern, dem Vater, der Mutter, dem Bruder oder der Schwester geht. Sie müssen zusehen, wie diese unter ihrer Langzeitarbeitslosigkeit leiden, und erfahren, dass diese oftmals nicht durch familiäre Zuwendung und Unterstützung kompensiert werden kann, so sehr sich auch das Umfeld bemüht. Auch Kindern, die mit Langzeitarbeitslosigkeit aufwachsen, fällt es schwer, Zutrauen zu sich selbst und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Oft ist ihr gesamtes Leben von diesen Erfahrungen geprägt, und sie haben es später selbst schwer, einen Job zu finden.

2. Verantwortung für andere

Familien sind davon geprägt, dass in ihnen Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere übernommen wird. Langzeitarbeitslosigkeit schränkt dies auf mehreren Ebenen ein. Zunächst sind es die finanziellen Einbußen, dann das Gefühl, nicht mehr für die Familie sorgen zu können, und dann die Einsicht, dass man auf die Hilfe anderer angewiesen ist. Eltern sein heißt jedoch, Verantwortung wahrzunehmen, seinen Kindern ein schützendes Zuhause zu bieten. Hier Abstriche zu machen, ist für viele sehr viel schwerer, als bei sich selbst zu sparen. Besonders schwer wiegt dies, wenn außergewöhnliche Fürsorgeaufgaben bei Krankheit, Behinderung oder Pflege nötig sind.

3. Soziale Teilhabe

Familien sind in verschiedene soziale Beziehungen eingebunden. Kinder gehen zur Schule und haben Freunde. Freizeitaktivitäten und Spiel nehmen eine besondere Stellung ein. Wenn die Möglichkeiten zur Sorge eingeschränkt sind, dann betrifft dies oftmals die soziale Teilhabe, also den Kindern das zu bieten, was sie aus der Schule kennen, was andere Kinder haben oder auch was die Schule selbst an Beitrag verlangt. Der Radius der sozia-



len Aktivitäten und Kontakte wird kleiner, nicht nur weil das Geld knapp ist, sondern auch, um sich den Fragen zu entziehen, was man denn eigentlich arbeite. Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet oft auch Einschränkung der Mobilität, wenn man sich Verkehrsmittel nicht mehr leisten kann oder das Geld für Hobbys, Urlaube und kulturelle Veranstaltungen schlicht nicht vorhanden ist.

4. Bild von außen

Familien und Arbeitslosigkeit sind auch soziale Konstruktionen, mit denen Bilder, Werte und Erwartungen einhergehen. Zur Belastung, nicht im gewünschten Maße für seine Familie sorgen zu können, kommt die Zuschreibung von außen, schlechte, vielleicht sogar faule Eltern zu sein – oder die paternalistische Fürsorge anderer, die Hilfe, die kränkt, weil sie einem das Gefühl gibt, bedürftig zu sein. Kinder spüren nicht nur, dass ihre Eltern belastet sind, sie sind auch mit den Bildern und Erzählungen ihrer FreundInnen und KlassenkameradInnen konfrontiert. Sie tragen die vermeintliche Unfähigkeit der Eltern jeden Tag auf ihrem Leib. Eben weil Familie sein auch bedeutet, anderswo eingebunden zu sein – im Hort, im Kindergarten, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Freundeskreis –, ist das Scheitern durch Arbeitslosigkeit oftmals ein öffentliches. Sich diesen Bildern gegenüber zu behaupten, ist eine Anstrengung, die nicht alle bewältigen können. Dann bleibt vor allem der Rückzug, der mit der Familie umso schwerer fällt.

5. Gesundheit

Langzeitarbeitslose leiden häufiger als andere Menschen unter einer Vielzahl gesundheitlicher Probleme und Einschränkungen (Hollenderer/Brand, 2006). Diese stellen auch ein großes Hindernis bei der Re-Integration in den Arbeitsmarkt dar. Langzeitarbeitslose fühlen sich gesundheitlich schlechter, und sie sind es auch. Psychische Störungen wie Depression und Suchtverhalten, ein geschwächtes Immunsystem, Probleme mit dem Rücken und dem Bewegungsapparat, Bluthochdruck oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen belasten nicht nur die direkt Betroffenen, sondern natürlich auch die Familien. Wenn der Vater oder die Mutter trinkt, wenn die Partnerin unter einer generalisierten Angststörung leidet, dann hat das oft langfristige Auswirkungen auf die gesamte Familie.

Diese fünf Punkte verdeutlichen auch, dass Langzeitarbeitslosigkeit für die betroffenen Familien oftmals deshalb negative Auswirkungen hat, weil sie mit (ab)wertenden gesellschaftlichen Bildern assoziiert wird – weil unsere Gesellschaft arbeitszentriert ist und Erwerbsarbeit für uns sehr viel mehr bedeutet als Einkommenssicherung.

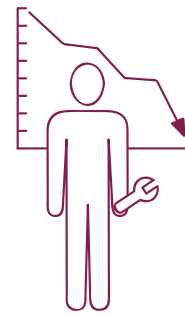
Es gibt kein Jenseits der Leistungsgesellschaft

In einer Leistungsgesellschaft gründen sich die soziale Wertschätzung, das eigene Selbstbild und die gesellschaftliche Zuschreibung von Verdienst und Status auf das, was als Leistung definiert wird. Leistung wird heute als Erfolg auf dem Arbeitsmarkt definiert. Jenseits der Arbeit gibt es zwar ebenfalls Leistung, allerdings nur als Surplus, als zusätzliche Leistung, die neben dem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt erbracht wird (Dröge/Marrs/Menz, 2008). Es gibt zwar Ausnahmen bezüglich dieses Leistungsparadigmas: die Erbinnen, die ihr Geld auf Partys oder für karitative Zwecke einsetzen, die glücklichen Arbeitslosen, die sich selbst verwirklichenden AussteigerInnen. Doch sie sind die Ausnahmen in einer Gesellschaft, in der auch der ehemals anerkannte und geschützte Bereich der Erziehung und Familie nicht mehr von allen als „echte“ Leistung gewürdigt wird. Berthold Vogel hat die negativen Konsequenzen dieser Verknüpfung von Arbeit und Leistung für diejenigen, die ihr nicht entsprechen, eindrücklich und bewusst zugespitzt beschrieben:

„Wer nicht erwerbstätig ist, der ist ein Nichts. Das gilt für Arbeitslose ebenso wie für diejenigen, die sich aufgrund familiärer Bindungen oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Erwerbsleben beteiligen können. Auch die soziale Statusalternative der Hausfrau oder Mutter hat heute abgewirtschaftet. Selbst den Frauen bringt die Kindererziehung mittlerweile keine soziale Anerkennung mehr ein. Von den Männern ganz zu schweigen. Ein hauptamtlicher Hausmann oder Vater ist in den Augen der Öffentlichkeit ein armer Tropf. Alle schönen Reden von den neuen Männern und geteilter Elternverantwortung sind in den Zeiten der totalen Erwerbsarbeitsfixierung nichts als hohle Phrasen. Ein Mann, der nicht zur Erwerbsarbeit geht, ist kein Mann. Weder in den Augen seiner erwerbstätigen Geschlechtsgenossen noch in den Augen der Frauen. Die dauerhafte Erwerbsarbeit ist auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens die zentrale Anerkennungs- und Integrationsmaschine.“ (Vogel 2009, 156)

Das Leistungsparadigma wirkt tief in die Binnenstrukturen unserer Gesellschaft. Es macht nicht nur die Arbeitslosigkeit zu einem solchen tragischen Erlebnis für die Betroffenen, sondern verändert Arbeit, Privatleben und Familie gleichermaßen. Sie alle orientieren sich an den Vorgaben der Leistungsgesellschaft und ihrer eingeforderten Flexibilität (Hildebrandt, 2000; Szydlik, 2008). Wer keinen Job findet, wer langzeitarbeitslos ist, dem wird die Schuld dafür zumeist selbst zugeschoben. Solche Menschen wollen angeblich nicht, sie seien faul, nicht leistungsbereit oder zu unflexibel, weil jeder eine Arbeit findet – wenn man nur will. Das sind – wie die Forschung eindrücklich zeigt – schlicht Mythen.

Langzeitarbeitslose erhalten für ihre Arbeit und Leistung keine Honorierung, zumindest kein Einkommen, was in den Augen unserer Gesellschaft die letztlich entscheidende Ka-



tegorie der Anerkennung ist. Damit ist eine doppelte Entwertung verbunden: Langzeitarbeitslose haben nicht nur keinen Job, was sie tun, ist darüber hinaus auch noch wertlos. Es ist im besten Falle Hobby, im schlechtesten Zeitverschwendung. Langzeitarbeitslosigkeit stellt keinen sinnvollen Gegenentwurf zur Erwerbsarbeit dar – und wird auch von den Betroffenen nur selten damit assoziiert (Dröge/Somm, 2005). Die allermeisten Langzeitarbeitslosen wollen arbeiten. Sie versuchen, Teil der Gesellschaft zu sein, auch wenn für viele die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt unmöglich ist.

Was getan werden kann

Es ist somit ein überwiegend bedrückendes Bild, welches von der Lage langzeitarbeitsloser Menschen und ihrer Familien gezeichnet werden muss. Dennoch, und gerade weil sie es besonders schwer haben, sind sie nicht „abzuschreiben“. Es gibt vielfältige Mittel und Wege der Hilfe und Unterstützung, sowohl für die direkt Betroffenen als auch für ihre Familien: Maßnahmen der Re-Integration in den Arbeitsmarkt, sozialarbeiterische Betreuung, Gesundheitsförderung, Hilfestellung bei Fürsorge und Pflege – wie dies etwa in den Carla-Arbeitsprojekten und im Jugendprojekt Startbahn der Caritas Vorarlberg geschieht. In diesen Projekten wird langzeitarbeitslosen Menschen beziehungsweise arbeitslosen Jugendlichen und SchulabbrecherInnen durch eine mehrere Maßnahmen umfassende Betreuung geholfen, einen Weg aus der Resignation (zurück) in die Arbeitswelt zu finden. In solchen wie auch in anderen Projekten und Programmen, die langzeitarbeitslosen Menschen Unterstützung und Hilfe geben wollen, ist auf mehreren Ebenen und von unterschiedlichen Stellen anzusetzen. Es gilt, die richtigen Maßnahmen für die richtigen Betroffenen zu finden, da eben nicht alle Fälle gleich sind. Auch können kleinere Projekte nicht oder nur unzureichend die Unzulänglichkeiten und Versäumnisse auf struktureller oder politischer Ebene ausgleichen.

Auf der individuellen Ebene kann den einzelnen Betroffenen geholfen werden, mit ihrer Situation umzugehen. Was sind realistische Handlungsoptionen hinsichtlich Bewerbung, Weiterqualifizierung und einer Re-Integration in den Arbeitsmarkt? Welche Probleme – gesundheitlicher, finanzieller, familiärer Art – sind bekannt und wie können diese gelöst oder zumindest abgefedert werden? Hier geht es auch um Hilfe zur Selbsthilfe und eine Stärkung der eigenen Ressourcen, der Widerstandsfähigkeit und des Verhaltens. Wie kann wieder Sinn, Hoffnung und Freude erlangt werden? Solche Projekte sind wichtig, damit die Betroffenen wieder sinnvoll tätig sein und arbeiten können, um ihre Motivation und ihre Fähigkeiten zu stärken. Dafür ist ein differenzierter, individueller und oftmals langfristiger Zugang nötig, der unter den heutigen Bedingungen schwer umsetzbar ist.

Diese Bedingungen werden auf der Ebene der Institutionen und der Politik bestimmt. Dort wird der Rahmen festgelegt, in dem langzeitarbeitslosen Menschen geholfen wird: Wer zuständig ist, wie viel Geld und Zeit in solche Maßnahmen fließen und welche Ziele damit zu erreichen sind. Sozialpolitik ist heute – in Zeiten der Krise – unter Druck, die Mittel werden knapper, und langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien sind eine der verletzbarsten Gruppen, die dies zu spüren bekommen.

Doch Arbeitslosigkeit ist kein Problem, das erst nach seinem Eintritt angegangen werden kann und sollte. Es hat seine Ursachen oft schon in der Schule, in der Ausbildung und in den Betrieben. Betriebliche Sozialarbeit, Ausbau betrieblicher Gesundheitsvorsorge, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und um Krankheiten, die zu Arbeitslosigkeit führen können, zu vermeiden, Bildung und Ausbildung, die sowohl die auf dem Arbeitsmarkt gefragten Fähigkeiten fördern als auch Selbstsorge und Selbstreflexion stärken, oder die Einrichtung altersgerechter Arbeitsplätze – alles das sind zukünftige Notwendigkeiten angesichts der demografischen Entwicklung, die dazu beiträgt, dass Menschen länger beruflich tätig sein können.

Auf politischer Ebene ist die Stützung eines längerfristig geförderten „zweiten Arbeitsmarktes“ zu diskutieren. Er soll jenen Menschen eine Möglichkeit sinnvoller Tätigkeit bieten, die keine Chance mehr auf eine reguläre Beschäftigung haben und oft jahrelang zwischen Re-Integrationsmaßnahmen hin und hergeschoben werden.

Schließlich ist die gesellschaftliche Ebene angesprochen: also wie langzeitarbeitslose Menschen von der Öffentlichkeit gesehen werden und wie über sie geredet wird. Die Betroffenen haben in diesen Diskursen selten eine Stimme. Die Entwicklungen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die Entsolidarisierung der Gesellschaft zunehmen und der Druck auf die Arbeitslosen steigen wird.

Um das Problem zu bewältigen, sind eine Enttabuisierung von Arbeitslosigkeit und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit für die Betroffenen notwendig: Was wird in den Medien über Langzeitarbeitslosigkeit berichtet, welche (falschen und diskriminierenden) Bilder dominieren, wie kann es gelingen, die viele sinnvolle Arbeit, die von den und für die Betroffenen geleistet wird, sichtbar zu machen? Langzeitarbeitslosigkeit und unser Umgang mit ihr sind ein Spiegel unserer Gesellschaft – ihrer Werte und Ziele.



Literatur

Bourdieu, Pierre et al. (2010): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft (2. Auflage). Konstanz: UVK

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010 Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin (Hg.) (2009): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck–Wien: StudienVerlag

Dröge, Kai / Marrs, Kira / Menz, Wolfgang (Hg.) (2008): Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft. Berlin: Edition Sigma

Dröge, Kai / Somm, Irene (2005): Spurlose Leistung. Langsicht im flexiblen Kapitalismus. In: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 18 (2), S. 215–235

Geertz, Clifford (1983): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Hildebrandt, Eckart (Hg.) (2000): Reflexive Lebensführung : Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin: Edition Sigma

Hollederer, Alfons / Brand, Helmut (Hg.) (2006): Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit. Bern: Huber

Huster, Ernst-Ulrich / Boeckh, Jürgen / Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.) (2008): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Katschnig-Fasch, Elisabeth / Malli, Gerlinde (Hg.) (2003): Das ganz alltägliche Elend: Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus. Wien: Löcker

Szydlík, Marc (Hg.) (2008): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Sozialstrukturanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Vogel, Berthold (2009): Überflüssige in der Überflussgesellschaft? In: Heinz Bude / Willisch, Andreas (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die “Überflüssigen”, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 154–160

Armut durch Benachteiligung

August Gächter

Eingewanderte Familien in Vorarlberg

Vorarlberg deckt wichtige Teile seines Bedarfs an Arbeitskräften für schwere oder langweilige Arbeiten seit mindestens 150 Jahren durch Anwerbung außerhalb der Landesgrenzen. Vor 50 Jahren begann sie in der Türkei und im damaligen Jugoslawien, 1997 in Deutschland. Stets hat sich ein Teil der Angeworbenen niedergelassen und Familien gegründet. Seit 1998 sind die vormaligen „GastarbeiterInnen“ auch in rechtlicher Hinsicht niedergelassene EinwandererInnen. Dadurch wurde der schon länger bestehende Handlungsbedarf der Landesregierung und der Gemeinden unübersehbar.

Ab 2001 sind Landesregierung und Gemeinden diesem Bedarf auf sehr unterschiedliche und unvollständige Weise nachgekommen. Heute steckt Vorarlberg nach wie vor in einem langsam vorangehenden Lernprozess über die menschenwürdige Integration von zugezogener Bevölkerung. Es gibt noch bedeutende Verständnis-, Verständigungs- und Handlungslücken. Zugleich werden die erzielten Fortschritte häufig verschwiegen. Beispielsweise besteht eine starke Neigung, über den unzureichenden Bildungserwerb der Kinder der EinwandererInnen zu klagen, ohne den Fortschritt gegenüber der Elterngeneration zu würdigen.

Die Jugendlichen aus eingewanderten Familien stehen heute bildungsmäßig in der Mitte zwischen den Eltern und den Gleichaltrigen. Das gilt für alle Herkunftsländer außerhalb der EU/EFTA, also für die Türkei ebenso wie für Serbien oder Bosnien. Die Enkel der seinerzeitigen GastarbeiterInnen werden, wenn die Hindernisse im Bildungswesen nicht erhöht werden, bildungsmäßig mit den Gleichaltrigen aus nicht eingewanderten Familien gleichziehen. Bislang ist erst ungefähr die Hälfte dieser Enkelgeneration geboren worden.

Das bekannte Dreigenerationenschema ist hier dabei, sich einmal mehr zu erfüllen, so wie das auch bei den Nachkommen der vor dem Ersten Weltkrieg aus dem Trentino angeworbenen Arbeitskräfte geschehen ist. Die „zweite Generation“ aus der Anwerbung ab 1961 ist heute im Mittel um die 30 Jahre alt. Sie befindet sich in der schwierigen Lage, erstens für die Gleichberechtigung ihrer Kinder im Bildungswesen kämpfen zu müssen, zweitens sich gegen das schlechte Image wehren zu müssen, das ihnen Politik und Medien durch die Konzentration auf ausschließlich schlechte Nachrichten angehängt haben, drittens die Eltern unterstützen zu müssen, die nach einem Leben mit Mindestlöhnen auch nur niedrige Pensionen beziehen werden.

Die „zweite Generation“ erfährt alle Schwierigkeiten des Bildungs-, des beruflichen und



des sozialen Aufstiegs. Vor allem muss sie ihn aus eigenem Antrieb verwirklichen. Dabei trifft sie auf massiven Widerstand, denn die österreichische Gesellschaft ist noch sehr stark in der überkommenen Einstellung befangen, dass Aufstieg ein Privileg sei, das man von oben empfangen müsse und sich nicht selbst verleihen dürfe. Zudem ist die österreichische Gesellschaft rassistischer als die meisten anderen in Europa.

In einer klug aufgebauten Eurobarometer-Befragung anlässlich des EU-Jahres gegen Rassismus 1997 gaben sich in Österreich 43 % der Befragten selbst 7 bis 10 Punkte auf einer Skala von 0 (gar nicht rassistisch) bis 10 (sehr rassistisch). Das war nach Belgien und Frankreich der dritthöchste Wert in den EU-15-Staaten. Detailliertere Analysen zeigten, dass Österreich eine andere Eigenheit mit Belgien und mit Dänemark sowie möglicherweise mit Deutschland teilt, nämlich dass die Befragten mit höherer Bildung nicht weniger rassistisch sind als jene mit geringerer Bildung (Winkler, 2003). Das ist sehr ungewöhnlich, deckt sich aber mit anderen Befunden (siehe Wodak/van Dijk, 2000). Auch glauben in Österreich, wie Eurobarometer-Befragungen der letzten Jahre gezeigt haben, nur 16 % der Bevölkerung zu wissen, wohin sie sich wenden könnten, wenn sie im Alltag Diskriminierung erfahren oder beobachten. Das ist der mit Abstand niedrigste Wert in allen EU-27-Staaten.

In einem solchen Umfeld, das auf Eigeninitiative zum sozialen Aufstieg nicht ermunternd, sondern zürnend reagiert und das sowohl die Armut der EinwandererInnen als auch deren Bemühungen, daraus zu entkommen, häufig mit rassistischen Denk- und Verhaltensmustern bewertet und kommentiert, ist nicht nur das Leben der „zweiten Generation“ extrem schwer und aufreibend, sondern auch das ihrer Eltern, also der EinwandererInnen selbst. Das ist möglicherweise der Hintergrund der beharrlich großen Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Leben. Die Frage danach wird von Statistik Austria jedes Jahr in den EU-SILC-Erhebungen gestellt. Mit dem Leben „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ zeigten sich in Vorarlberg im Durchschnitt 2008 bis 2010 83 % der Bevölkerung ab 16 Jahren, die in Österreich oder einem anderen EU-15- beziehungsweise EFTA-Staat geboren wurden, aber nur 51 % der außerhalb von EU-15 und EFTA Geborenen.

Bildung und Bildungsverwertung

Das Einwanderungsrecht wurde in Österreich seit 2005 sozial selektiv ausgerichtet. Der Familiennachzug zu weniger wohlhabenden Haushalten wurde faktisch abgewürgt, wie das zur gleichen Zeit auch Dänemark und die Niederlande taten. Gleichzeitig wurde zunehmend versucht, die Niederlassung sozial schwächerer EinwandererInnen wieder

rückgängig zu machen und für sie das Risiko zu erhöhen, das Aufenthaltsrecht zu verlieren. Der Neuzuzug von außerhalb der EU/EFTA-Staaten wurde auf Personen mit besonderen Ausbildungen eingeschränkt. Das 2011 eingeführte Punktesystem hält an dieser Ausrichtung fest.

Diese Neuausrichtung funktioniert nur begrenzt als Einschränkung. Denn das Einwanderungsrecht kann ohne massive Verletzung der Menschenrechte und des Unionsrechts nur einen kleinen Teil der Einwanderung regeln. 2011 zogen rund 114.000 Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft nach Österreich zu. Das waren mehr als in jedem anderen der letzten 20 Jahre. Darunter waren 14.000 Asylwerber; 71.000 hatten eine Unionsbürgerschaft. Und unter den restlichen 29.000 waren viele Angehörige österreichischer oder anderer EU-Staatsangehöriger, deren Zuzug zwar administrativ behindert, aber letztlich nicht verhindert werden kann. Die Selektionsabsicht greift hier nirgends. Sie funktioniert aber dennoch, und zwar als Diskriminierung der sozial schwachen eingewanderten Familien. Weil ihnen seit 2005 auch die Einbürgerung erschwert worden ist, können sie kaum mehr einen Familiennachzug organisieren.

Einwanderung mit hohen Qualifikationen, die nicht direkt auf einen ebenso hoch qualifizierten Arbeitsplatz führt, ist mit einem enormen Risiko verbunden. Denn bei der ersten Berührung mit dem österreichischen Arbeitsmarkt stellen sich im Ausland erworbene Qualifikationen als nicht anerkannt und nicht verwertbar heraus. Darauf folgt in der Regel ein 08/15-Deutschkurs und eine Qualifizierungsmaßnahme durch das AMS, die faktisch eine Dequalifizierungsmaßnahme ist, weil sie Ärztinnen zu Krankenpflegerinnen und Diplomingenieure zu Handwerkern macht. Dies ist den das AMS steuernden Sozialpartnern auch durchaus bewusst. Dazu muss man wissen, dass mittlere Ausbildungen, wie eben Krankenpflegerin und Handwerker, etwa 55 % der österreichischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zuteil geworden sind und dass das ganze Beschäftigungs- und Arbeitsmarktwesen auf dieses Niveau ausgerichtet ist. Man sieht auch an den Daten sehr deutlich, dass mittlere Ausbildungen aus dem Ausland mit relativ gutem Beschäftigungserfolg einhergehen, während höhere Ausbildungen ebenso wie niedrige pönalisiert werden. Das mittlere Einkommen von EinwandererInnen mit Universitätsabschluss und 40-Stunden-Woche liegt in Österreich in der Nähe des mittleren Einkommens der nicht eingewanderten Bevölkerung mit Lehr- oder Fachschulabschluss. Das gilt für beide Geschlechter.

Das Dilemma besteht aber darin, dass rund 33 % der EinwandererInnen der letzten 15 Jahre, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter gewesen sind und die heute noch in Vorarlberg leben, Bildung von der Matura aufwärts und etwa 37 % Abschlüsse nach zehn oder elf Schulstufen mitgebracht haben.



Geringe Bildung mit nach Österreich zu bringen, ist keine schlechte Idee. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind zwar nach österreichischen Maßstäben nicht gut, aber häufig besser als in der Herkunftsregion, und das Einkommen unterscheidet sich wenig von Beschäftigten mit in Österreich erworbener geringer Bildung. Je höher aber die mitgebrachte Bildung, desto größer wird der Einkommensunterschied zu Beschäftigten, die die gleiche Bildung in Österreich absolviert haben.

Geringe Bildung ist unter der seinerzeitigen Gastarbeiterbevölkerung verbreitet. Von der heute noch in Vorarlberg lebenden Bevölkerung aus der Gastarbeiterzeit, die bei Aufenthaltsbeginn schon dem Pflichtschulalter entwachsen war, haben 19 % keinen Pflichtschul- und weitere 48 % nur einen Hauptschulabschluss, zusammen also etwa 67 %. Das ist im österreichischen Vergleich ein ungewöhnlich hoher Anteil. Entweder sind jene, die mehr Bildung hatten, zwischenzeitlich wieder weggezogen, oder dieses Niveau entsprach den Anforderungen der Betriebe.

Allerdings handelt es sich dabei um nur rund 13.000 der insgesamt rund 46.000 Personen, die bei der Einwanderung mindestens 15 Jahre alt und daher nicht mehr schulpflichtig gewesen sind. Die Einwanderung nach der Gastarbeiterphase, aus der Zeit von 1985 bis 1997, beläuft sich heute auf etwa 14.500 Personen und weist einen Anteil von 47 % mit geringer Bildung auf. Bei den ab 1998 eingewanderten 18.700 Personen beträgt dieser Anteil, wie erwähnt, nur mehr 24 %. Im Gegenzug wuchs der Anteil an Personen mit mittlerer Bildung von anfangs 21 % auf zwischenzeitlich 26 % und später auf 37 %, und jener mit höherer Bildung von 3 % auf 16 % und auf 33 %. 8 % der frühen, 11 % der mittleren und 6 % der späten EinwandererInnen machten erst nach der Einreise ihren bisher höchsten Abschluss im formalen Bildungs- und Ausbildungswesen.

Bevölkerung Vorarlbergs, die im Ausland geboren wurde und bei Aufenthaltsbeginn mindestens 15 Jahre alt war, nach der mitgebrachten Bildung und dem Jahr des Aufenthaltsbeginns, Jahresdurchschnitt 2011

Zuwanderungs- zeitraum	kein Abschluss		Hauptschule		mehr als HS, nicht Matura		ab Matura		Ausbildung ab 15 in AT		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1956 - 1984	2.543	20 %	6.270	48 %	2.781	21 %	420	3 %	1.050	8 %	13.064	100 %
1985 - 1997	1.484	10 %	5.521	37 %	3.809	26 %	2.292	16 %	1.544	11 %	14.650	100 %
seit 1998	563	3 %	3.878	21 %	6.969	37 %	6.200	33 %	1.127	6 %	18.736	100 %
Gesamt	4.590	10 %	15.669	34 %	13.559	29 %	8.912	19 %	3.720	8 %	46.450	100 %

Quelle: eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus der Statistik Austria

Erhöhte Armutsbedrohung

Für EinwandererInnen gibt es demnach mehr als einen Weg in die Armutsgefährdung. Der eine führt über geringe Bildung zu schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt und zu niedrigen Einkommen. Der andere führt über mittlere oder höhere Bildung zu zwar besseren Beschäftigungschancen, aber trotz vorhandener Bildung oder Ausbildung häufig in gering qualifizierten und daher weniger gut entlohnenden Tätigkeiten ohne Aufstiegsperspektive. Daher befindet sich ein deutlich größerer Teil der eingewanderten Haushalte als der altansässigen in einer schwierigen finanziellen Lage mit allen Folgen, die das hat.

In Vorarlberg gibt es rund 130.000 Haushalte, die nicht eingewandert sind, oder wenn eingewandert, dann aus EU/EFTA-Staaten. Davon kommen der eigenen Einschätzung nach 58 % leicht oder sehr leicht mit dem Geld aus. Von den 20.300 Haushalten, die von außerhalb der EU/EFTA-Staaten eingewandert sind, kommen aber nur 30 % leicht oder sehr leicht mit dem Geld aus. Schwierigkeiten oder große Schwierigkeiten hatten 10 % der einen, aber 37 % der anderen. Besonders groß waren die Herausforderungen für die Haushalte aus der Türkei. Fast die Hälfte gab an, nur mit Schwierigkeiten oder mit großen Schwierigkeiten finanziell zurechtzukommen.

Den Hintergrund dieser Situation bilden die großen Einkommensunterschiede. Der durchschnittliche Vorarlberger Haushalt aus den EU/EFTA-Staaten einschließlich Österreichs hatte 2007 bis 2009 – Daten zum Haushaltseinkommen sind stets mehrere Jahre alt – ohne Sozialleistungen ein Einkommen von netto rund Euro 37.000 pro Jahr. Der durchschnittliche Haushalt von außerhalb der EU/EFTA-Staaten erzielte aber nur rund Euro 25.400, also wenig mehr als zwei Drittel (69 %) des Betrags der EU/EFTA-Haushalte. Sozialleistungen gleichen die Differenz zum Teil aus. Mit ihnen zusammen betragen die durchschnittlichen Einkommen Euro 40.500 und Euro 32.200. Letzteres sind 80 % des Ersteren. Der teilweise Ausgleich durch Sozialleistungen wäre nicht in diesem Ausmaß nötig, wenn die Einkommenschancen fairer verteilt wären. Hier sind die Sozialpartner gefordert.

Da die Haushalte unterschiedlich groß sind, stünde selbst bei gleichem Einkommen unterschiedlich viel Geld pro Person zur Verfügung. Die Haushalte unterscheiden sich aber nicht nur in der Größe, sondern auch in der Zusammensetzung. Um sowohl der Größe als auch der Zusammensetzung gerecht zu werden, führt man eine sogenannte Äquivalisierung (Bedarfsgewichtung) durch. Das heißt, man rechnet die Zahl der Personen im Haushalt in Erwachsenenäquivalente um. Der durchschnittliche aus den EU/EFTA-Staaten einschließlich Österreichs stammende Haushalt besteht aus 2,5 Personen, die 1,6 Erwachsenenäquivalente ergeben; der durchschnittliche von außerhalb der EU/EFTA-



Staaten stammende Haushalt aus 3,2 Personen, die 2,0 Erwachsenenäquivalente ergeben.

Dividiert man das Haushaltseinkommen durch die Erwachsenenäquivalente, so erhält man das äquivalisierte Nettojahreseinkommen. Dieses ergibt einen relativ guten Hinweis darauf, wie gut der Haushalt lebt. Es wird daher auch oft als „Lebensstandard“ bezeichnet (und darf keinesfalls mit „Lebensqualität“ verwechselt werden).

Wie sich zeigt, stehen in Vorarlberg in Haushalten aus den EU/EFTA-Staaten einschließlich Österreichs durchschnittlich Euro 24.700 pro Erwachsenenäquivalent zur Verfügung, im durchschnittlichen Haushalt von außerhalb der EU/EFTA-Staaten aber nur Euro 16.100. Letzteres sind nur 65 % des Ersteren. Die große Differenz entsteht speziell auch durch das Fehlen sehr hoher Einkommen unter den Einwanderinnen und Einwanderern. Vergleicht man nämlich statt des Durchschnitts der Haushalte die mittleren Haushalte, so liegen sie weniger weit auseinander. Dort steht es Euro 20.800 zu Euro 15.600, und Letzteres ist 75 % des Ersteren. Doch selbst das ist ein großer Abstand, der weitreichende Folgen für das Leben der Erwachsenen wie der Kinder in den eingewanderten Haushalten hat.

Armut und Armutsgefährdung sind in eingewanderten Familien folglich weit häufiger anzutreffen als in der übrigen Bevölkerung. Während in Vorarlberg rund 9 % der Bevölkerung, die in Österreich oder anderen EU-15- beziehungsweise EFTA-Staaten geboren wurde, in Haushalten leben, die von Armut bedroht sind, sind es in der Bevölkerung, die außerhalb der EU-15/EFTA geboren wurde, rund 31 %.

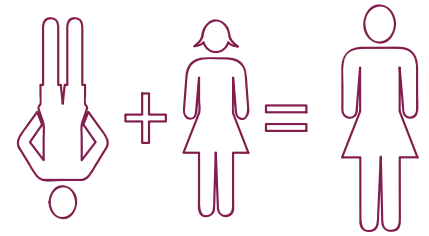
Wie überall in Österreich, so gelingt es auch in Vorarlberg nur selten, sich im Lebensverlauf aus einer nachteiligen Stellung im Beschäftigungssystem herauszuarbeiten. Die Regel in Österreich ist, dass man nicht aus der Kategorie herauskommt, in der man, aus welchem Grund auch immer, irgendwann gelandet ist. Das gilt verstärkt für Einwanderinnen und Einwanderer.

Die einzige reale Chance für eingewanderte Familien liegt im Generationswechsel, nämlich dass den Kindern gelingt, was den Eltern versagt blieb. Im Bildungswesen kann man, wie weiter oben schon erwähnt, bereits sehen, dass dies nach und nach gelingt und dass es in der dritten Generation vollständig gelungen sein wird. Bis dahin sind es aber noch einige Jahrzehnte. Zwischenzeitlich hat aber die "zweite Generation", speziell auch ihr weiblicher Teil, auf allen Bildungsebenen noch mit deutlichen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen. Hier Gerechtigkeit herzustellen, wäre ein wesentlicher Beitrag, besonders der Sozialpartner, zur Lebensqualität in Vorarlberg.

Literatur

Winkler, Jürgen R. (2003): Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa. Befunde einer international vergleichenden Studie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B26, S. 33-38; www.bpb.de/publikationen/NBAFT3,0,0,Umgang_mit_Migrantinnen_und_Migranten.html [11.07.2011]

Wodak, Ruth / van Dijk, Teun A. (Hg.) (2000): Racism at the Top: Parliamentary Discourses on Ethnic Issues in Six European States. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag



Spannungsfeld Bildung – Stresstest für Familien

Eva Häfele

Bildung gilt heute als der Schlüsselfaktor für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und für sozialen Aufstieg – sie ist sozusagen das Nadelöhr, durch das alle hindurch müssen. Eltern und Kinder geraten deshalb in vielerlei Hinsicht immer wieder unter Druck:

- o an Übergängen, wenn es um Entscheidungen über den Bildungs- oder Ausbildungsverlauf geht;
- o finanziell, wenn die schulischen und außerschulischen Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen bestmöglich unterstützt werden sollen;
- o beim finanziellen Aufwand für die Nachhilfe bei mangelndem Schulerfolg;
- o beim Zeitaufwand der Eltern für die Teilnahme an diversen schulischen Aktivitäten;
- o in der Erfahrung der Spannung zwischen hohen Anforderungen an die Unterstützungskapazität der Eltern und ihren geringen Leistungsmöglichkeiten;
- o in überzogenen Erfolgserwartungen im Hinblick auf die schulische Laufbahn der Kinder;
- o bei der Suche eines geeigneten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes nach einem gelungenen Bildungsabschluss;
- o wenn kein oder ein schlechter Bildungsabschluss es verhindert, dass Jugendliche überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Schlüsselfaktor Bildung

Es gibt in Österreich eine Reihe statistisch feststellbarer Korrelationen zwischen erreichtem Bildungsabschluss und sozialer Lage. So sind Erwerbstätige mit maximal Pflichtschulabschluss mehr als doppelt so stark armutsgefährdet wie solche mit einer Lehre oder mit einer mittleren und höheren Schule (BMASK, Textband, 2011, S. 46). Bei dauerhaft (das heißt mindestens drei Jahre) Armutsgefährdeten besteht ebenfalls ein erkennbarer Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss: 15 % aller Personen mit maximal Pflichtschulabschluss fallen in diese Gruppe, während es in der gesamten Bevölkerung nur 6 % sind (BMASK, Tabellenband, 2011, S. 77).

Auch Arbeitslosigkeit betrifft Menschen mit geringer Bildung stärker: Von den in Vorarlberg im Jahre 2011 vorgemerkten Arbeitslosen hatten 8,7 % überhaupt keine abgeschlossene Pflichtschule, 39,2 % lediglich einen Pflichtschulabschluss und 34,5 % einen Lehrabschluss (VLR, 2012, S. 37). Der Anteil arbeitsloser Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss war also fast dreimal so hoch wie der Anteil dieser Personengruppe an den gesamten Erwerbstätigen (Statistik Austria, 2011, S. 282).

Umgekehrt verbessern höhere Bildungsabschlüsse die Einkommenssituation: In Österreich ist das mittlere Bruttojahreseinkommen von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten bei

einem Lehrabschluss am höchsten; die zweithöchsten Einkommen erzielen Personen mit Universitätsabschlüssen, gefolgt von AbsolventInnen höherer Schulen (Rechnungshof, 2011, S. 95; BMASK, Tabellenband, 2011, S. 95).

Eingeschränkte Bildungsmobilität

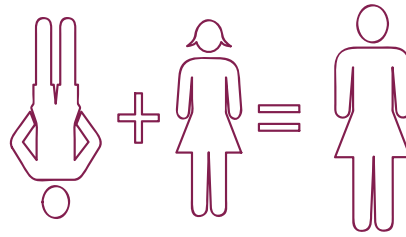
In Österreich zeichnet sich seit Jahren ein Trend zur Höherqualifizierung ab: 2009 hatte rund ein Drittel der jungen Erwachsenen einen formal höheren Bildungsabschluss erreicht als ihre Eltern und damit einen Bildungsaufstieg vollzogen (Knittler, 2011, S. 256). Der Bildungshintergrund der Eltern bestimmt jedoch nach wie vor die Bildungschancen der Kinder. Nur 5 % der Jugendlichen, deren Eltern maximal Pflichtschulabschluss aufweisen, erreichen einen akademischen Abschluss – im Vergleich zu 41 %, wenn die Eltern einen akademischen Abschluss haben. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben, haben einen geringen Bildungserfolg (Knittler, 2011, S. 256). Die soziale Lage der Eltern spiegelt sich also in der Selektivität des österreichischen Schul- und Ausbildungssystems wider. Wer ausreichend Bildungskapital von zuhause mitbringt, ist in der Schule viel eher erfolgreich als die weniger privilegierten Gleichaltrigen.

Basis Bildungskapital

Das österreichische Schulsystem fordert somit Leistungen von Seiten der Familien, die es selbst nicht erbringt: nämlich eine gute Ausstattung mit „Bildungskapital“ – in finanzieller, kultureller und sozialer Hinsicht. Wirtschaftlich starke, gebildete und gesellschaftlich gut vernetzte Eltern haben im Durchschnitt auch die schulisch erfolgreicher Kinder. Die Eltern stehen also unter dem Druck, ihr Bildungskapital effizient einzusetzen oder es gar erst aufzubauen. Dies erfordert sowohl Kapazität für Erziehungsarbeit und Lernhilfe als auch die Bereitstellung materieller Ressourcen, dabei nicht zuletzt die Schaffung eines für das Lernen geeigneten Wohnraums. Zumal die erforderliche Lernhilfe und Betreuung wirft für Eltern – konkret: meist Mütter – Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf.

Wo dieses Bildungskapital – auch unter dem Druck von Seiten der Schule – bereitgestellt werden kann, wandelt sich die Eltern-Kind-Beziehung stark zu einer Schul- und Bildungsbeziehung mit Förderung, Nachhilfe, Hausaufgabenhilfe etc.

Andererseits stellt sich in Familien mit geringem oder keinem Bildungskapital der Schulalltag als Sisyphusarbeit dar – nämlich als ständiger Versuch, Herausforderungen zu begegnen, die die Familie alleine nicht bewältigen kann. Hier häufen sich Lernschwächen, gesundheitliche Störungen und Verhaltensauffälligkeiten der Kinder (Braun, 2011, S. 19).



Wo sind die „Druckstellen“ im Bildungssystem?

Im folgenden Abschnitt wird untersucht, wo im Bildungsbereich Druck auf Familien entsteht, wo sich dieser empirisch messen lässt und wo man Drucksituationen aus guten Gründen zumindest vermuten kann.

Unvorbereitet auf den „PISA-Schock“

Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Wahrnehmung hat das Vorarlberger Bildungssystem im Vergleich zum OECD-Durchschnitt, aber auch zu Österreich insgesamt, eine Reihe von Schwachstellen aufzuweisen. Deutlich wurde das durch die Bundesländerauswertung von PISA 2009. Insgesamt nahmen in Vorarlberg 1.450 SchülerInnen im Alter von 15 bis 16 Jahren an dieser Erhebung teil (BIFIE, 2010, S. 9) – mit ernüchternden Ergebnissen: Nur 4 % der SchülerInnen gehören zur Lese-Spitzengruppe (Österreich: 5 %, OECD: 7 %). Die Risikogruppe hingegen, die gegen Ende der Pflichtschulzeit nur sehr unzureichend sinnerfassend lesen kann, umfasst bei uns 29 % (Österreich: 28 %, OECD: 19 %) – darunter 35 % der Burschen und 21 % der Mädchen (BIFIE, 2010, S. 17, 19).

Bei Mathematik zählten 23 % zur Risikogruppe; das entspricht dem Österreich- und dem OECD-Schnitt (BIFIE, 2010, S. 25 f.). Im Bereich Naturwissenschaften liegt Vorarlberg mit einer Risikogruppe von 21 % über dem OECD-Schnitt von 18 %, jedoch im österreichischen Durchschnitt (Bifie, 2010, S. 31, 33). 2012 hat Vorarlberg mit dem Hinweis auf die erstmalig durchgeführte bundesweite Erhebung der Bildungsstandards auf eine Einzelauswertung verzichtet.

Umgang mit Leistungsdruck

Die Größe der Risikogruppen verrät freilich nicht, wie Eltern und SchülerInnen mit unzureichenden Schulleistungen umgehen. Hier können die Erfahrungen aus dem Lerncafé der Caritas in Lustenau herangezogen werden. Das Lerncafé ist für die Kinder und Jugendlichen nicht nur ein Ort der Bildung, sondern auch ein stützendes und schützendes soziales Umfeld.

Grundsätzlich setzen unzureichende Schulleistungen Kinder unter Druck, unabhängig von der Bildungsferne oder Bildungsnähe des Elternhauses. SchülerInnen sehen schlechte Noten als Zeichen der eigenen Unzulänglichkeit und des Versagens, auch wenn sie dies nicht immer zugeben. Die Gefahr des „Sitzenbleibens“ bedrückt einige ganz besonders. Gelernt wird in erster Linie, um „durchzukommen“, und kaum jemals aus Interesse. Die BetreuerInnen beobachten bei Kindern als Reaktion auf den Leistungsdruck immer wieder Verhaltensauffälligkeiten. Dazu kommt in manchen Fällen das Mobbing leistungsschwächerer Kinder durch SchulkollegInnen. Die Eltern, die mit dieser Situation meist überfordert sind, reagieren häufig mit Streit und mit Bestrafung der Kinder.

Familiäre Lernbegleitung

Von den Eltern wird – auch dies als Einbringung von Bildungskapital – die Lernbegleitung ihrer Kinder erwartet. Drei Viertel der Vorarlberger Eltern lernen zumindest gelegentlich mit ihren Kindern und kontrollieren deren Hausaufgaben. Mehr als die Hälfte (54 %) ist mehrmals in der Woche damit beschäftigt (AK Vorarlberg, 2012).

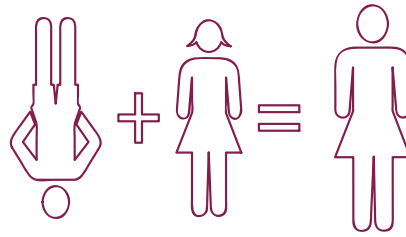
Wie die Erfahrungen des Lerncafés der Caritas zeigen, sind Eltern mit nichtdeutscher Muttersprache in allen Fächern mit dieser Aufgabe überfordert, weil sie weder die Deutsch- noch die Inhaltskompetenzen haben. Auch die älteren Geschwister sind auf Grund ähnlicher sprachlicher Defizite nicht wirklich in der Lage, Lernbegleitung zu geben. Dazu kommt die meist ganztägige Berufstätigkeit der Eltern. Dadurch sind die Kinder am Nachmittag oft sich selbst überlassen, und Schulaufgaben werden häufig erst am Abend erledigt. Außerdem fehlt in vielen Fällen ein ruhiger Platz in der Wohnung, um die Hausaufgaben zu machen. Trotzdem wünschen die meisten Eltern gute schulische Leistungen ihrer Kinder.

„Kostenfalle“ Schule

Laut Gesetz ist in Österreich der Besuch einer öffentlichen Schule kostenlos. Dass der Schulbesuch – vom Schuleintritt bis zur Matura und darüber hinaus – aber tatsächlich kostenlos ist, bleibt natürlich eine Fiktion: Schulmaterialien, Fotokopien, der längst erforderliche Computer, Kosten des Internetanschlusses, Ausflüge, Projektwochen, Schikurse, „Wien-Wochen“ oder Sprachreisen belasten die Haushaltskasse. Das macht den Schulbesuch, besonders für einkommensschwache und armutsgefährdete Familien, zu einer „Kostenfalle“. Bildungsentscheidungen sind somit auch von der finanziellen Kapazität der Familien abhängig.

Eine entsprechende Untersuchung im Auftrag der AK Oberösterreich im Schuljahr 2010/2011 brachte Ergebnisse, die zumindest tendenziell auch auf Vorarlberg zutreffen. Die Kosten in den weiterführenden höheren Schulen sind durchschnittlich doppelt so hoch wie in der Pflichtschule. In den weiterführenden Schulen treiben Aufwendungen für größere einmalige Anschaffungen und Schulveranstaltungen (Sprachwochen, Projektwochen, Exkursionen) die Ausgaben in die Höhe. Die österreichweit festgestellten Kosten pro Kind und Schuljahr von rund Euro 2.400 in weiterführenden Schulen und Euro 1.300 in Pflichtschulen sind als Fixkosten zu betrachten, die weitgehend unabhängig vom Einkommen der Eltern anfallen. Sozial schwächere Familien sind deshalb relativ stärker belastet als wohlhabendere Familien (Lentner, 2011, S. 52-59).

Eine andere österreichweite Untersuchung zeigt, dass sowohl türkischstämmige als auch ex-jugoslawische Familien um rund 50 % höhere Ausgaben für Schulmaterialien und per-



sönliche Ausstattungen der Kinder aufweisen als nicht-migrantische Familien. (Lachmayr, 2011, S. 22). Für Vorarlberg gibt es noch keine entsprechenden Detailuntersuchungen.

Finanzielle Unterstützung für Familien in Vorarlberg

Das Land Vorarlberg versucht, der Belastung einkommensschwacher Familien durch Schulkosten mittels finanzieller Unterstützungen gegenzusteuern. Als Unterstützung für die Teilnahme an Schulveranstaltungen in den Pflichtschulen wandte die Landesregierung 2010 rund Euro 50.000 auf (VLR, 2011, S. 79). Über den Landesschulrat können Schulbeihilfen, Heim- und Fahrkostenbeihilfen sowie Unterstützungen für Schulveranstaltungen an AHS und BHS beantragt werden.

Finanzieller Aufwand für Nachhilfe in Vorarlberg

Ein spürbarer Teil der schulbezogenen finanziellen Aufwendungen der Familien entfällt auf Nachhilfe. Dafür gaben Vorarlberger Eltern 2011 einer Erhebung der österreichischen Arbeiterkammern zufolge rund Euro 5 Millionen aus; gegenüber 2010 bedeutet das einen vorübergehenden Rückgang von 0,5 Millionen (AK Vorarlberg, 2012). Die durchschnittliche Gesamtbelastung für Nachhilfe beläuft sich für die davon betroffenen Haushalte in Vorarlberg auf rund Euro 735 pro Jahr. Rund die Hälfte der Eltern fühlt sich durch diese Kosten stark bzw. spürbar belastet.

Bundesweit geben Eltern, deren Kinder die AHS-Unterstufe besuchen, mit Euro 788 pro Schuljahr deutlich mehr für Nachhilfe aus als Eltern von Kindern in der Neuen Mittelschule (Euro 564). Für Vorarlberg sind die Fallzahlen der zitierten Untersuchung zu gering, um eine genaue Unterscheidung zwischen höheren Schulen und Sekundarstufe 1 (Neue Mittelschule) zu treffen.

In Vorarlberg engagieren 43 % der Eltern Lehrkräfte für die Nachhilfe, 23 % überlassen diese einem Nachhilfeinstitut. Die Inanspruchnahme von PädagogInnen für private Nachhilfe steigt gegenwärtig an, die der Institute nimmt ab (AK Vorarlberg, 2012).

Eine bezahlte Nachhilfe können sich vor allem die Familien der mittleren und unteren Einkommensbezieher immer weniger leisten. Der Nachhilfeaufwand nimmt besonders vor dem Übertritt in die nächste Schulstufe und vor dem Übertritt in eine übergeordnete Bildungseinrichtung zu. Österreichweit investieren überproportional viele türkischstämmige Familien – nämlich fast die Hälfte – in die Finanzierung von Nachhilfe und Vorbereitung für Aufnahmetests, um ihre Kinder bei einem Übertritt in einen anderen Schultyp optimal zu unterstützen (Lachmayr, 2011, S. 21).

Weggabelungen: Druck durch (Bildungs-)Laufbahnentscheidungen

Übergänge im Bildungswesen sind aus mehreren Gründen herausfordernde Phasen. Zum einen müssen mit Unsicherheiten behaftete Entscheidungen getroffen werden, die langfristige soziale und arbeitsmarktbezogene Folgen haben. Zum anderen verlangen sie von Kindern und Familien über einen längeren Zeitraum verstärkte Anpassungsleistungen.

Gegenwärtig finden die wichtigsten Bildungslaufbahnentscheidungen in der Regel im 10., im 14. und im 18. Lebensjahr statt. Besonders die beiden frühen Entscheidungen haben einen sehr selektiven Charakter, da sie den Weg in niedrigqualifizierte Tätigkeiten, in die Facharbeit oder in einen akademischen Beruf vorzeichnen. Solche frühen Entscheidungen, die der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes oft noch gar nicht angemessen sind, setzen alle Beteiligten unter Druck.

Neue Mittelschule oder AHS-Unterstufe?

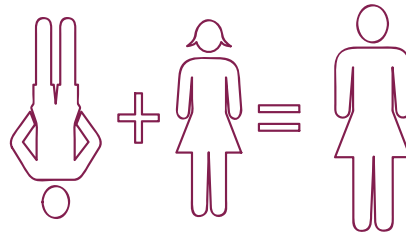
Bei Bildungslaufbahnentscheidungen spielt – nicht nur in Vorarlberg, aber hier deutlich sichtbar – die Sprachzugehörigkeit eine besondere Rolle. Sprachzugehörigkeit wiederum hängt im Zuwanderungsland Vorarlberg eng mit (Unter-)Schichtzugehörigkeit zusammen. Die erste Bildungslaufbahnentscheidung im zehnten Lebensjahr führt SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache bevorzugt in die Hauptschule bzw. die Neue Mittelschule. Während ihr Anteil in den öffentlichen Volksschulen im Schuljahr 2010/2011 28 % betrug, machte er an den öffentlichen AHS-Unterstufen nur noch 10,8 % aus, in den Hauptschulen und Neuen Mittelschulen hingegen 24,9 % (Statistik Austria, 2012, S. 155).

Ausschlaggebend ist die Notengebung im ersten Halbjahreszeugnis der vierten Volksschulklasse. Hier entscheidet sich auch der weitere Bildungsweg. Deswegen wird von sozial starken Eltern häufig Druck auf die PädagogInnen zugunsten einer besseren Benotung ausgeübt, da die meisten AHS nur noch Kinder mit lauter „Sehr gut“ aufnehmen. Dieser Notendruck macht sich oft schon in der dritten Klasse bemerkbar und überschattet dann die restliche Zeit in der Volksschule (Katschnig, 2006, S. 303 f.).

Pflichtschulabschluss – was nun?

Eine weitere bedeutende Bildungslaufbahnentscheidung stellt sich Familien und Jugendlichen nach dem Pflichtschulabschluss: Polytechnische Schule, AHS-Oberstufe, Lehre, BMS oder BHS?

Auch hier korreliert die Sprachzugehörigkeit mit den Laufbahnentscheidungen. An den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) Vorarlbergs sind nur 14 % SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache vertreten. In den Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS)



jedoch sind es immerhin 22,7 %, was schon fast dem Anteil der Jugendlichen mit nicht-deutscher Muttersprache an der gesamten Alterskohorte entspricht. Auffällig ist der extrem niedrige Wert von Lehrlingen mit nichtdeutscher Muttersprache: An den Berufsschulen sind sie mit nur 4,9 % vertreten (354 von 7.297 Personen) (Statistik Austria, 2012, S. 155).

Auswirkungen eines schlechten Pflichtschulabschlusses

Noch schwieriger wird die Lage, wenn ein schlechter Pflichtschulabschluss in Wahrheit gar keine Wahl der Bildungslaufbahn zulässt, weil weder der Aufstieg in eine mittlere oder höhere Schule noch eine Lehrausbildung in Reichweite ist. Hier wird ein Teil der ansonsten als „frühe Bildungsabbrecher“ bezeichneten Jugendlichen in Vorarlberg von Arbeitsprojekten erfasst, die eine Teilqualifizierung oder einen Lehrabschluss ermöglichen.

Das Caritas-Arbeitsprojekt „Startbahn“ gibt solchen Jugendlichen eine Chance: Rund 50 % der hier betreuten Jugendlichen verfügen über keinen oder einen sehr schlechten Pflichtschulabschluss. Dazu kommt eine wachsende Zahl von Jugendlichen mit psychischen Störungen und komplexen Problemlagen, die den Antritt einer Lehrstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt verhindern. Die Erfahrungen des Arbeitsprojektes zeigen auch, dass ein weiterführender Schulbesuch (AHS, BMS oder BHS) von diesen Jugendlichen nicht höher bewertet wird als eine Lehrausbildung. Denn die duale Berufsausbildung hat in Vorarlberg im Vergleich zu anderen Bundesländern einen hohen Stellenwert.

Wenn aber ein früher Bildungsabbruch in die Arbeitslosigkeit führt (und nicht mindestens in einen gut bezahlten Hilfsarbeiter-Job), dann ist das verständlicherweise ein Grund für familiäre Spannungen. Für die Eltern bedeutet das oft das Scheitern ihrer Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg der Kinder.

Die Erfahrungen sowohl im Arbeitsprojekt Startbahn als auch im Lerncafé zeigen, dass ein Bildungsaufstieg für die meisten Jugendlichen in diesen Projekten keinen eigenen Wert darstellt, sondern dass er lediglich ein Mittel für die Verwirklichung von Konsum- und Prestigebedürfnissen ist, die innerhalb der Peer-Gruppen maßgeblich sind. Dadurch fehlen oft Motivation und intellektuelle Kapazität für die Formulierung langfristiger lebensgestaltender Ziele. Hier können Familien durch erhebliche Konflikte zwischen den Konsumbedürfnissen der Jüngeren und den traditionellen Statusvorstellungen der Eltern unter Druck geraten.

Welche Trends und Perspektiven sind erkennbar?

Es ist offensichtlich, dass der Bildungsdruck, gerade auch in Vorarlberg, steigt. Denn die klassischen Hilfsarbeitertätigkeiten sind entweder weggefallen oder sie werden mit neuen Anforderungen an „Soft-Skills“, wie Selbstorganisation, Teamfähigkeit, Zeit- und Qualitätsmanagement, Berichtsfähigkeit usw., aufgeladen – allesamt Kompetenzen, die in hohem Maße vom elterlichen Bildungskapital und nicht unbedingt vom gegenwärtigen Schulsystem gefördert werden.

SchülerInnen aus sozial schwächeren und bildungsfernen Familien werden dadurch zunehmend an den Rand gedrängt. Insgesamt entsteht eine immer größere Spannung zwischen dem herrschenden Bildungsdruck und den entsprechenden Ressourcen der Familien. Diese Spannung wird nur dann verringert werden können, wenn neue Schulangebote – Stichworte: Ganztagschule und Nachmittagsbetreuung – das nicht vorhandene Bildungskapital vieler Familien ersetzen. Jetzt schon stellt sich heraus, dass zum Beispiel die Nachfrage nach einem Platz im Lerncafé der Caritas enorm ist. Außer in Lustenau besteht in sechs weiteren Gemeinden ein großes Interesse, solche Lerncafés zu eröffnen, wobei freilich die Hürden der Finanzierung erheblich sind.

Die Ausbildungs- und Arbeitsprojekte werden auch in Zukunft zunehmend nachgefragt werden. Angesichts des wachsenden Facharbeitermangels in Vorarlberg müssen mehr Möglichkeiten nachholender Schul- und Ausbildungsabschlüsse geschaffen werden.

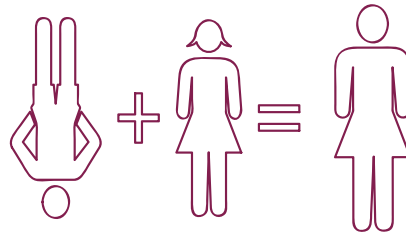
Nicht zu vergessen sind jene sozial oder kulturell (auch sprachlich) randständigen Familien, deren Kinder Bedarf an solchen Einrichtungen haben, die aber gegenwärtig von diesen Angeboten gar nicht erreicht werden. Um diesen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive in Beruf und Gesellschaft zu eröffnen, sind nicht nur deren Familien unter Druck – sondern wir alle.

Literatur

Arbeiterkammer Vorarlberg (2012): Nachhilfe 2012. Feldkirch

BIFIE – Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens (Hg.) (2010): PISA 2009. Erste Ergebnisse aus Vorarlberg. Lesen, Mathematik, Naturwissenschaft. Salzburg

Besonders möchte ich Karoline Mätzler, Margaritha Matt, Susanne Hagen, Markus Deutschmann und Herwig Schreiber von der Caritas Vorarlberg danken. Ihre vielfältigen Praxiserfahrungen aus dem Lerncafé und dem Arbeitsprojekt „Startbahn“ haben in den vorliegenden Text Eingang gefunden.



BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Textband. Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Wien

Braun, Daniel (2011): Eltern unter Druck: Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebensverhältnissen. Erfurt: Konrad-Adenauer-Stiftung; www.kas.de/erfurt/de/publications/22179/ [6.6.2012]

Caritas Österreich (2011): Gute Bildung. Bessere Zukunft für unsere Kinder! Forderungsprogramm der Caritas für ein sozial nachhaltiges Bildungssystem. Wien

Katschnig, Tamara / Hanisch, Günter (2006): Die Lehrerrolle an der Nahtstelle zwischen Volksschule und weiterführender Schule (Haupt- bzw. Mittelschule und AHS). In: Erziehung und Unterricht, März/April 3–4/06, S. 302–312

Knittler, Käthe (2011): Intergenerationale Bildungsmobilität. Bildungsstruktur junger Erwachsener im Alter von 15 bis 34 Jahren im Vergleich mit jener ihrer Eltern. In: Statistik Austria – Statistische Nachrichten 4/2011, S. 252-265

Lachmayr, Norbert / Leitgöb, Heinz / Bacher, Johann (2011): Expertise zur sozialen Selektion beim Bildungszugang: Schwerpunkt Migration. Im Auftrag der AK Wien. Wien: Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung

Lentner, Marlene / Hiesmair, Manuela (2011): Was kostet die Schule? Studie zu den Schulkosten in Oberösterreich (Schuljahr 2010/2011). Linz

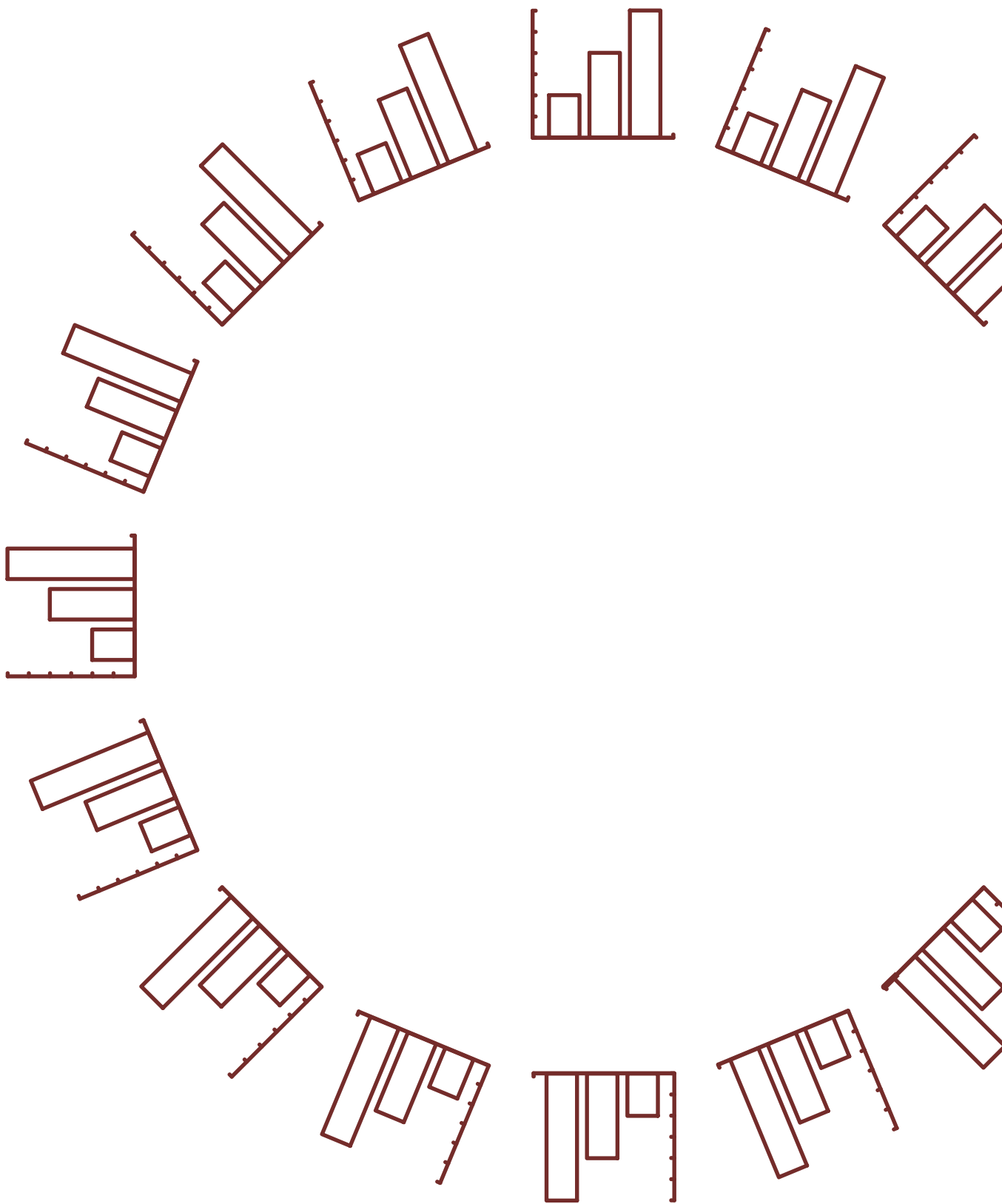
Rechnungshof (Hg.) (2010): Bericht des Rechnungshofs. Einkommen 2010/11. Wien

Statistik Austria (Hg.) (2012): Bildung in Zahlen 2010/11. Tabellenband. Wien

VLR – Amt der Vorarlberger Landesregierung (2011): Rechenschaftsbericht an den Vorarlberger Landtag über das Jahr 2010. Bregenz

VLR – Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik (2012): Vorarlberger Arbeitsmarkt Mai 2012. Bregenz

Ziegler, Albert / Alan, Murat (2011): Bildungskapital – eine ergänzende Perspektive auf Leistungsexzellenz. In: news&science. Begabtenförderung und Begabungsforschung. ÖZBF – Österreichisches Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung, Nr. 28/Ausgabe 2, 2011, S. 25-27



Teil 3

Statistik-Wegweiser zu Vorarlberg

Internetquellen

- Übersichten
- Bevölkerung
- Arbeitsmarkt
- Bildung und Qualifikation
- Einkommen und Armutsgefährdung
- Wohnen
- Datenbanken

Statistische Grundinformationen zur sozialen Entwicklung in Vorarlberg

- Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2011
- (Register-)Arbeitslosenquoten bis 29 Jahre, jeweiliger Jahresdurchschnitt
- Nettomonatseinkommen unselbständig Erwerbstätiger nach Bundesland und Geschlecht – Jahresdurchschnitt 2010
- Beschäftigungsform der BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Vorarlberg
- Entwicklung der Fallzahlen und Nettoausgaben der offenen Sozialhilfe bzw. bedarfsorientierten Mindestsicherung in Vorarlberg 2000 bis 2011
- NotstandshilfebezieherInnen in Vorarlberg: Gesamtzahlen 2009 bis 2011
- Hauptwohnsitzwohnungen 2011 nach Bundesländern: Ausstattungskategorie, Rechtsverhältnis
- Verschuldungsquote und Verschuldungshöhe von Haushalten sowie Durchschnittverschuldung, wenn eine Verschuldung vorliegt (2008)
- Einwohnerinnen und Einwohner in Vorarlberg ab 55 Jahren
- Pensionistinnen und Pensionisten in Vorarlberg nach Altersgruppen, 2010
- Zeitreihe: Pensionistinnen und Pensionisten in Vorarlberg 2005 bis 2010
- Alter der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Daueraufnahme in Pflegeheimen 2010

Wer statistische Informationen zu Vorarlberg erschließen möchte, findet hier Hinweise auf relevante Datenquellen. Im Anschluss finden Sie ausgewählte Statistiken, die für das Thema des vorliegenden Bandes relevant sind.

Da Websites oft sehr lange Adressen aufweisen, die sich zudem noch gelegentlich ändern können, geben wir hier neben der jeweiligen Homepage nur die Pfade an. Die zum Download angebotenen, zum Teil umfangreichen PDF-Dokumente sind ausnahmslos mittels des PDF-Readers (Adobe, Foxit usw.) suchbar, z.B. mit dem Stichwort „Vorarlberg“.

Internetquellen

Übersichten

Statistikpool Vorarlberg

Der „Statistikpool Vorarlberg“ versammelt möglichst viele Datenquellen zu allen wesentlichen Bereichen und verlinkt auf die Ausgangswebsites. Diese Quellensammlung eignet sich sehr gut, um rasch einen umfassenden Überblick über das vorhandene Datenmaterial zu gewinnen.

Quelle: www.vorarlberg.at / Geschichte & Statistik / Landesstatistik / Statistikpool Vorarlberg

Rechnungsabschlüsse des Landes Vorarlberg

In den jährlichen Rechnungsabschlüssen werden Einnahmen und Ausgaben des Landes aufgegliedert.

Quelle: www.vorarlberg.at / Finanzen & Abgaben / Finanzen / Landesbudget

Spezielle Daten und Berichte der Abteilungen der Landesverwaltung

In den einzelnen Abteilungen der Landesregierung werden jeweils spezifische Daten und zusammenfassende Berichte bereitgestellt: zum Beispiel der Frauensituationsbericht, der Psychiatriebericht oder der Sozialbericht bzw. Daten zu Pflege und Betreuung oder zur Grundversorgung hilfs- und schutzbedürftiger Fremder.

Quelle: www.vorarlberg.at / Presse & Aktuelles / Publikationen

Sozial- und Gesundheitsinformation Vorarlberg

Dies ist eine 21 Themenbereiche umfassende Datenbank mit Adressen und Leistungen einschlägiger Institutionen des Sozial- und Gesundheitsbereichs in Vorarlberg. Sie ist

kostenfrei zugänglich und wird von der zuständigen Stelle in Schloss Hofen laufend gewartet. Sie verweist auch auf relevante externe Datenquellen.

Quelle: www.sozialinfo.or.at

Bevölkerung

Bevölkerungsstatistik des Landes Vorarlberg

Diese Statistik liefert aktuelle Daten der vierteljährlichen Verwaltungszählung mit anschließender Jahresauswertung. Die Landesstelle für Statistik erhebt vierteljährlich, jeweils zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember, die EinwohnerInnen des Landes nach Nationalität, nach Art des Wohnsitzes und nach Gemeinden.

Quelle: www.vorarlberg.at / Geschichte & Statistik / Landesstatistik

Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria

Die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria stellt Angaben zu Zahl und Struktur der österreichischen Bevölkerung (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburten und Todesfälle, Wanderungsbilanzen) zur Verfügung.

Quelle: www.statistik.at / Bevölkerung

Familien- und Haushaltsstatistik

Diese umfassende Statistik erscheint jährlich. Sie liefert auch Daten zu Familien und Haushalten in Vorarlberg, zu Erwerbstätigkeit und zu Erwerbsausmaßen ihrer Mitglieder.

Quelle: www.statistik.at / Bevölkerung / Haushalte, Familie, Lebensformen / Familien

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Hier handelt es sich um ein Sondermodul der Arbeitskräfteerhebung 2010.

Quelle: www.statistik.at / Soziales / Genderstatistik / Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktsituation in Vorarlberg

Die Ausgabe des regionalen Arbeitsmarktberichts beinhaltet wichtige Kennzahlen zum Vorarlberger Arbeitsmarkt sowie zu regionalen Entwicklungen des Arbeitskräfteangebots und der -nachfrage einschließlich der Arbeitslosenzahlen.

Quelle: www.vorarlberg.at / Geschichte & Statistik / Landesstatistik / Arbeitsmarkt

Lehrlingsstatistik der Wirtschaftskammer Vorarlberg

Die WVK sammelt hier sämtliche relevanten Informationen zu den Lehrlingen in den einzelnen Branchen und zu den Ergebnissen der jährlichen Abschlussprüfungen.

Quelle: www.wkv.at / Bildung und Lehre / Lehre: Lehrlingsausbildung in Österreich / Lehrlingsstatistik

Arbeitsmarkt in Österreich

Die Arbeitsmarktstatistik liefert Informationen zu Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften. Für Vorarlberg relevant sind die regionalen Arbeitsmarktdaten.

Quelle: www.statistik.at / Arbeitsmarkt

Arbeitskräfteerhebung, Ergebnisse des Mikrozensus

Die Arbeitskräfteerhebungen im Zuge der vierteljährlichen Mikrozensus der Statistik Austria werden in Jahresbänden veröffentlicht, die auch detailliertes Material zur Struktur der Vorarlberger Beschäftigten enthalten.

Quelle: www.statistik.at / Publikationen & Services / Publikationskatalog / Arbeitsmarkt

Bildung und Qualifikation

Kindertagesheimstatistik Vorarlberg

Diese Statistik erscheint jährlich, mit Daten zur vorschulischen Kinderbetreuung und zur Schülerbetreuung.

Quelle: www.vorarlberg.at / Statistik / Bildung

Schulstatistik Vorarlberg

Auch die Schulstatistik erscheint jährlich und enthält Daten zu Schülerinnen und Schülern nach Schultypen und Klassen.

Quelle: www.vorarlberg.at / Statistik / Bildung

Bildungsstatistik Österreich

Die Bildungsstatistik der Statistik Austria enthält bundesländerbezogene Daten zum formalen Bildungswesen.

Quelle: www.statistik.at / Bildung

PISA-Erhebungen

2009 wurde im Zuge der PISA-Studien eine Sondererhebung in Vorarlberg mit einer erweiterten Stichprobe vorgenommen (PISA 2009 – Erste Ergebnisse aus Vorarlberg. Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft).

Quelle: www.bifie.at / Download von Materialien & Publikationen / PISA

Einkommen und Armutsgefährdung

Allgemeiner Einkommensbericht

Dieser Bericht wird jedes zweite Jahr im Auftrag des Bundesrechnungshofes erstellt und bezieht sich jeweils auf die beiden vorangegangenen Jahre. Er bietet Statistiken der Einkommen aller unselbständig Erwerbstätigen (v.a. gegliedert nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen), aller selbständig Erwerbstätigen (u.a. gegliedert nach Branchen) und aller PensionistInnen (v.a. gegliedert nach Pensionsarten und -versicherungsträgern) in Österreich.

Quelle: www.statistik.at / Soziales / Personen-Einkommen / Allgemeiner Einkommensbericht

EU-SILC – Erhebung zu den Einkommen und Lebensbedingungen

EU-weit wird jährlich eine umfassende Erhebung zu Armut und sozialer Eingliederung der Bevölkerung durchgeführt (European Community Statistics on Income and Living Conditions / EU-Erhebung zu den Einkommen und Lebensbedingungen). Diese Untersuchung enthält auch vorarlbergrelevante Daten wie die Armutsgefährdungsquote, Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen, Haushaltseinkommen etc. Für viele vorarlbergbezogene Auswertungen ist aber die Anzahl der befragten Haushalte zu klein und das Ergebnis daher mit statistischen Unsicherheiten behaftet.

Quelle: www.statistik.at / Soziales / Armut und soziale Eingliederung

Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik

In der integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik werden Daten zur Einkommensteuer und zur Lohnsteuer der unselbständig Erwerbstätigen sowie der Pensionisten und Pensionistinnen angeführt. Ferner sind Angaben zu Transferzahlungen, wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pflegegeld, Familienbeihilfe und sonstige Beihilfen, zu finden.

Quelle: www.statistik.at / Wirtschaft / Öffentliche Finanzen, Steuern / Steuerstatistiken / Integrierte Lohn- und Einkommenssteuerstatistik

Wohnen

Wohnen, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt

Die jährlich erscheinende Publikation der Statistik Austria erfasst Daten zu Wohnungsgrößen, Wohnungsqualität und Kosten und ermöglicht einen Bundesländervergleich.

Quelle: www.statistik.at / Wohnungen, Gebäude

Datenbanken

Für weiterführende Recherchen stehen interaktive Datenbanken zur Verfügung. Hier können geübtere NutzerInnen Daten nach eigenen Bedürfnissen zusammenstellen.

Statistische Datenbank der Statistik Austria (SDB)

Quelle: <http://sdb.statistik.at/superweb>

BALI (Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen)

Dieses Online-Datenbankabfragesystem ermöglicht es im Wesentlichen, die veröffentlichten Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zu unselbständig Beschäftigten, die Daten des Arbeitsmarktservice (AMS) zur Arbeitslosigkeit, Daten zu selbständig Beschäftigten laut AMS-Data-Warehouse sowie die Arbeitslosenquoten nach EUROSTAT und Bevölkerungsdaten der Statistik Austria zu kombinieren.

Quelle: www.dnet.at/bali

ELIS (Wirtschafts- und Arbeitsmarktinformationssystem)

Das Informationssystem ELIS (Economic and Labour Market Information System) liefert vorgefertigte Tabellen zur aktuellen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage, Übersichten zur Entwicklung des Leistungsbezuges wie Arbeitslosengeld usw.

Quelle: www.dnet.at/elis

AKUPAVweb

Dies ist das Webportal und die Statistik für Arbeitskräfteüberlasser und LeiharbeiterInnen.

Quelle: <https://akupav.eipi.at/akupav>

ESSOSS - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik

Das Europäische System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS) basiert auf einer jährlichen Erhebung der Sozialausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten. ESSOSS erlaubt einen Ländervergleich von Struktur und Höhe der Sozialausgaben.

Quelle: www.bmask.gv.at/site/Soziales/Allgemeine_Sozialpolitik/Sozialausgaben_in_Oesterreich

Bildungsbezogenes Erwerbsmonitoring (BibEr)

Diese Webseite gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Erwerbskarrieren nach einem formalen Bildungsabschluss. Das ermöglicht eine Analyse unterschiedlicher Aspekte dieser Karrieren sowohl beim Einstieg als auch bei der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Quelle: www.statistik.at/Bildung/Bildungsbezogenes_Erwerbsmonitoring

Eurostat

Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg. Es stellt europäische Statistiken zur Verfügung, die Vergleiche zwischen Ländern und auch einen Blick auf kleinere Regionen – zum Beispiel das Vorarlberger Rheintal – ermöglichen.

Quelle: <http://ec.europa.eu/eurostat>

Statistische Grundinformationen zur sozialen Entwicklung in Vorarlberg

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2011

Bundesland	Bevölkerung in Privathaushalten	Migrationshintergrund			
		zusammen in Tsd.	Zuwanderer der 1. Generation in Tsd.	Zuwanderer der 2. Generation in Tsd.	zusammen in %
Burgenland	283,0	28,7	22,4	6,4	10,2
Kärnten	553,1	56,2	42,9	13,3	10,2
Niederösterreich	1.596,5	195,5	145,6	49,9	12,2
Oberösterreich	1.393,3	203,4	144,9	58,5	14,6
Salzburg	524,7	96,1	69,2	26,9	18,3
Steiermark	1.198,7	126,9	96,6	30,3	10,6
Tirol	703,0	119,7	89,1	30,6	17,0
Vorarlberg	367,1	84,4	57,3	27,1	23,0
Wien	1.696,3	657,7	485,3	172,3	38,8
Österreich	8.315,9	1.568,6	1.153,3	415,4	18,9

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011 (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres). Erstellt am: 04.04.2012. Bevölkerung in Privathaushalten. - Zur Definition Migrationshintergrund siehe „Recommendations for the 2010 censuses of population and housing“, Seite 90, der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE; siehe www.unece.org/stats/documents/2010.00.census.htm). Von Personen mit Migrationshintergrund wurden beide Elternteile im Ausland geboren, wobei Angehörige der ersten Generation selbst im Ausland geboren wurden und Personen der zweiten Generation in Österreich zur Welt gekommen sind.

(Register-)Arbeitslosenquoten bis 29 Jahre, jeweiliger Jahresdurchschnitt

Jahr	Alter	Vorarlberg			Österreich		
		Arbeitslose	Beschäftigte	Arbeitslosen- quote	Arbeitslose	Beschäftigte	Arbeitslosen- quote
2008	bis 19 Jahre	410	10.322	3,8	8.513	187.016	4,4
	20 - 24 Jahre	1.132	15.798	6,7	25.556	322.829	7,3
	25 - 29 Jahre	1.103	17.625	5,9	26.010	394.976	6,2
2009	bis 19 Jahre	475	10.125	4,5	9.898	181.194	5,2
	20 - 24 Jahre	1.493	15.154	9,0	33.010	308.280	9,7
	25 - 29 Jahre	1.532	17.368	8,1	33.697	391.211	7,9
2010	bis 19 Jahre	404	10.183	3,8	9.200	178.147	4,9
	20 - 24 Jahre	1.337	15.288	8,0	30.884	308.010	9,1
	25 - 29 Jahre	1.423	17.527	7,5	31.907	395.141	7,5
2011	bis 19 Jahre	349	10.189	3,3	8.646	175.438	4,7
	20 - 24 Jahre	1.124	15.512	6,8	30.201	315.994	8,7
	25 - 29 Jahre	1.162	17.755	6,1	31.523	400.072	7,3

Quelle: BALweb: Direktabfrage Arbeitslose nach Alter; www.dnet.at/bali/User2011.aspx [5.6.2012]

Nettomonatseinkommen unselbständig Erwerbstätiger nach Bundesland und Geschlecht –
Jahresdurchschnitt 2010

Merkmale	Unselb- ständig Erwerbs- tätige in Tsd.	arithmeti- sches Mittel in Euro	10 %	Quartile			90 %
				25 %	50 % (Median)	75 %	
			verdienen weniger oder gleichviel als ... Euro				
	Insgesamt						
Zusammen ¹	3.407,9	1.873	665	1.188	1.707	2.303	3.122
Burgenland	113,8	1.847	788	1.226	1.684	2.245	2.987
Kärnten	217,4	1.840	681	1.205	1.690	2.265	3.037
Niederösterreich	640,2	1.974	738	1.260	1.766	2.423	3.359
Oberösterreich	590,7	1.828	648	1.163	1.701	2.255	3.015
Salzburg	226,9	1.789	656	1.145	1.639	2.203	2.981
Steiermark	492,2	1.800	625	1.131	1.683	2.201	2.932
Tirol	300,9	1.739	585	1.072	1.622	2.166	2.854
Vorarlberg	159,2	1.830	589	1.081	1.708	2.309	3.095
Wien	666,6	1.983	671	1.230	1.761	2.481	3.415
	Männer						
Zusammen ¹	1.822,7	2.208	971	1.527	1.977	2.623	3.631
Burgenland	62,1	2.154	1.119	1.534	1.935	2.526	3.311
Kärnten	116,9	2.176	1.092	1.548	1.935	2.528	3.424
Niederösterreich	346,1	2.329	1.081	1.585	2.048	2.781	3.900
Oberösterreich	327,1	2.169	971	1.557	1.970	2.555	3.466
Salzburg	119,6	2.129	928	1.509	1.928	2.532	3.426
Steiermark	261,3	2.144	954	1.517	1.943	2.536	3.400
Tirol	160,2	2.101	983	1.529	1.936	2.460	3.321
Vorarlberg	86,0	2.273	1.017	1.611	2.085	2.702	3.579
Wien	343,3	2.253	836	1.411	1.963	2.785	4.107
	Frauen						
Zusammen ¹	1.585,2	1.487	493	920	1.365	1.896	2.530
Burgenland	51,7	1.478	656	976	1.346	1.820	2.488
Kärnten	100,5	1.450	505	918	1.326	1.837	2.434
Niederösterreich	294,1	1.556	551	992	1.427	1.940	2.622
Oberösterreich	263,6	1.405	464	870	1.312	1.794	2.353
Salzburg	107,3	1.412	522	895	1.325	1.783	2.348
Steiermark	230,8	1.410	446	862	1.291	1.794	2.386
Tirol	140,7	1.326	426	788	1.265	1.671	2.282
Vorarlberg	73,2	1.311	424	752	1.235	1.708	2.215
Wien	323,3	1.696	562	1.106	1.556	2.168	2.903

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Jahresdurchschnitt über alle Wochen) und Lohnsteuer-/HV-Daten.
Erstellt am: 11.01.2012.

Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienstler. - Einkommen inkl. 13. und 14. Monatsgehalt. - 1) Ohne Personen in Eltern-
karenz und ohne Personen mit freiem Dienstvertrag.

Teil 3 Statistik-Wegweiser zu Vorarlberg

Beschäftigungsform der BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Vorarlberg

Beschäftigung	2007 in %	2008 in %	2009 in %	2010 in %	2011 in %
nicht bekannt	5,5	3,6	2,9	1,9	2,7
keine	80,7	81,5	83,0	83,7	82,9
Geringfügig	2,7	3,1	3,1	3,4	3,7
Teilzeit	4,2	4,2	3,6	4,0	4,5
Vollzeit	6,9	7,6	7,4	6,9	6,3

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2007: Analyse der offenen Sozialhilfe in Vorarlberg, Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2006, Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2010: Offene Sozialhilfe 2006 bis 2009, Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2012: Sozialhilfe – Mindestsicherung 2008 bis 2011

Entwicklung der Fallzahlen und Nettoausgaben der offenen Sozialhilfe bzw. bedarfsorientierten Mindestsicherung in Vorarlberg 2000 bis 2011

Jahr	Bez. Bludenz		Bez. Bregenz		Bez. Dornbirn		Bez. Feldkirch		zusammen	
	Ausgaben	Fälle	Ausgaben	Fälle	Ausgaben	Fälle	Ausgaben	Fälle	Ausgaben	Fälle
2000	1.118.654,13	371	2.133.653,19	906	626.780,19	301	1.713.871,01	764	5.592.958,52	2.342
2001	986.204,00	354	2.280.224,27	980	641.468,91	324	1.628.216,94	758	5.536.114,12	2.416
2002	1.014.213,44	387	2.706.390,33	1.091	713.694,54	359	2.030.039,78	939	6.464.338,09	2.776
2003	1.172.694,18	384	3.215.621,10	1.290	836.871,14	422	1.929.319,81	809	7.154.506,23	2.905
2004	1.242.807,11	461	3.514.337,03	1.422	1.097.958,38	520	2.125.922,58	1.042	7.981.025,10	3.445
2005	1.421.101,10	455	4.238.484,94	1.493	1.627.096,08	684	2.265.302,39	900	9.551.984,51	3.532
2006	1.274.674,49	458	4.752.195,24	1.658	2.183.519,83	856	2.647.240,60	965	10.857.630,16	3.937
2007	1.288.224,71	432	5.693.390,26	1.793	3.166.999,38	1.070	2.718.709,73	939	12.867.324,08	4.234
2008	1.250.393,57	422	6.359.271,72	1.884	3.620.709,42	1.163	3.208.769,36	1.065	14.439.144,07	4.534
2009	1.304.667,22	400	7.828.490,79	2.113	3.905.468,03	1.288	3.817.150,22	1.127	16.855.776,26	4.928
2010	1.266.576,71	373	8.506.941,11	2.124	4.366.085,88	1.386	3.928.487,11	1.141	18.068.090,81	5.024
2011	1.351.181,72	444	8.739.445,00	2.235	4.568.228,75	1.452	3.795.150,40	1.166	18.454.005,87	5.297

Quellen: Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2007: Analyse der offenen Sozialhilfe in Vorarlberg, Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2006; Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2010: Offene Sozialhilfe 2006 bis 2009; Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2012: Sozialhilfe – Mindestsicherung 2008 bis 2011

NotstandshilfebezieherInnen in Vorarlberg: Gesamtzahlen 2009 bis 2011

Jahr	Frauen	Männer	Gesamt
2009	1.522	2.213	3.734
2010	1.625	2.400	4.025
2011	1.313	1.878	3.191

Quelle: AMS-Vorarlberg, statistische Auskunft 2.5.2012

Hauptwohnsitzwohnungen 2011 nach Bundesländern: Ausstattungskategorie, Rechtsverhältnis

	Österreich		Bgl	K	NÖ	OÖ	Sbg	Stm	Tirol	Vbg	W
Österreich insgesamt (in Tsd.)	3.650,4		113,6	240,6	673,2	589,6	226,4	507,1	292,7	153,2	854,0
Ausstattungskategorie	in Tsd.	in* %	Bgl	K	NÖ	OÖ	Sbg	Stm	Tirol	Vbg	W
Ausstattungskategorie A	3.357,2	92,0	89,1	90,9	91,2	95,1	92,5	93,7	88,1	92,3	91,2
Ausstattungskategorie B	227,2	6,2	10,4	8,5	7,7	4,4	7,1	5,2	11,1	7,3	3,7
Ausstattungskategorie C	11,9	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,3	0,4	0,2	0,5
Ausstattungskategorie D	54,1	1,5	0,2	0,3	0,8	0,4	0,3	0,8	0,5	0,2	4,6
Rechtsverhältnis der Haushalte an der Wohnung	in Tsd.	in* %	Bgl	K	NÖ	OÖ	Sbg	Stm	Tirol	Vbg	W
Hauseigentümer	1.434,4	39,3	71,5	50,0	58,4	45,5	37,3	47,7	41,5	47,1	6,0
Verwandte der Hauseigentümer	196,5	5,4	7,6	6,6	6,6	8,6	8,0	5,3	7,1	3,5	0,6
Wohnungseigentümer	392,3	10,7	1,8	6,4	6,7	7,6	16,5	11,9	16,5	14,7	13,6
Hauptmieter	1.460,6	40,0	16,3	33,5	24,8	32,6	*33,3	30,9	31,3	29,7	74,1
Untermieter	39,0	1,1	1,1	0,5	0,7	1,0	0,8	0,8	0,8	0,5	2,0
Sonstige Rechtsverhältnisse	127,6	3,5	1,7	2,9	2,8	4,7	4,0	3,3	2,8	4,5	3,7

* (Insgesamt-Zeile = 100)

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus (Jahresdurchschnitt 2011). Erstellt am: 05.04.2012.

Verschuldungsquote und Verschuldungshöhe von Haushalten sowie Durchschnittverschuldung, wenn eine Verschuldung vorliegt (2008)

Bundesland	Verschuldungs- quote in %	Verschuldungshöhe, wenn verschuldet	
		Mittelwert in Euro	Median in Euro
Vorarlberg	32	161.455	118.924
Tirol	22	116.131	101.037
Salzburg	25	50.848	41.458
Oberösterreich	24	98.568	55.000
Kärnten	11	69.103	31.360
Steiermark	17	71.559	50.000
Burgenland	31	61.476	40.000
Niederösterreich	27	53.084	26.615
Wien	20	64.775	27.986

Quelle: Albacete, Nicolás / Wagner, Karin (2009): Wie finanzieren private Haushalte in Österreich ihr Immobilienvermögen? In: Geldpolitik & Wirtschaft, Q 3/2009

Einwohnerinnen und Einwohner in Vorarlberg ab 55 Jahren

Alter in 5-Jahresgruppen	Einwohner zum Stichtag 31. Dezember 2011				
	Verwaltungsbezirk				Vorarlberg
	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	
55 bis unter 60	3.821	7.654	4.682	5.855	22.012
60 bis unter 65	3.302	7.012	4.469	5.262	20.045
65 bis unter 70	2.787	5.717	3.728	4.264	16.496
70 bis unter 75	2.705	5.412	3.836	4.171	16.124
75 bis unter 80	1.821	3.717	2.498	2.814	10.850
80 bis unter 85	1.534	2.841	1.704	1.933	8.012
85 bis unter 90	951	1.719	1.039	1.233	4.942
90 bis unter 95	325	570	312	423	1.630
95 und mehr	71	151	75	95	392
Gesamt	17.317	34.793	22.343	26.050	100.503

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik, 2012: Bevölkerung: Stichtag 31. Dezember 2011

Pensionistinnen und Pensionisten in Vorarlberg nach Altersgruppen, 2010

Altersgruppen	Anzahl
bis 18 Jahre	1.347
19 bis 25 Jahre	467
26 bis 30 Jahre	294
31 bis 40 Jahre	906
41 bis 50 Jahre	2.206
51 bis 55 Jahre	2.111
56 bis 60 Jahre	6.018
61 bis 65 Jahre	15.014
66 bis 70 Jahre	15.891
71 Jahre und älter	35.261
Gesamt	79.515

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik, 2012: Vorarlberger Arbeitsmarkt Februar 2012, S. 25

Zeitreihe: Pensionistinnen und Pensionisten in Vorarlberg 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Männer	32.293	32.819	33.170	33.848	34.184	35.932
Frauen	39.252	39.827	40.534	41.364	41.060	43.583
Gesamt Vorarlberg	71.545	72.646	73.704	75.212	75.244	79.515

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik, 2012: Vorarlberger Arbeitsmarkt Februar 2012, S. 25

Alter der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Daueraufnahme
in Pflegeheimen (nach Pflegeheimgesetz) 2010

	Gesamt	m	w
60 bis 64 Jahre	24	10	14
65 bis 69 Jahre	37	18	19
70 bis 74 Jahre	46	23	23
75 bis 79 Jahre	91	36	55
80 bis 84 Jahre	121	37	84
85 bis 89 Jahre	186	49	137
90 bis 94 Jahre	57	12	45
über 94 Jahre	35	7	28
Gesamt	597	192	405

Quelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung und connexia - Gesellschaft für Gesundheit und Pflege, 2011: Stationäre und teilstationäre Angebote für Menschen mit Betreuungs- und Pflegebedarf, Bericht 2010, S. 66

Glossar

Wichtige Begriffe der Armutsforschung

Die hier aufgeführten Begriffe werden unter Zuhilfenahme der einschlägigen Publikationen der Statistik Austria erläutert. Die Definitionen entsprechen jenen, die von der Europäischen Statistikbehörde EUROSTAT sowie von der Statistik Austria verwendet werden.

Äquivalenzeinkommen

Die meisten EU-Indikatoren, die im Rahmen von → EU-SILC, der jährlichen EU-weiten Untersuchungen zu Einkommen und Lebensbedingungen der Privathaushalte, erhoben werden, bauen auf dem sogenannten Äquivalenzeinkommen auf. Darunter ist eine Bedarfsgewichtung der Haushaltseinkommen zu verstehen, die die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte (Erwachsene, Kinder) – und damit deren jeweils unterschiedlichen Bedarf – berücksichtigt. Für die Berechnung werden die Gewichtungsfaktoren der EU-Skala verwendet:

- o erste erwachsene Person: 1,0
- o jede weitere Person ab 14 Jahren: 0,5
- o Kinder unter 14 Jahren: 0,3

Das Äquivalenzeinkommen wird berechnet, indem man das verfügbare Nettojahreshaushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte des Haushalts dividiert. Ein Haushalt mit einem Jahresnettoeinkommen von beispielsweise Euro 24.000 und zwei Erwachsenen sowie zwei Kindern hat demzufolge ein Äquivalenzeinkommen von $24.000 : (1,0 + 0,5 + 2 \times 0,3) = \text{Euro } 11.429$. Mit Hilfe des Äquivalenzeinkommens werden also unterschiedlich große und verschieden strukturierte Haushalte vergleichbar gemacht.

Ausgrenzungsgefährdung

Als ausgrenzungsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen 60 % des nationalen Medianeinkommens nicht übersteigt (→ *Armutsgefährdung*) oder die einen europäischen Mindestlebensstandard unterschreiten (→ *materielle Deprivation nach EU-Definition*) oder die, obwohl im Erwerbsalter (unter 60 Jahren) befindlich, in einem erwerbslosen Haushalt leben. Mindestens eines der genannten Merkmale muss zutreffen. Die Zahl der ausgrenzungsgefährdeten Menschen (in Österreich 2010 17 %) ist also größer als die der armutsgefährdeten (in Österreich 2010 12 %).

Armutsgefährdung (Einkommensarmut)

Personen gelten, entsprechend der von den EU-Statistiken verwendeten Definition, als armutsgefährdet, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen äquivalisiertes Einkommen unterhalb von 60 % des → Medians der Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen (→ Äquivalenzeinkommen) liegt.

Armutsgefährdungsschwelle

Dieser Wert bestimmt (in absoluten Zahlen) die Grenze, unterhalb derer Haushalte und die ihnen zugehörigen Menschen als armutsgefährdet gelten. Er beträgt durch eine Übereinkunft 60% des Medians der → Äquivalenzeinkommen der Haushalte. Der Betrag für die Armutsgefährdungsschwelle liegt in Österreich 2010 (für einen Einpersonenhaushalt gerechnet) bei Euro 1.031 pro Monat (Jahreszwölftel). Bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern beträgt der Wert für die Armutsgefährdungsschwelle das 2,1-fache (nach EU-Skala) der Schwelle für einen Einpersonenhaushalt (→ Äquivalenzeinkommen).

Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke ist ein Maß für die Intensität der Armutsgefährdung. Diese „Lücke“ ist definiert als die Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der → Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle. In Österreich beträgt diese Lücke 2010 17 %. Das heißt zum Beispiel, dass einem/einer alleinlebenden Armutsgefährdeten im Mittel Euro 177 (Jahreszwölftel) fehlen, um aus der Armutsgefährdung herauszukommen.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist das Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung, definiert als Anteil der Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der → Armutsgefährdungsschwelle liegt, an der Gesamtbevölkerung bzw. der jeweiligen Untergruppe. In Österreich liegt die Armutsgefährdungsquote seit 2004 nahezu unverändert bei rund 12-13 % der Gesamtbevölkerung.

Dauerhafte Armutsgefährdung

Dauerhafte Armutsgefährdung liegt vor, wenn der befragte Haushalt im aktuellen Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren armutsgefährdet war.

EU-SILC

Im Rahmen von EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions – EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen) werden jährlich in allen EU-Ländern Daten zu Armut und sozialer Eingliederung erhoben. In Österreich veröffentlicht das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK), in Kooperation mit Statistik Austria, diese Erhebungen jährlich in einem Berichts- und einem Tabellenband.

Materielle Entbehrung (vormals „materielle Deprivation“) nach EU-Definition

Im Zusammenhang mit den Zielen der Europa-2020-Strategie wird von materieller Deprivation gesprochen, wenn die Befragten mindestens vier von neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt zustimmen. Der Haushalt kann sich Folgendes nicht leisten:

- o in den letzten zwölf Monaten regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen) rechtzeitig zu begleichen
- o unerwartete Ausgaben bis zu € 950 zu finanzieren
- o die Wohnung angemessen warm zu halten
- o jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder vergleichbare vegetarische Speisen) zu essen
- o einmal im Jahr eine Woche auf Urlaub zu fahren
- o einen PKW
- o eine Waschmaschine
- o ein Farbfernsehgerät
- o ein Telefon oder Handy.

Der Indikator „materielle Entbehrung“ gibt den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung bzw. der jeweiligen Untergruppe an, die nach dieser Definition benachteiligt sind.

Median

Der Median (auch mittlerer oder Zentralwert) ist der Wert, der in einer Reihe dem Element genau in der Mitte zukommt. Der Median ist damit etwas anderes als der Durchschnitt. Wenn wir zum Beispiel elf Personen mit unterschiedlichem Einkommen haben, dann ist das Medianeinkommen jenes der Nummer 6 – das heißt, fünf Personen haben dann ein niedrigeres, fünf ein höheres Einkommen. Der Durchschnitt, der ja durch eine Division aus den Werten sämtlicher Elemente entsteht, kann vom Median stark abweichen, zum Beispiel, wenn die Einkommen am jeweiligen Ende der Skala sehr niedrig oder sehr hoch sind.

Literatur

Statistik Austria (2009): Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2009. Wien

Statistik Austria – www.statistik.at/web_de/static/eu-indikatoren_zu_armut_und_sozialer_eingliederung_2010__058473.xlsx

Autorinnen und Autoren

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Beham-Rabanser

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Johannes-Kepler-Universität Linz, Obfrau der Österreichischen Gesellschaft für Familienforschung. Zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten gehören: sozialer Wandel und Familie, Kindheit heute und Alleinerziehende.

DSA Monika Chromy

Nach dem Diplomstudium der Sozialen Arbeit an der Sozialakademie in Bregenz (1992) zunächst als Betreuerin in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft für 14- bis 18-jährige Mädchen, seit 1997 in der niederschweligen Drogenarbeit tätig. Derzeit Leiterin der Suchtfachstelle in Feldkirch.

Mag. August Gächter

Seit 1989 mit Forschung zu Migration und Integration beschäftigt. Seit 1998 Konsulent für das International Migration Programme des International Labour Office (ILO), einer UN-Organisation in Genf; von 1991 bis 2002 am Institut für Höhere Studien in Wien beschäftigt; seit 2002 Projektleiter am Zentrum für Soziale Innovation (ZSI) in Wien; bis 2008 Lehrbeauftragter für Entwicklungstheorie an der Universität Wien.

Dr.ⁱⁿ Eva Häfele

Nach dem Studium der Sinologie und der Japanologie mehrjährige berufliche Tätigkeiten in China, in den USA und im europäischen Ausland. In den vergangenen Jahren selbständige Forscherin und Verfasserin von Studien zu sozial- und kulturwissenschaftlichen Themen.

Univ.Prof. Dr. Reinhard Haller

Facharzt für Psychiatrie und Neurologie und ärztlicher Leiter des Vorarlberger Behandlungszentrums für Suchtkranke sowie Drogenbeauftragter der Vorarlberger Landesregierung. Seit 1983 ist er gerichtlich beeideter und zertifizierter Sachverständiger und gilt als internationaler Experte für Kriminalpsychiatrie. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Sucht und Suizid, Forensische Psychiatrie und Kriminologie.

DSA Doris Jenni

Nach dem Diplomstudium der Sozialen Arbeit an der Sozialakademie in Bregenz war sie beim Institut für Sozialdienste an der Beratungsstelle in Feldkirch tätig. Seit 2005 leitet sie die Familienhilfe der Caritas Vorarlberg.

Mag.^a Andrea Kramer

Nach dem Studium der Politik- und Rechtswissenschaften an den Universitäten Innsbruck und Besançon war sie bis 2004 Lehrbeauftragte für Europäische Integration an der Universität Innsbruck. Seit 2004 bei der Caritas Vorarlberg in den Bereichen Kommunikation, Sozialpolitik und Grundlagenarbeit tätig.

Michael M. Natter

Seit 20 Jahren als Leiter des Fachbereiches „Sozial-Beratung/Begleitung“ in der Caritas Vorarlberg tätig. Die aktuellen Arbeitsfelder sind Wohnungslosenhilfe, Sozialberatung, Integration Bleibeberechtigter, Familienhilfe und Wohngemeinschaft für Mutter und Kind.

Mag. Dr. Gottfried Schweiger

Er studierte Philosophie an den Universitäten Salzburg und Wien. Seine Forschungsgebiete liegen innerhalb der Moral- und Sozialphilosophie, mit einem Schwerpunkt auf gerechtigkeitstheoretischen Fragen von Arbeit, Arbeitslosigkeit, Armut und Sozialstaat. Gottfried Schweiger ist an der Universität Salzburg (Zentrum für Ethik und Armutsforschung) tätig.

Univ.Prof. DDDr. Clemens Sedmak

Professor für Sozialethik am King's College London und an der Universität Salzburg. Leiter des Zentrums für Ethik und Armutsforschung der Universität Salzburg. Präsident der Salzburg Ethik Initiative und des Internationalen Forschungszentrums für soziale und ethische Fragen (ifz) Salzburg.

Die Caritas Vorarlberg dankt NACHBAUR REISEN
in Feldkirch und Dornbirn für die freundliche Unterstützung!

NACHBAUR REISEN
GmbH



Das Sozialbarometer der Caritas Vorarlberg will einen kraftvollen Anstoß für die sozialpolitische Debatte im Land und in den Gemeinden geben. Der vorliegende Band besteht aus drei Abschnitten: zuerst einem Überblick über die soziale Lage der Vorarlberger Bevölkerung, dann einem Abschnitt mit sieben Fachbeiträgen, die dem Thema „Familien unter Druck“ gewidmet sind, und schließlich einem Statistikteil.

Gerade für eine Einrichtung wie die Caritas Vorarlberg ist es wichtig, die wissenschaftlichen Einsichten mit den Erfahrungen aus der täglichen Praxis ihrer MitarbeiterInnen zusammenzuführen. Daraus ergeben sich jene „Herausforderungen und Forderungen“, die den Beiträgen dieses Bandes vorangestellt sind.